Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

6. Jahrgang Nr. 2
10. Februar 1977
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D.Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Wie die Offiziere gemacht werden
Militärische Beförderungspraxis unter der Lupe *Seite 3*

W. M. Diggelmann: Hochschulleben in der DDR
Vorabdruck aus seinem neusten Buch *Seite 4*

Bundesrat Hürlimanns Bildungsfahrplan
Ein «konzept»-Gespräch *Seite 5*

«Gebt mir meine schwarzen Puppen zurück!»
Ein Theaterstück zum Nestlé-Prozess *Seite 7*

Frauen in der dritten Welt
Die Probleme der Geburtenregelung in Entwicklungsländern *Seite 9*

Polit-Mord in Chile
oder wie eine Untersuchung verschleppt wird *Seite 10*

Ein Exempel aus dem Dossier Cincera *Seite 11*

Das Geschäft mit dem Spray und seine Gefahren

Weg mit dem Spray!

Ein einziges Konsumgut – die Spraytreibgase – sind daran, den für die ganze Biosphäre lebenswichtigen Ozonschild zu zerstören. Damit die milliardenschwere Industrie weiter produzieren und expandieren kann, werden die kritischen Wissenschafter mit möglichen und unmöglichen Argumenten hingehalten, wenn nötig gar diffamiert. Seit drei Jahren ist bekannt, was seither nur bestätigt wird: Wir sind daran, dank der massenhaften, weltweiten Verbreitung der Sprays, die Ozonschicht zu zerstören. Auch wenn wir heute stoppen würden, 3–8% Ozonzerstörung sind uns gewiss. Ökologen schätzen, dass nur 0,5% schadlos zu verkraften wären. Sprays sind nicht nur direkte Umweltzerstörer, sie sind enorme Energie- und Rohstofffresser. 55 Mio. leere Spraydosen wanderten letztes Jahr in den schweizerischen Abfallkübel, und damit rund 100 Mio. kWh Energie. – Auf was warten wir noch? Wohl darauf, dass die Schäden so gross geworden sind, dass auch der nichtinformierte Bürger erschrickt und auf die Strasse geht – und dass die «Wiedergutmachungsindustrie» einen genügend grossen Markt vorfindet, so dass sich Investitionen lohnen.

AG Ökologie & Politik

Im Juni 1974 veröffentlichte die angesehene Zeitschrift «Nature» einen Artikel, in dem die Professoren *Rowland* und *Molina* die Welt mit den Resultaten ihrer Forschung konfrontierten: mit den «hilfreichen» Sprays werde der lebenswichtige Ozonschild nach und nach zerstört. Sie berechneten bei konstant bleibender Spray-Produktion (Niveau 1972) einen Ozonabbau von 7 bis 13%. Schon kurz nach der Veröffentlichung wurde das Thema von vielen Journalisten aufgegriffen. Seit Jahren hatte keine wissenschaftliche Arbeit derart unmittelbaren Eingang in das öffentliche Bewusstsein gefunden.

Ozonzerstörungsmodell nach Rowland und Molina

Durch den Ozongürtel der Stratosphäre (20–35 km oberhalb der Erdoberfläche) wird die Erdoberfläche vor einem Übermass an schädlicher UV-Strahlung abgeschirmt. Ozonaufbau und -abbau stehen in einem natürlichen, delikaten Gleichgewicht. Die chlorhaltigen Triebgase aus Spraydosen (Chlorfluormethane), die, soviel man weiss, auf der Erdoberfläche nicht abgebaut werden können, diffundieren langsam in die Stratosphäreschichten, wo sie durch intensives Sonnenlicht zersetzt werden. Folgeprodukte dieser Zersetzung verursachen katalytisch einen künstlichen Abbau des Ozons in der Stratosphäre. (Ein einziges der freigesetzten Chloratome kann mehrere Tausend Ozonmoleküle zerstören. Als Folge der Ozonzerstörung werden Hautkrebs und Störungen von biologischen Prozessen befürchtet

Die Öffentlichkeit, viele seriöse Zeitschriften, eine Reihe von staatlichen Gesundheits- und Umweltorganisationen nahmen die Schlussfolgerungen von Rowland sehr ernst und forderten bereits im Frühjahr 1975 ein absolutes Verbot der Chlorfluormethane (FKW).

Die Industrie schlägt zurück

Die Industrie, allen voran der Chemiekonzern DuPont, liessen sich ihr 8-Milliarden-Geschäft aber nicht kampflos vermiesen. Ihr erster Angriff galt den *«konsumentenschützlerischen Journalisten»*. Die Angriffe gegen den Spray diffamierten sie als *«Panikmache ohne Grund, nur der Sensation zuliebe»* (Aerosolreport 1975).

Der zweite und zentrale Angriff galt und gilt aber den Wissenschaftern und deren Untersuchungen. Vor allem durch eine mehrteilige, ganzseitige Inseratenserie in den führenden amerikanischen Zeitschriften (z. B. «Science») wurde der Versuch unternommen, die Arbeiten als fragwürdig, die Schlussfolgerungen als völlig ungerechtfertigt zu «entlarven». Die Kampagne hatte meist die folgenden Hauptakzente:

Zuerst versuchte man die Gefahr zu verharmlosen: *«Der theotisch mögliche, völlig harmlose und leicht kurierbare Hautkrebs, der aus übermässiger UV-Strahlung bei bestimmten Berufsgruppen resultiert, war noch nie ein Problem, weder statistisch noch medizinisch»* (Dr. Ziegler, Aerosolreport).

Das zweite Hauptargument zielte darauf, die Arbeiten als Modellberechnungen abzutun, die auf sehr vielen «Hypothesen» basierten und daher lediglich als Spekulationen zu betrachten seien oder gar als «hervorgebrachten Unsinn». Die Diffamierungskampagne ging so weit, die «Computerberechnungen» als Resultat einiger «neugieriger Physiker (...) der Atom- und Raumfahrtsbehörden» zu bezeichnen, die quasi aus Langeweile (Forschungsstopp) ein *«interessantes Randproblem aufgegriffen»* haben.

Liest man die Fachliteratur selber und vergleicht diese mit den von der Industrie gemachten Vorwürfen, so muss man feststellen, dass entweder diese Arbeiten nicht richtig gelesen oder aber bewusst verfälschend dargestellt worden sind. So reden sie dort von «fragwürdigen Annahmen» wo es sich um Resultate mehrerer gesonderter Untersuchungen handelt, oder Dupont verweist auf zwei Harvard-Forscher, um zu begründen, warum Rowlands Schlussfolgerungen *«zumindest voreilig»* seien – obwohl diese Forscher in ihrer Arbeit inhaltlich unzweideutig formulieren, dass wir *«triftige Gründe haben zu glauben, dass der heutige Konsum an Freone schwerwiegende Probleme für das Ozon schaffen wird»*. Sie berechnen, dass bei einem Stopp 1978 3% Ozonreduktion in Kauf genommen werden müssen, bei einem Stopp 1995 mindestens 10% während ca. 200 Jahren.

«Aus Schaden wird man klug»

Die Forderung nach den Beweisen der Schuld der Industrie enthält eine teuflische Arroganz, die erst bei genauerem Betrachten auffällt. Der naturwissenschaftliche Beweis zu erbringen hiesse, das Ozon teilweise mit dem Treibgas zu zerstören und zu beweisen, dass es auch tatsächlich die Treibgase waren. Den Irrsinn solcher «wissenschaftlicher Beweisführung» ist im Verlauf diese Jahrhunderts mehrfach mit Arzneimittelkatastrophen demonstriert worden. Die Konsequenzen wurden jeweils nach einzelnen Ereignissen (z. B. Contergan) gezogen, die Vorprüfung wurde Schritt für Schritt verschärft.

Die Sprayindustrie schlägt uns heute den gleichen Lernprozess mit all seinen «Nebenfolgen» vor. Nur verrät sie uns nicht, welches das «Heilmittel» ist, das sie den Menschen und der ganzen globalen Natur verabreichen will, nachdem wir «spürbar» zuviel UV-Strahlung empfangen haben. Natürlich wäre es auch wieder DuPont – allenfalls einer seiner Konkurrenten –, die uns den «Anti-UV-Spray» verkaufen und «UV-resistente» Pflanzen und Tiere züchten würde, denn mit etwas muss sie ja den Umsatzrückgang, den sie durch das Sprayverbot erleiden würde, kompensieren können.

Traut die Industrie dem Computer nicht?

Der Vorwurf, es handle sich ja nur um Computermodelle, die Welt sei aber viel komplizierter, geht völlig daneben. Denn erstens wurden diese Stratosphärenmodelle mit 200 Mio. Franken Aufwand während vier Jahren entwickelt und haben sich bewährt. Zweitens sind solche Computermodelle die einzige Möglichkeit, komplexe natürliche Systeme auf ihre Veränderbarkeit zu überprüfen. Sie sind als wissenschaftliche Methodik längst anerkannt und basieren auf vielen Laborexperimenten und Messungen in der Stratosphäre.

Ein Jahr nach dem Alarmruf von Rowland und Molina haben die Arbeiten verschiedenster Gruppen ihre Aussagen bestätigt. Messungen haben die von ihnen vorhergesagten Veränderungen in der Stratosphäre belegt. Die Korrekturen nach oben und nach unten glichen sich aus, die ursprünglichen Aussagen wurden erhärtet. Rowland konnte im Herbst 75 klar festhalten: «Die Industrie hat bereits ein Jahr Zeit gehabt, um wesentliche Fehler des Modells nachzuweisen, aber sie war bis heute nicht dazu in der Lage.»

Unzweideutige Beweise

«Wir haben genug Zeit», meinte DuPont-Forschungsdirektor McCarthy, um während der nächsten 3–6 Jahre soviel Experimente durchzuführen, «dass

wir unzweideutige Beweise vor uns haben». Dann könnte man entscheiden. Solange aber diese *«unzweideutigen Beweise»* nicht vorlägen, sei jedes Handeln gegen die «wertvolle Industrie unmoralisch». Prof. Johnston von Berkely deckte die Strategie der Industrie auf. *«Unzweideutig ist ein subjektiver Term. Auf wie viele Dezimalstellen müssen wir uns einigen, bis die Industrie zufrieden ist?»*

Dass es ihr ernst sei mit der wissenschaftlichen Erforschung des Ozonabbaus will die Industrie publizistisch gut nützen. 10 Mio. Dollar wolle sie «unabhängigen Wissenschaftlern» in den nächsten Jahren zur Verfügung stellen. Wie immer in solchen Fragen, wo gesellschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, ist aber auch die Gesellschaft gezwungen, die Forschung massgeblich zu finanzieren. Für den gleichen Zeitraum wie die Industrie 10 Millionen budgetierte die US-Administration 60 Mio. Dollar für die Forschung.

Verwendete Literatur:
Rowland and Molina, Reviews of Geophysics and Space physics, Vol. 13, 1975
Science News, Vol. 107
Science, Vol. 190, 3. Okt. 1975
New Scientist, 2. Okt. 1975
Aerosolreport 1975

Wo die Wahrheit Herscht

Damit es überhaupt soweit kam, brauchte es etwas Unschweizerisches: ein politisch lebendiges Klima. Zwar sind auch in Genf die Freisinnigen die stärkste Fraktion im Parlament (22 Sitze), aber dicht drängen die Sozialdemokraten (18); CVP und Partei der Arbeit halten sich die Waage (17). Bei so viel Kräftegleichgewicht kann es kein bürgerliches Monopol geben. Überall da, wo Politik eben mitspielt, sind die Auseinandersetzungen hart.

Nun spalten sich die Geister bei der Frage, wie politisch die Wahl zum Ordentlichen Professor sei, womit klar wird, dass es sich hier um eine höchst politische Frage handelt ... In all dem Gerangel um politische oder nicht-politische Wahl eines politisch-engagierten Wissensscheiders tritt plötzlich und ungeladen die Kläranlage in Funktion. Säubert mit der Feststellung, jener «bessere Journalist» sei nicht aus Fähigkeit, sondern nur aus politischen Gründen in seinem Amt, sei sozusagen ein wissenschaftlicher Schafsziegler.

Fragt sich, wer das sagt? Natürlich steckt hinter jeder Stimme ein Name, doch darf uns dies nicht ablenken. Denn wer hier anhub, über die Wissenschaft zu richten und zu rechten, ist niemand anders als die Wahrheit selbst, die hehre Philosophei. Sie hat sich flugs eines mächtigen Organs bedient, dem schon Karl Jaspers die «ungemeine Begabung» hat zusprechen müssen.

Hier hat die «intellektuelle Autonomie», fernab jeglichen Alltags- und Politikgeschehens, gewirkt – gewest, würde man so gerne sagen –, hat sich allerdings so ungemein politischer Transportmittel wie das einer Tageszeitung nicht enthalten.

Am Feierabend ist die Wahrheit zwar schon ein bisschen schollig: hat so ihr SP-Parteibuch, nicht dasjenige von Genf (das wird ja höchstwahrscheinlich in Moskau unterzeichnet), sondern ein waadtländisches. Die Wahrheit ist auch sonst nicht gerade zimperlich: kramt sie doch alte Diss-Noten aus dem Staub der Schubladen hervor, um nicht vergessen zu lassen, dass da schon nicht alle wissenschaftliche Erbsubstanz über jeden Zweifel erhaben war.

Aber wie gesagt: es handelt sich bei diesem Abklären der Vergangenheit einzig darum, die Wissenschaft vor einem ach so schweren Klumpen Unfähigkeit zu bewahren: Philosophie ist unpolitisch – dafür stimmt, was sie sagt. Zum Beispiel: «Es ist vollkommen unsinnig, sich die Beziehung des Lehrers zu den Schülern in den Schemata der Macht vorzustellen.»

Sie bleibt sich selber treu, die Wahrheit, wenn sie auf grossen Wissenschafts- und Managersymposien oder für das Schweizerische Ostinstitut über allzu Menschliches reflektiert: «Wenn der Mensch keinen Körper hätte, wäre nichts von alledem (Folter und Zerstörung, die Verf.) möglich. Doch er hat einen Körper.» Welch tiefgreifende Sentenz! Wer war es doch bloss, welcher gesagt hat, die Wahrheit sei einfach?

Doch halt, der bedeutendste Satz der Philosophie bleibe nicht unausgesprochen: «Jeder möchte irgendwo die Instanz finden, die ihn gültig beurteilt.» Jener Genfer Professor hat sie gefunden, die Macht der Wahrheit.

Ruedi Küng, Liselotte Suter

Mehr Spray – mehr Lebensqualität

Wer kennt nicht «Brilla» für modernes Abstauben? Bindet Staub und entfernt Schmutz. Glänzt und pflegt! Wer braucht nicht den «Schaum, der aus dem Pinsel» kommt?

Auf diese und ähnliche Weise wird von den Massenmedien fast täglich versucht Einfluss auf unsere Bedürfnisse zu nehmen. Nicht ohne Erfolg, denn jährlich braucht der Schweizer Bürger etwa 9 Aerosole (= Sprays). Das ist europäischer Rekord. Die Sättigungsgrenze ist jedoch nicht erreicht; sie wird von der Industrie auf 12 Aerosole pro Kopf und Jahr angesetzt.

Der erste Spray

Die erste Spraydose stammt aus dem Jahr 1899 und funktionierte mit Ausnahme des Verschlusses gleich wie die heutigen. Obwohl die technischen Voraussetzungen in den folgenden Jahrzehnten für eine wirtschaftliche Ausnutzung gegeben sind, erkennt die Industrie diese Marktlücke bis zum 2. Weltkrieg nicht. Der weltweite Einsatz der amerikanischen Armee veranlasst die Regierung, Insektizide in Sprayform zu entwickeln. Diese Staatsaufträge im Krieg ermöglichen es nun den betreffenden Firmen, ins Spraygeschäft einzusteigen. Dosen-, Ventil- und Treibgastechnik haben so eine Entwicklungsstufe erreicht, die sie für die Vermarktung interessant macht. Dies ist in den ersten Jahren nach dem Krieg in den USA der Startschuss für den «schwindelerregenden Aufstieg» der Aerosolindustrie.

In die rasch entstehende Marktlücke können sich eine Vielzahl von kleinen spezialisierten Firmen drängen. 1948 existieren erst wenige Sorten von Sprays: dennoch werden über 4 Millionen Dosen abgesetzt.

Monopolisierung der Sprayindustrie

Durch die Einführung von leichten Zinndosen, die Verwendung von Fluor-

Fortsetzung auf Seite 2

Länder	1964	Zuwachsr.	1970	Zuwachsr.	1974	Gesamtzuwr.
USA	1419 Mio. $	81%	2574 Mio. $	11%	2850 Mio. $	100,8%
Schweiz	19 Mio. sFr:	68%	51 Mio. sFr.	14%	58 Mio. sFr.	205%

Passen Sie auf!
Frühling/Sommer 1977
PORTUGAL ERLEBEN
Fortsetzung folgt
Auskunft: Portugiesisches Verkehrsbüro
35, rue du Rhône – 1204 Genf

Fortsetzung von Seite 1

kohlenwasserstoffen als Treibgas und die Entwicklung des Plastikventils gelingt es Anfang der fünfziger Jahre Chemiekonzernen wie Du Pont, die unliebsame Konkurrenz der Kleinbetriebe auszulöschen. Sie können sich die teure Forschung nicht mehr leisten.

1960 ist die bisher auf den nordamerikanischen Kontinent beschränkte Sprayindustrie mittels einer raffinierten und totalen Werbung in der Lage, sich in Europa einen neuen Absatzmarkt zu schaffen. Der Produktionsschwerpunkt verschiebt sich von den Haushaltsartikeln auf Sprays für die persönliche Körperpflege.

80% der Weltproduktion sind heute in Westeuropa und den USA konzentriert. Die amerikanischen Industrien haben über ihr weitverzweigtes Netz von multinationalen Konzernen und Beteiligungen an ausländischen Firmen die Produktionsmittel vollständig in der Hand.

Produkte	Schweiz	USA
Körperpflege	72%	50%
Haushaltsprodukte	13%	32%
Insektizide u. Raumluftverb.	8%	6%
Diverse	7%	11%
Total	100%	100%

Expansion in die dritte Welt

Nachdem sich in den siebziger Jahren in den westlichen Ländern eine gewisse Sättigung abzeichnet (ausgenommen Deodorants), ist eine Expansion nur noch in den Ländern der sogenannten dritten Welt möglich. Die grossen Anstrengungen, welche die amerikanischen Multis unternehmen, zeitigen bis jetzt nur geringe Erfolge. Trotzdem ist man sehr optimistisch, weil Sprays als der Inbegriff des Fortschritts betrachtet werden. Man konnte nachweisen, dass bei höherer Kaufkraft der Konsum sprunghaft ansteigt.

Zuwachsraten des Freonexports aus den USA 1970–1974

Quelle: US-Bureau of the Census

	1970	1974
Kanada	1160	3550
Mexiko	570	2400
Nicaragua	200	1500
Brasilien	160	4400
Argentinien	600	3000
Malaysia	105	1020

Einheit 100 pound.

Unsere Sprayzukunft ...

Nach dem Ökonomen Hirsch hat ein Produkt folgenden Lebenszyklus: Einführung – Wachstum – Sättigung – Schwinden. In Europa und Amerika ist die Aerosolindustrie mit den herkömmlichen Produkten eindeutig in die Sättigungsphase eingetreten. Es geht also darum, durch die Erweiterung des Absatzmarktes und der Entwicklung neuer Produkte, auch neues Wachstum erreichen zu können. Die Aerosolfirmen sind der Überzeugung, dass in den Industrienationen neue Technologien für Pudersprays und Dosiervorrichtungen der Industrie neuen Auftrieb geben können. Auch neue Produkte wie Antibaby-Spray, Nahrungsmittel in Sprayform (Konfitüre, Butter, Schlagrahm etc.) und biologische Insektizide werden intensiv gefördert.

... dank aggressiver Werbung

Um diese Produkte absetzen zu können, müssen aber erst Bedürfnisse geschaffen werden. Ein Mittel hierzu ist die Werbung. Unsere Gesellschaft hat ein Klima geistiger Verarmung geschaffen und uns weitgehend der Möglichkeit beraubt, tiefe Beziehungen und Erlebnisse zu haben. Hier setzt die Werbung an, aggressiv, mit psychologischen Mitteln arbeitend, verleitet sie den verunsicherten Menschen zum Konsum. Die oben genannten ganz überflüssigen Produkte sind gute Beispiele dafür. Der Konsument versucht dem «glücklichen Prototyp», den die Werbung geschaffen hat, nachzueifern, da man ihm versichert, dass er ebenso glücklich wird wie jener, wenn er nur dieses oder jenes Produkt kauft.

Die Frage bleibt, ob sich der Boom der fünfziger Jahre wiederholen wird. Mit wachsender Sorge beobachten die Firmen die Bestrebungen von Staat und Konsumentenorganisationen, die Herstellung von Sprays aus Umweltschutzgründen zu kontrollieren und stark umweltgefährdende Produkte sogar zu verbieten. Doch man hofft, «durch die Pflege der guten Beziehungen zu den Behörden» weiterhin in der Produktion umweltzerstörender Artikel freie Hand zu haben.

Alternativ-Spray?

Die Spraydose ist ein klassisches Beispiel für die gesellschaftliche Nutzlosigkeit und die ökologische Absurdität eines hochentwickelten industriellen Konsumprodukts. Die meisten Sprayprodukte sind zwar in der betreffenden Form bequemer anzuwenden als die entsprechenden Naturprodukte, ihre Herstellung aber ist mit einem ungeheuren Rohstoff- und Energieaufwand verbunden. Der Energiebedarf für die Spraydosenproduktion in der Schweiz entspricht der Leistung eines mittleren Flusslaufkraftwerkes an der Aare.

Ebenso gewichtig ist die Tatsache, dass durch die Anwendung von Körpersprays (Körpersprays machen in der Schweiz 80% vom heutigen Spraykonsum aus) gesundheitliche Schäden nicht auszuschliessen sind. Dies wird den Konsumenten verschwiegen.

Der Spray muss in seiner heutigen sinnlosen und zerstörerischen Form verschwinden! Was ist die Alternative? Wohl mag das Zurückkehren zu Glasfläschchen mit Handsprühpumpe in gewissen Fällen durchaus sinnvoll sein. Grundsätzlich aber gibt es zum heutigen Konsum von Spraydosen keine technische Alternative! *AG Ökologie & Politik*

Götterdämmerung zum Beispiel Spray

Die Spraydose und die ozonzersetzenden Triebgase stellen in allen Belangen ein überragendes Symbol für die Kurzschlüssigkeit dar, mit der unsere westliche «Zivilisationsmaschine» im Namen des Fortschritts sich in die Zukunft frisst.

Es war die Rüstung und der Krieg, die den Einsatz von Spraydosen ersann ... es war abermals die Rüstung, die mit ihren Projekten von sehr hochfliegenden Maschinen auch die Gefährdung der Stratosphärenschichten ins Bewusstsein rief: die Flugzeuge Supersonic Transport und Space Shuttle waren die Ursache für die enorme Expansion der Stratosphärenchemie der letzten 8 Jahre. Sie erst schufen die Voraussetzungen, die es heute erlauben, etwas über die ökologische Gefährlichkeit des Massenkonsumartikels Spray zu wissen.

Die Rüstung als «Schöpferin des Fortschritts» und zugleich als dessen Kontrollinstanz? Wohl eher doch ein Motor für sinnlose Kreisläufe der Zerstörung und künstlichen Rekonstruktion der Natur (inklusive Mensch), an der nur die Kapaleigentümer ihre Freude haben können, weil sie zweimal verdienen, beim Zerstören und beim Wiederaufbauen.

Spray – ein Beispiel auch für Doppelzüngigkeit der industriellen Wissenschaftsgläubigkeit. Geht es der Industrie darum, der Gesellschaft eine Technologie schmackhaft zu machen, so wird die Wissenschaft als Autorität zitiert. Bedient sich die Gesellschaft der Wissenschaft, um die Bedenklichkeit einer Technologie aufzuzeigen – z. B. die des Sprays –, so kritisiert die gleiche Industrie die Beschränktheit und Fehlerhaftigkeit der gleichen Wissenschaft.

Dass die Natur viel komplexer ist als die grössten Computermodelle, führten seit Jahrzehnten die Umweltschützer als Argument gegen die Technisierung ins Feld. Die Sprayindustrie will heute der Gesellschaft genau daraus einen Strick drehen, dass sie wegen dieser Komplexheit den eindeutigen Beweis, dass Sprays schädlich sind, nicht erbringen kann.

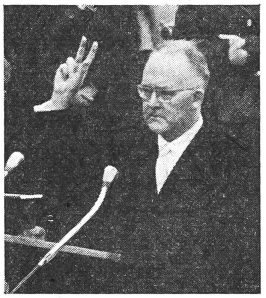
Es wird allerhöchste Zeit, dass die Gesellschaft endlich den Spiess umkehrt und der Industrie den Strick zudreht, Einen echten Umweltschutz wird es nie geben, wenn nicht der Produzent gezwungen ist, die «Unbedenklichkeit» seiner Produkte nachzuweisen. Denn das nächste «Beispiel» kommt bestimmt.

AG Ökologie & Politik

Ein Hoch dem Narren Raymond!

Dr. Raymond Broger, Stillstehender Innerrhoder Landammann, Ständerat, Versicherungsombudsmann, Präsident des Schweizerischen Reklameverbandes (SRV) – um nur einige seiner hehren Aufgaben zu nennen –, ist seit dem 29. Januar bekanntlich auch Ritter des «Ordens wider den tierischen Ernst» des bundesdeutschen Aachener Karnevals. Wahrlich, Broger ist nicht nur vielbeschäftigt und urchig, sondern auch humorig:

Ein paar Tage vor seiner Auszeichnung setzte er sich als SRV-Präsident für die «Aktion Freiheit und Verantwortung» ein, deren letzte ruhm-, freiheits- und verantwortungsvolle Tat das einund ganzseitige Inserat zugunsten von Werbeberater, Archivbesitzer, Auskunftgeber und Aufklärer Ernst Cincera war: Im offiziellen SRV-Organ «Werbung 77» rief er die Verleger auf, die Inserate der Aktion gratis zu veröffentlichen. Schliesslich dienten sie «der Erhaltung einer freien und differenzierten Presse sowie der Bekämpfung ungerechtfertigter Angriffe auf die Werbung. Mehr noch: «Es kann auch der Verleger den Gedanken nicht von sich weisen, ob nicht auch er in einer Aktion mitzumachen habe, die für den Wettbewerb in der Wirtschaft kontinuierlich eintritt.»



Eid wider den tierischen Ernst? (R. Broger wird in Appenzell als Landammann vereidigt)

Ein echter Polit-Witz. Ein zweiter aus dem Broger-Munde folgte sogleich, am 29. Januar in Aachen: Auch die Schweiz, so der Appenzeller tröstend, habe ihren Radikalenerlass. Hier gehe man nach dem Motto von «Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlachter selber».

Dieser Dr. Broger ist des Ordens wahrhaftig würdig: Wer Gratis-Parteiwerbung für die Rechten als ein Muss erklärt – zur Verteidigung der freien Presse wohlgemerkt – und wer die Beschneidung der Meinungsfreiheit durch Berufsverbote mit so viel Humor definieren kann, der ist wahrlich zu Recht ein Ritter «wider den tierischen Ernst». Wer wird denn auch den Abbau der Demokratie so tierisch ernst nehmen! Es wäre doch gelacht, wenn man – zusammen mit Narr Raymond – nicht lachen könnte.

Patriotisch-hämisch Siegfried Seldwyler

*

Vermutet hatten es die bösen Linken und «Subversiven» ja schon, jetzt aber ist es offiziell bestätigt: Einige Verleger haben die ganzseitigen Inserate zur Verteidigung des «Subversivenjägers» Ernst Cincera der «Aktion Freiheit und Verantwortung» gratis abgedruckt. Dies erklärte der Sekretär des «Schweizerischen Zeitungsverleger-Verbandes» (SZV), Charles Th. Jean-Richard.

Für den «Schweizerischen Zeitungsverleger-Verband» gilt nach den Worten seines Sekretärs Jean-Richard, dass sich die «Aktion Freiheit und Verantwortung» mit «dieser Cincera-Aktion (gemeint sind die ganzseitigen, z. T. gratis publizierten Pro-Cincera-Inserate) doch eher der Sache des Redressement National angenähert und sozusagen von einer PR-Stelle der Werbewirtschaft entfernt hat».

film in

arbeitsgruppe für film und information
postfach 3071, CH-8031 zürich
telefon 44 28 44
postcheckkonto 80-20827

CINEMA ROLAND
LANGSTRASSE 111, 8004 ZÜRICH

11 FEBRUAR FREITAG 15.00 17.00 19.00 21.00
Demokratische Bewegung: Berufsverbot
VERA ROMEYKE IST NICHT TRAGBAR
Buch: Renke Korn, Max Willutzki. Regie: Max Willutzki. OF.
Darsteller: Rita Engelmann, Herbert Chwoika, Gerd Burckhard, K. H. Müller.

12 FEBRUAR SAMSTAG 12.00 22.45
13 FEBRUAR SONNTAG 11.00
Demokratische Bewegung: Lehrlingsstreik
... E NOI ALTRI APPRENDISTI
Realisation: Giovanni Doffini und Lehrlinge der Gewerbeschule von Trevano.
(Und wir – die Lehrlinge) Deutsche Version

18 FEBRUAR FREITAG 15.00 17.00 19.00 21.00
Jorge Sanjinés
EL ENEMIGO PRINCIPAL
(Jatun Auka, Der Hauptfeind)
Bolivien 1973/74
Regie: Jorge Sanjinés. Buch: Jorge Sanjinés, Oscar Zambrano, Mario Areta. Darsteller: Arbeiter, Studenten aus Lateinamerika. OF mit deutschen U.

19 FEBRUAR SAMSTAG 12.00
19 FEBRUAR SAMSTAG 22.45
Jorge Sanjinés
YAWAR MALLKU
(Das Blut des Kondors)
Bolivien 1969. OF mit franz. U.

20 FEBRUAR SONNTAG 11.00
Jorge Sanjinés
EL ENEMIGO PRINCIPAL
Bolivien 1973/74. OF mit deutschen U.

25 FEBRUAR FREITAG 15.00 17.00 19.00 21.00
WINSTANLEY
Grossbritannien 1975
Buch und Regie: Kevin Brownlow, Andrew Mollo.
Nach dem Roman «Comrade Jacob» von David Caute.
Darsteller: Miles Halliwell, Jerome Willis.
OF mit deutschen U.

26 FEBRUAR SAMSTAG 12.00 22.45
27 FEBRUAR SONNTAG 11.00
Demokratische Bewegung:
DER AUFRECHTE GANG
BRD 1976
Buch und Regie: Christian Ziewer.
Darsteller: Ulli Heiser, Antje Hagen.

2–5 MÄRZ
Palästinensische Filmwoche
im Volkshaus Zürich
(Programm siehe Tageszeitungen)

4 MÄRZ FREITAG
(Zeiten siehe Tageszeitungen)
Kafr Kassem
von Borhan Alaouyé, Libanon 1974

5 MÄRZ SAMSTAG 12.00
6 MÄRZ SONNTAG 11.00
Alltagsleben in einem syrischen Dorf
von Omar Amiralay, Syrien 1974

5 MÄRZ SAMSTAG 22.45
Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.
von Dindo/Meienberg, Schweiz 1976

11 MÄRZ FREITAG
12 MÄRZ SAMSTAG 12.00
13 MÄRZ SONNTAG 11.00
Ernte 3000 Jahre
von Haile Gerima, Äthiopien 1975
(Zeiten siehe Tageszeitungen)

12 MÄRZ SAMSTAG 22.45
Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.
von Dindo/Meienberg, Schweiz 1976

18–31 MÄRZ
Neue kubanische Filme
(Programm siehe Tageszeitungen)

redaktionelles ++ redak

Wer bezahlt «das konzept»?

Das Geschäftsjahr vom «konzept» ist zwar schon am 30. 9. 1976 ausgelaufen, aber unsere Nebenamt-Buchhaltung hat erst jetzt die Rechnung abschliessen können. Erfreulich am Abschluss ist die Tatsache, dass «das konzept» sich finanziell hat gut halten können, und dies trotz der starken Rezession insbesondere im Pressewesen. Dass es dem «konzept» finanziell recht geht, hängt natürlich auch vom Umstand ab, dass seine Mitarbeiter (und Redaktoren) zu einem ganz bescheidenen Entgelt arbeiten. Den Mitarbeitern danken wir an dieser Stelle herzlich dafür. Ganz besonders freuen können wir uns, weil die sinkenden Inserateeinnahmen durch Neuabonnenten wettgemacht werden konnten. Die 100 Seiten «konzept» wurden im Rechnungsjahr 1975/76 zu rund 32,5% durch Beiträge der Studentenschaften finanziert (jeder Student bezahlt bekanntlich seine 85 Rappen pro Semester). Die Inserate bestreiten weitere 36% der Kosten. Abonnemente und Einzelverkauf finanzierten rund 27% der Kosten (und dies trotz der Tatsache, dass «das konzept» an den Schulen gratis aufliegt!). Der Rest wurde in diesem Jahr durch Aktionen aufgebracht: «das konzept»-Fest im Herbst 1975, «Chansons im Multipack» im Verlauf des Jahres 1976. Allen Gönnern und Helfern des «konzept» danken wir und versichern, dass wir jeden Beitrag dafür verwenden, eine bessere und dickere Zeitung zu machen, noch dickere Post.

Die Redaktion

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber.
Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

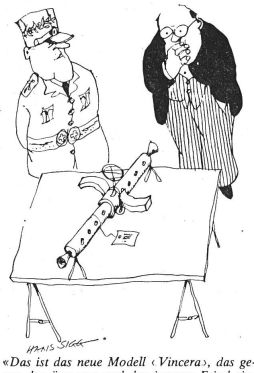
Redaktionsschluss Nr. 3: 4. 3. 77
Inseratenschluss Nr. 3: 11. 3. 77

Schweizer Armee: Karriere für Kriecher

Goldenes Laub kränzt hoh(l)e Köpfe

Angriff ist die beste Verteidigung, sagt sich die Spitze der Schweizer Armeehierarchie und nutzt jede Gelegenheit, den in der Uniform entmündigten Bürger für kostspielige Waffen anschaffungswillig zu trimmen. Der neu gegründete Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) hat denn die politisierenden Eichenlaubträger auch bereits abseits gepfiffen. Es ist fraglich, ob die in ihrem jahrzehntelang umsichtig gepflegten Offiziersstolz durch Waffenbruder Brigadier Jean Louis Jeanmaire schwer angeschossenen Armeeführer den Ordnungsruf der wählermässig stärksten Regierungspartei überhaupt zur Kenntnis nehmen. Mit ihrem Werbegeschrei für mehr teures Kriegsmaterial will die Armeespitze eindeutig ihr skandalöses Versagen in der Kaderauswahl verdecken, dem Volk glaubhaft machen, die schwächste Stelle in unserer unerprobten Verteidigungsorganisation sei die Bewaffnung und keinesfalls die Führung.

Mit der am Offiziersrapport des letzten Januarwochenendes in Luzern aufgestellten Behauptung «Die Armeeführung ist gesund» hat Korpskommandant Hans Wildbolz treffend durchblicken lassen, was die Gemüter der Solosänger des helvetischen Wodanchores so tief bewegt. Für den letzten Armeeanbeter sind Goldlaubträger seit dem Fall Jeanmaires in die rote Hölle nicht mehr unfehlbare Halbgötter. Diese zersetzenden



«Das ist das neue Modell ‹Vincera›, das gegen den äusseren und den inneren Feind eingesetzt werden kann.»

(Aus dem «Öffentlichen Dienst», Organ des VPOD.)

Glaubensschwächen bedrohen die heile Sandkastenwelt, in der die heutigen Armeeführer aufgewachsen und zu schwarzer Autobahn und goldigem Eichenlaub gekommen sind. Brigadier Jean-Louis Jeanmaire hat der Eidgenossenschaft einen Dienst erwiesen, mit unmissverständlicher Deutlichkeit vorexerziert, wie fehleranfällig und reformbedürftig das Qualifikations- und Beförderungssystem der Armee ist. Krampfhaft und mit beinahe landesverräterisch anmutender Hartnäckigkeit versuchen nun seine Waffenbrüder von vordem zu behaupten, Berufsoffizierpensionär Jeanmaire weise auf die falsche Spur. Da nutzt auch die Protokollarbeit der «NZZ» vom 16. Dezember 1976 wenig, in der darauf hingewiesen wurde, dass ein vom Psychiater vor Gericht als vermindert zurechnungsfähig erklärter Major 1972 vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) in die engste Wahl für die Stelle als «Beauftragter für Fragen des Instruktionskorps» gezogen wurde und vermutlich die Armee mit seiner inzwischen in Sträflingskleider steckenden Person nur nicht bereichert hat, weil er die Bewerbung wegen Änderung seiner Karrierenzielsetzung selbst zurückgezogen hatte.

«Konduiten-Noten»

«Zu den unerlässlich notwendigen Vorarbeiten für die verlängerte Dienstzeit, welche die neue Militärorganisation bringen will, gehört das Aufräumen mit allen Dingen aus einer Zeit, wo Auffassung und Betrieb unseres Wehrwesens auf einer Stufe standen, auf der man die Bedingungen der Kriegstüchtigkeit nur sehr unklar erkannte.» Diese Forderung ist in dem Aufsatz «Die Konduiten-Noten» eines Korpskommandanten und früheren Waffenchefs verpackt, der feststellt, dass man die Armeeangehörigen mit den Zahlen eins, zwei, drei qualifiziert und den vier Rubriken Betragen, Fleiss, Fortschritt und Eignung für die eingenommene militärische Stellung. Der Verfasser nahm an, das militärische Zensurenvorgehen sei ein Überbleibsel aus der Mönchsschulung des Mittelalters, und bezeichnete es als ein Unding, die Armeeangehörigen so zu qualifizieren. Dieser Kritiker von 1906 ging in die Geschichte als General Ulrich Wille (1848 bis 1925) ein. Das kritisierte Qualifikationssystem ist militärhistorisch noch nicht einzureihen, denn es wird – mit leichten kosmetischen Korrekturen – noch in der Schweizer Armee von 1977 angewandt!

Gut ist, was mir nützte?

«Die Qualifikationsblätter der Rekruten verlangen immer noch Noten. Die Rubriken sind allerdings nicht mehr so summarisch wie damals», gesteht der Ausbildungschef der Armee, Korpskommandant Gérard Lattion, ein. «Wir ändern die Personalauswahl im Hinblick auf das Armeeleitbild 80 nicht so schnell», artikuliert Dr. iur. Hans Rudolf Kurz, stellvertretender Militärverwaltungsdirektor, das bernische Beharrungsvermögen. Sein Vornamensvetter und Vorgesetzter, Bundesrat Gnägi, begründet: «Ich bin überzeugt, dass Jeanmaire ein Einzelfall ist. Im grossen und ganzen hat nicht das Qualifikationssystem in der Schweizer Armee versagt, sondern der Mann.» Unterstützung erhält der SVP-Bundesrat vom FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Meyer. Der Stadtpräsident von Luzern und forsche Brigadier: «Das Qualifikationssystem ist absolut in Ordnung. Die Beurteilung von allen Kandidaten durch berufene militärische Chefs ist derart umfassend, dass die militärischen Chefs den Antrag für jede Beförderung stellen können!»

Im Bundeshaus Ost hört man: «Jean-Louis Jeanmaire hatte im Dienst-Etat und in allen übrigen vorhandenen militärischen Schriftstücken sich über lükkenlose Superqualifikationen ausweisen können, so phantastisch gute Qualifikationen, dass es den Leser fast vom Sessel werfen muss, wenn er sie liest . . .»

Neue Qualifikationsformulare

Dr. G. T. Schwarz, Chef Informationsdienst vom Stab der Gruppe für Ausbildung, behauptet indessen, dass sich seit der Kritik vom späteren General Wille im Jahr 1906 auch im EMD in bezug auf das Qualifikationssystem etwas in Bewegung gesetzt hat:

- neue Vorschriften vom 2. 2. 1976 und Formulare für Schulen und Kurse
- Einführungskurse für Schulkommandanten und Instruktoren in die neue Methode des Qualifizierens (sechs durchgeführt)
- Nächster Schulkommandantenrapport behandelt als Schwerpunkt «Menschenführung» und damit auch das Qualifikationssystem
- Auch für die Wiederholungskurse ist ein neues Qualifikationssystem in Arbeit, desgleichen für die Instruktoren; der Stand der Vorarbeiten lässt jedoch eine Publikation nicht zu, bevor sich die zuständigen Instanzen zu den Entwürfen äussern konnten.

Keine Qualifikationssystemänderung kann aber Dr. Eugen W. Schmid an den bisher vorgelegten neuen Qualifikationsformularen feststellen, die lediglich eine andere graphische Aufmachung und einige Rubriken mehr aufweisen als ihre Vorgänger.

Verdrehungen eines Divisionärs

Managementausbilder und Hauptmann Schmid hat an der Handelshochschule St. Gallen mit einer Arbeit über die Qualifikation in der Armee doktoriert. Schmid hat nachgewiesen, dass mit Hilfe des Rangreiheverfahrens, bei dem sich die Unteroffiziere einer Schule untereinander selber qualifizieren und mit Qualifikation durch die Rekruten sich wertvolle Entscheidungshilfen für die mit der Qualifikation betrauten Vorgesetzten herausarbeiten lassen.

«In der Beurteilung eines Menschen kann der Vorgesetzte oft irren, der Gleichgestellte selten, der Untergebene nie», meint denn auch der pensionierte Berufsoffizier Hans Eichin, ehemals Kommandant der Mech Div 4.

Zumindest geirrt hat sich auch Divisionär Hans Trautweiler, wenn er folgende Fehlinterpretation in die Welt setzt: «Eine von einem Absolventen der Hochschule St. Gallen durchgeführte Untersuchung hat aufgrund der Selbstbeurteilung der Betroffenen praktisch die gleichen Resultate ergeben wie die konventionellen Auswahlmethoden.»

Eugen W. Schmid hat tatsächlich nachgewiesen, dass die Soldaten ihre Unteroffiziere und die Unteroffiziere ihre Kameraden mindestens so sicher charakterlich und fachlich zu qualifizieren vermögen wie ihre Vorgesetzten. Trautweiler verschweigt allerdings, dass die Untergebenen und Gleichgestellten bedeutend schneller und sicherer zu einem zuverlässigen Urteil fanden als die Vorgesetzten und dass Schmid mit dem Ergebnis beweisen konnte, dass das Rangreiheverfahren ähnlich gute Qualifikationsresultate erbringt wie das altväterische Ermessensverfahren der Vorgesetzten. Der Doktorand hat den Beweis erbracht, den nun der Divisionär dazu nutzt, um zu beweisen, dass das bisherige Qualifikationssystem genüge.

Kaderfunktionen mit Vitamin B

«Meines Erachtens ist die Charakterbeurteilung das zentrale Problem. Es ist nachgewiesenermassen so, dass Sie charakterliche Schweine haben können, die intellektuell brillant sind», versichert der Akademiker Schmid. «Es wird nie möglich sein, jemanden zu befördern, von dem man mit letzter Sicherheit weiss, dass er keinen Charakterdefekt hat, und doch werden wir jetzt die Schwachstellen finden müssen, um zu sehen, was verbessert werden kann. Es sind kaum Massnahmen denkbar, um für alle Zeiten eine Wiederholung dessen zu verhindern, was passiert ist, aber es gibt noch viele unmögliche ‹Sieche› in der Armee», glaubt denn auch Ständerat Dr. med. dent. Othmar Andermatt (fdp., Zug), Mitglied der parlamentarischen Kommission «Arbeitsgruppe Jeanmaire».

«Unsere Milizarmee ist im Verhältnis zum Land sehr gross und hat demzufolge einen enormen Kaderbedarf. Bei der Kaderauswahl kann es deshalb nie darum gehen, nur einen kleinen Prozentsatz von überdurchschnittlich begabten Leuten auszuwählen. Mit andern als im Fliegerärztlichen Institut verwendeten Verfahren (für die Pilotenauswahl) wäre sicher eine gewisse Verbesserung der Kaderauswahl zu erreichen. Bei der Grösse der Armee darf aber auch der Erfolg einer solchen Selektion nicht überschätzt werden. Zudem müssten erhebliche Kosten in Kauf genommen werden», meint Dr. med. Urs Baumann, Leiter der Sektion Psychiatrie des Fliegerärztlichen Institutes in Dübendorf.

«Vetterliwirtschaft und Gefälligkeitsvorschläge sind mit keinem System zu verhindern», glaubt dagegen Alt-Divisionär Hans Eichin. «Wenn man nicht zur Kaste gehört, zur richtigen Studentenverbindung, zum Rotary-Club, einfach zu den entsprechenden Kreisen, dann ist die Chance schon gering, dass man in der militärischen Hierarchie in Spitzenpositionen aufsteigen kann», erzählt die am Jahresende 1976 pensionierte Chef-FHD Andrée Weitzel. «Wenn einer immer ja sagt, ein Braver ist, stösst einer weniger an, und die Chancen für eine gute Qualifikation steigen», gesteht auch der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Forstingenieur ETH Walter Kälin, ein. Nationalrat Dr. phil. Walter Allgöwer (ldu., BS) nimmt kein Blatt vor den Mund; wenn er als ehemaliger Berufsoffizier feststellt: «Die braven Mitschnorrer innerhalb der militärischen Hierarchie werden ge- und befördert. In unserer Armee werden Arschlecker gezüchtet, und mindestens 50 Prozent der Kommandanten sind den Anforderungen nicht gewachsen.»

Franz Wagner-Truninger

Anmerkung: Ende Februar erscheint vom Verfasser das brisante Buch: Militärische Karriere: Können, Kennen, Kriechen? Vorbestellungen an HeCHt-Verlag, Postfach 3210, 8800 Thalwil Der journalistische Report wird 12 Fr. kosten.

NZZ refusiert Todesanzeige

«das konzept» bietet sich an als Alternativzeitung für Todesanzeigen, denn sogar Todesanzeigen werden neuestens von der NZZ, bzw. von Dr. Eric Mettler, Leiter der Auslandredaktion und prominentes Mitglied der FDP, abgelehnt. In der Januarnummer des *«echo vom pfannenstiel»* gibt er als Begründung an: die Todesanzeige (vgl. Kopie) «riege vom Johannes-Zitat bis zu den unabgeklärten Umständen nach Protest gegen das Regime in Südafrika». Politische Kritik gehöre in der NZZ nicht in den Inseratenteil, höchstens in den Textteil.

Üble Hetzinserate à la «Freiheit und Verantwortung» sind offenbar nicht politisch und dürfen deshalb in der NZZ im Inseratenteil erscheinen. Anders steht es natürlich, wenn das Demokratische Manifest in einer Anzeige auf eine Kundgebung im Gebäude mit dem politisch verdächtigen Namen Volkshaus hinweisen will. Bei Todesanzeigen ist der Fall strittig. Um sicherzugehen, wählt man am besten ein gediegeneres Bibelzitat, etwa das zeitlose «Der Herr ist dein Hirt, dir wird nichts mangeln», und vergisst nicht, die FDP-Parteizugehörigkeit bei den Namen der Verstorbenen zu vermerken.

«Die Wahrheit wird euch frei machen.» Joh. 8,32

Bestürzt teilen wir unsern Freunden und Bekannten mit, dass kürzlich

Mapetla Mohapi

Leiter eines vom Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz unterstützten Werkes

unter nicht abgeklärten Umständen in einem Gefängnis der Südafrikanischen Republik gestorben ist.

Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen

03-110182

Spots

Die italienische Bischofskonferenz hat die italienischen Katholiken darauf hingewiesen, dass die vorsätzliche Abtreibung auch dann ihren Charakter als Todsünde nicht verliere, wenn das Abtreibungsgesetz endgültig in Kraft sei. Ob dieser moralische Terror, welcher damit vor allem auf minderbemittelte Schichten der italienischen Bevölkerung ausgeübt wird, keine Todsünde ist, wurde allerdings nicht vermerkt.

*

Einige der 18 Berner Uni-Professoren, welche in einem geharnischten Brief an den Oberbürgermeister von Mannheim (BRD) gegen einen Preis für den Dindo/Meienberg-Film «Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.» protestiert hatten, gaben an einer Diskussion in der Aula der Uni Bern zu, den Film bei der Briefunterzeichnung noch gar nicht gesehen zu haben. Ob sie auch auf diese Art die Arbeiten ihrer Studenten beurteilen?

*

Zum Bundesratsentscheid in Sachen «Ernst S.»-Film (vgl. Januar-Nummer des «konzepts») schreibt das «Schweizerische Kaufmännische Zentralblatt»: «Die Unverschämtheit politisch extremer Wühlmäuse und ihrer publizistischen Helfershelfer kennt keine Grenzen . . . Man zeigt sich tief beleidigt, wenn es dieser Staat ablehnt, für gegen ihn gerichtete Agitation auch noch eine Qualitätsprämie auszurichten. . . . Soll man endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht bereit sind, mit unseren Steuergeldern marxistische Geschichtsklitterer stark zu machen.»

*

Vor einiger Zeit wurde im nahen Landshut (BRD) in einer Buchhandlung das Buch «Haymarket» (Wagenbach-Verlag) beschlagnahmt. Grund: es fordere auf Seite 18 zu Straftaten gegen «Militärs, Polizei und Pinkertons)» auf. Die Aufforderung ist 91 Jahre alt. Die auf Seite 12 desselben Buches berichteten Aufforderungen der Unternehmer, den Arbeitern «Blei als Mahlzeit» zu geben oder «Arsenik aufs Brot zu streuen» und unter Gewerkschafter «Handgranaten zu werfen», wurden weder damals noch heute als strafbar bezeichnet.*

**) Paramilitärische Privatpolizei vor allem zum Schutz von Eisenbahntransporten im Chicago des 19. Jh.s, benannt nach dem Gründer Pinkerton.*

*

Die Beschlagnahmung des Buches «Haymarket» (1886: Die deutschen Anarchisten von Chicago) geschah aufgrund des neuen Paragraphen 88a, nach welchem jeder Aufruf zur Gewalt, aber auch jede Darstellung von gewaltsamem Widerstand in der BRD als strafbar gilt. Mit diesem Paragraphen wollten die bundesdeutschen Behörden auch gegen Bücher wie Bölls «Katharina Blum» vorgehen.

*

«Die Herren von Bern» heisst eine Umfrage, die die Schweizerische Depeschenagentur (sda) kürzlich gemacht hat. In der Umfrage war zu erfahren, dass heute in der Bundesverwaltung zwei Prozent mehr protestantische Chefbeamte sitzen als vor zwei Jahren. Oder dass alle Chefbeamten in Bern im Durchschnitt zwei Monate jünger sind als noch vor zwei Jahren . . .

Über die politische Herkunft der Herren zu Bern stand nichts in dem Bericht. Die Religion scheint bei den Chefbeamten im Bundeshaus, die bis zu 87 000 im Jahr verdienen, eben wichtiger zu sein – obwohl sie 63,2 Prozent «aufgeklärte» Akademiker sind.

Inserat
761241106

AIR BAHAMA

SÜDAMERIKA – MITTELAMERIKA – ÜBER DIE BAHAMAS.

* Nassau	ab Fr.	897.–
* Lima	ab Fr.	2.041.–
* Bogota	ab Fr.	1.592.–
* Quito	ab Fr.	1.690.–
* Mexico (Cancun)	ab Fr.	1.355.–
* Jamaica	ab Fr.	1.147.–
* Miami	ab Fr.	1.064.–

4 x wöchentlich ab Luxemburg mit DC-8 Super Jets. Auskunft in jedem guten Reisebüro, oder Coupon direkt an AIR BAHAMA

8024 Zürich, Limmatquai 4, 01/32 94 13-16
4002 Basel, Hardstrasse 45, 061/42 66 44
1211 Genf, 16, rue du Mont Blanc, 022/31 43 35

Ich bitte um Detail-Informationen. «K3»
IW
Name: _____
Strasse: _____
PLZ: _____

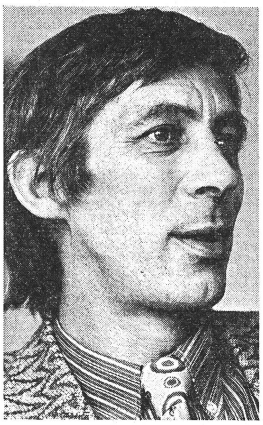
W. M. Diggelmann führte Gespräche über das Hochschulleben in der DDR

«Wir geben viel, und wir verlangen viel»

W. M. Diggelmann machte im November 1976 eine ausgedehnte Erkundungsfahrt durch die DDR. So besuchte er auch die «Friedrich-Schiller-Universität» in Jena und führte mit Studenten und Rektor Gespräche über bildungspolitische Praxis und Probleme. Die nachstehenden Ausführungen sind dem Tagebuch entnommen, das Diggelmann bei seiner Reise geführt hat. (Es erscheint demnächst im Benziger-Verlag) Die Red.

19. 11. 76

Jena. Was fällt mir ein, wenn ich diesen Namen höre oder lese? Zeiss-Werke, Jenaer Glas. Mehr nicht? Von den Zeiss-Werken weiss ich seit meiner Bubenzeit, dass hier die besten Objektive der Welt hergestellt wurden. Feuerfeste Platten aus Jenaer Glas stehen auch heute in unserem Geschirrschrank in Zürich. Alles, was auch noch mit Jena zu tun hat, habe ich aus Büchern, oder ich habe mir manches erzählen lassen, zum Beispiel über die Jenenser Studenten, die vom 17. bis 19. Oktober 1817, zur Feier des Jahrestages der Völkerschlacht bei Leipzig und zum dreihundertsten Jahrestag der Reformation, auf die Wartburg eingeladen hatten. Über 400 Studenten und einige Professoren sollen damals auf die Wartburg gezogen sein. Über den Sinn des Wartburgfestes sagte der Jenaer Student Heinrich Hermann Riemann, dass er «. . . kein anderer sein kann: dass wir



W. M. Diggelmann

gemeinschaftlich das Bild der Vergangenheit uns vor die Seele rufen, um aus ihr Kraft zu schöpfen für die lebendige Tat der Gegenwart: dass wir gemeinschaftlich uns beraten über Tun und Treiben, unsere Ansichten austauschen, das Burschenleben in seiner Reinheit uns anschaulich zu machen suchen; und endlich dass wir unserem Volk zeigen wollen, was es von seiner Jugend zu erhoffen hat.»*

Am Abend des 18. Oktober versammelten sich die Studenten zu jener Feierstunde auf dem Wartenberg, die denn auch für Metternich zum Anlass wurde, 1819 die Studentenschaften in Deutschland zu verbieten. Nach einer Rede des Studenten Ludwig Rödiger verbrannten die Burschen «Schriften des Feudalismus und Militarismus . . .»

Nie wieder Krieg zwischen Deutschen Staaten, hiess das Versprechen, welches die Studenten von Jena auf der Wartburg beschworen.

Was für Studenten würde ich heute antreffen in Jena an der «Friedrich Schiller Universität»? Am Nachmittag in einer grossen Runde von Studenten, darunter auffallend viele Mädchen, antwortet man mir selbstsicher: «Das Wartburgfest findet in unseren Herzen und Köpfen Tag für Tag statt.»

Und einer sagt sogar: «Nachdem uns die Rotarmisten 1945 die Revolution gebracht und wir sie übernommen haben, hat sie nicht wieder aufgehört. Das Ende der Revolution wäre unser aller Ende . . .»

Solche Worte klingen hochgemut, und nach einem vielstündigen Gespräch will ich es ihnen auch glauben. Sie beschönigen nichts, alles sei nur ein Anfang, sagen sie, das Ziel hätten sie im Kopf, aber in Sicht sei es noch nicht.

*

Bei der Gesprächsrunde mit einem Dutzend Dozenten am Vormittag im Senatssaal sagt der Konrektor: «Die Zukunft dieses Landes bestimmen nicht wir, die Väter, sondern unsere Kinder. Wir haben das Fundament geschaffen. Die Häuser nun müssen die Jungen entwerfen und bauen. Sie müssen entscheiden, in was für einem Haus sie wohnen möchten. Und weil wir ihnen das auch sagen und ihnen Verantwortung geben, lernen sie auch schon an ihre Kinder denken . . .»

Mitbestimmung der Studenten also? Der Senat, antwortet man mir, könne nichts entscheiden, ohne die Vertreter der Studentenschaft anzuhören. «Ihre Einwände oder Vorschläge sind für uns alle durch Gesetz verbindlich. Freilich müssen die Argumente stichhaltig und begründet sein. Das führt zu stundenlangen, oft ermüdenden Diskussionen. Zuerst in den Gremien der Studentenschaft und gleichzeitig im Senat, und dann wird die Sache zwischen Vertretern der Studentengremien und dem Senat weiterdiskutiert.» Die Mitbestimmung geht bei uns so weit, dass die Studenten jederzeit einen Dozenten zur Rechenschaft ziehen können, wenn sie den Eindruck gewinnen, die Vorlesungen oder Seminarien genügten nicht ihren Ansprüchen. Wir haben ja bei uns das Recht auf Bildung, aber natürlich auch die Pflicht auf Bildung.

Das hört sich gut und schön an, nicht wahr, aber wir wollen nicht verschweigen, dass dies auch viele Komplikationen mit sich bringt. So einseitiges, autoritäres Vorgehen, wie das bei euch ist, würde das Leben unserer Dozenten oft leichter machen. Wir können zum Beispiel auch nur in ganz gravierenden Fällen einen Studenten relegieren, und das auch erst, wenn der Fall vorgängig durch die Konfliktkommission der Studenten gründlich abgeklärt worden ist. Streng genommen können wir einen Studenten nur im Einverständnis mit der Studentenschaft relegieren.

Anderseits kann aber auch ein Student sich nicht so einfach exmatrikulieren. Es müssen schon schwerwiegende Gründe vorliegen. Krankheit zum Beispiel. Oder die Einsicht, dass er den falschen Weg eingeschlagen hatte, dass er es nicht schafft. Und wenn das so ist, sind seine Kommilitonen verpflichtet, das Problem mit dem Betreffenden eingehend zu beraten, und auch der Vorsteher der Sektion (Ordinarius und Direktor der Fakultät) muss sich intensiv mit ihm abgeben. Es wird keiner einfach so entlassen . . .»

*

Der Ordinarius für Chemie berichtet von einem gerade aktuellen Fall. Eine bestausgewiesene Laborantin wird von ihrem Betrieb zur Weiterbildung an die Universität geschickt. Die junge Frau freut sich, denn das ist eine Auszeichnung. Aber nach drei Semestern hat sie das Gefühl, sie schaffe es nie auch nur bis zum Lizenziat (Diplom), und schon gar nicht bis zum Doktor. «Und diese junge Frau hat also vor vier Wochen um Exmatrikulation nachgesucht. Ich bin aber überzeugt, dass sie es schaffen wird. Morgen werde ich das dritte Gespräch mit ihr haben. Da handelt es sich um eine typische Entwicklungskrise, um Angst. Als Laborantin war sie erstklassig und von ihren Kollegen entsprechend bewundert. Und nun muss sie sich an den Fähigkeiten ihrer Kommilitonen messen. Es wird mehr von ihr gefordert, und sie hat Angst, dieser Forderung nicht gewachsen zu sein. Aber das lassen wir nicht zu, wir überlassen keinen seinen eigenen Zweifeln und Ängsten . . .»

Also wieder das Lied von der allgegenwärtigen und allesumfassenden Solidarität?

«Gewiss», erwiderte der Konrektor, «aber in unserem Staat ist ja Solidarität nicht eine Einbahn. Wir fordern vom einzelnen viel, aber der einzelne darf vom Kollektiv ebenfalls viel fordern. Wir, als Kollektiv, als Gesellschaft, geben viel, und wir verlangen viel. Unsere Studenten werden auf Kosten der Werktätigen ausgebildet, sie bekommen grosszügige Stipendien, eine Art Löhne, wenn Studenten verheiratet sind, Kinder kommen zur Welt, haben wir an der Uni eigene Kinderhorte und Kindergärten. Wenn eine Studentin, weil sie Mutter wird, aussetzen muss, erhält sie das Stipendium weiterhin, und ihr Studienplatz bleibt ihr erhalten . . .»

Also auch Bildung eine Art Volkseigentum? Der durch und durch reglementierte Mensch? Der eingeplante Wissenschaftler. Das Kollektiv bestimmt, wer Chemie, Physik oder Medizin zu studieren hat?

«So einfach ist das nicht», antwortet die Vorsteherin der germanistischen Fakultät, «die Gesellschaft, ich sage das nun vereinfacht, signalisiert uns ihre Bedürfnisse. Wir brauchen zum Beispiel weniger Lehrer im Augenblick, dafür mehr Physiker oder Mathematiker. Und das signalisieren wir bereits an die Oberschulen, die Lehrer der beiden letzten Schuklassen sind aufgefordert, verpflichtet, die spezifischen Talente ihrer Schüler zu entdecken, zu fördern, mit diesen Schülern schon möglichst früh abzuklären, wofür sie sich interessieren. Denn wir wiederum, ich meine jetzt die Gesellschaft, haben kein Interesse daran, mit Brachialgewalt einen jungen Menschen zum Chemiker ausbilden zu wollen, wenn wir erkennen, dass aus ihm ein guter Arzt werden könnte . . .»

Ein Numerus clausus?

«Der liegt nicht drin, nicht in der Form wie in Westdeutschland. Wir fangen unsere Jugend rechtzeitig auf. Wir lassen keinen jungen Menschen einfach so ins Ungewisse hinaus. Das heisst nicht, dass es keine Pannen gibt. Ich müsste lügen, wenn ich behaupte, bei uns gehe alles so glatt, wie sich das nun anhört. Doch für uns ist die Frage entscheidend, welches sind die besseren Voraussetzungen? Unseren Garten verwildern und verwuchern lassen oder die zarten und schönen jungen Pflanzen pflegen und hegen? Ich glaube, wir haben uns richtig entschieden . . .»

*

Der Schüler weiss also schon sehr früh, welches Studium an welcher Universität er absolvieren kann?

«Unsere Studenten wissen auch bereits zwei Jahre vor ihrem Abgang von der Universität, wo sie arbeiten und wieviel sie verdienen werden. Da gibt es persönliche Härtefälle. Zum Beispiel, wir brauchen dringend einige Lehrer in kleineren Dörfern, und keiner unserer Absolventen will ins Dorf, alle wollen nach Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt oder so. Nun, da reden wir mit denen. Wir legen ihnen dar, dass wir auf sie angewiesen sind, wir überzeugen sie davon, dass es ohne sie nicht geht. Und in zwei Jahren gehen vielleicht einige von der Uni ab, die in Bauerndörfer lehren möchten, und nicht in Berlin oder Rostock. Dann wechseln wir aus . . .»

Also doch Reglementierung?

«Das ist nicht der richtige Ausdruck. Was da permanent vor sich geht, ist ein Dialog. Wir müssen uns gegenseitig überzeugen. Tag für Tag. Wir irren uns und müssen unsere Irrtümer eingestehen. Wir kämen nicht weiter, wenn wir sagen würden, behaupten würden, wir machten keine Fehler. Wir machen alle viele Fehler. Aber, und das scheint mir wesentlich für unsere Bildungsarbeit, angefangen im Kindergarten, wir müssen unsere Schüler und Studenten lehren, auch mit Fehlentscheidungen fertigzuwerden, oder aber wir müssen unseren Jungen sagen, dass sie es vielleicht einmal anders, ja sogar besser machen werden. Wir wollen doch endlich keine Nation von Vätern mehr sein. Mit diesem Trümmerhaufen ‹Väter› müssen wir fertigwerden, den müssen wir wegräumen, das ist unsere Aufgabe . . . Ich will nicht das grosse Wort Revolution am Laufmeter strapazieren, aber die Formulierung ‹éducation permanente› ist sicher am Platz . . .», sagt der Konrektor, und dem habe ich heute nichts beizufügen, nicht einmal eine Frage.

*

Das Senatszimmer: die Decke original aus Goethes Arbeitszimmer in Jena. «Die Jenaer wollten auch immer einen Hauch von Goethe um oder über sich haben . . .»

An der Wand ein Ölgemälde: das Stadtpalais der Herzöge Sachsen-Weimar-Eisenach. Die «Friedrich Schiller Universität» steht auf den Trümmern dieses Palais. Auf diesem Gemälde dann auch noch porträtiert Grossherzog Karl August, Goethe, Schiller und Humboldt. Von Schiller hatten die Jenaer mehr als nur einen Hauch mitbekommen. Der Autor der «Räuber» war hier Professor gewesen, hatte hier seine Antrittsvorlesung gehalten.

Zum Mittagessen gehen wir hinüber ins «Professoren-Kasino». Es ist untergebracht im ältesten und schönsten Haus, das heute in Jena steht. Kasino? Dieses Wort erinnert mich an Offiziere, an Garnison.

«Ja, richtig», sagt der Konrektor, «das allererste, was die Russen damals in Jena wieder aufgebaut haben wollten, in Betrieb genommen haben wollten, war die Universität. Und damit die Professoren gut ernährt würden, um gute Vorlesungen schreiben zu können, requirierten sie dieses Haus und richteten für die Professoren ein ‹Kasino› ein . . .»

Am Nachmittag, wie gesagt, das lange Gespräch mit den Studenten. Der eine: «Das Ende der Revolution wäre unser aller Ende . . .»

Weht hier in Jena doch wieder der Geist der Jenenser Studenten von 1817? Wartburg! W. M. Diggelmann

** Mit «Burschenleben» ist hier nicht die Burschenschaft der Studentenverbindungen, wie sie in unserem Jahrhundert berühmt-berüchtigt wurden, gemeint, sondern die liberal-demokratische Studentenbewegung jener Zeit. (Die Red.)*

Er ist erschienen. Schickt ihn mir✖ zu.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

✖ Gilt nur für Nichtstudenten. Um Porto zu sparen, legen wir für Studenten und Schüler den Katalog an der Uni/Schule auf.

Coupon an: SSR-Verkauf, Postfach 3244, 8023 Zürich

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik

für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Burma, Thailand (Chieng Mai), evtl. Indien, Hongkong, für 4 Wochen im März 1977, wen's gelüstet mitzufliegen, der wähle (021) 62 48 49, Louis Hafner (31), En Champsot 10, 1822 Chernex.

Wer hat auch vor, nach **Nordafrika (Marokko, Tunesien usw.)** oder evtl. **Naher Osten (Türkei, Israel usw.)** zu gehen? Ca. Mitte März–Mitte April. Andreas Scherrer, Aug.-Müller-Str. 9, 8134 Adliswil, Tel. 710 57 80.

Wer fährt mit mir (20, Stift) für drei Wochen, ab Mitte Juli, durch **Nordeuropa und evtl. England?** Tripverlauf nicht festgelegt (vorzugsweise Inter-Rail). Markus Henny, Kölliker-strasse 8, 5036 Oberentfelden.

Wir fahren mit unseren Zelten u. Motorrädern Mitte Juli Richtung **Nordeuropa,** sind aber erst zu dritt. Hast Du als Sozia Lust mitzureisen, so schreib an: Walter Weilenmann, Vorarlbergerstr. 56, 9491 Schaanwald FL.

Ich möchte im März gerne 3–4 Wochen in den Süden reisen. Wer kommt mit? Bevorzugtes Land: Algerien. Bitte melden bei: U. Meuli, Mörsbergerstrasse 7, 4057 Basel, Tel. (061) 33 85 72.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Mit dem SSR nach Vietnam

Im Zuge des Wiederaufbaus nach langen Kriegsjahren will sich das Vereinigte Vietnam auch wieder für Touristen öffnen. Der SSR wird ab Frühjahr 1977 Reisen ohne Teilnahmebeschränkung durch Nord- und Südvietnam organisieren und unter anderem auch Schulen, Fabriken und landwirtschaftliche Genossenschaften besuchen. Adresse: Schweizerischer Studentenreisedienst (SSR), Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich.

Stipendienwesen in der Schweiz III

Diese Broschüre ist soeben in der VSS-Dokumentationreihe erschienen. Sie enthält Erhebungen und Statistiken bis Mitte 1976 und den Stand der Stipendiengesetze bis WS 1976/77. Zu beziehen bei: VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

VSS-Gespräch mit Bundesrat Hans Hürlimann

Hürlimann: Hans im Glück?

Schon des öfteren hat «das konzept» sich mit dem Problemkreis Zulassungsbeschränkung an den Hochschulen (NC) und dem vorgelegten Entwurf des Bundesrates zu einem neuen Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFFG) befasst. Die gewählten Vertreter des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) nun wollten es von dem für die (allfällige) Behebung der Misere, die nicht nur die Hochschüler, sondern das gesamte Bildungssystem bis zur Primarschule hinunter betrifft, höchsten Mitverantwortlichen, vom Vorsteher des Eidg. Departements des Inneren, Bundesrat Hans Hürlimann, selbst wissen. Ein solches Wissenwollen auf höchster Ebene hat seinen Preis: schriftliche Fragen, schriftliche Antworten, der Vorschlag, in Rücksichtnahme auf die heikle Situation um das HFFG auch die Einleitung noch vorzulegen. Natürlich druckt «das konzept» das Interview samt Einleitung des VSS gemäss der Vereinbarung vollständig und unverändert; einzig die Zwischentitel stammen von der Redaktion.

Die Redaktion

Im Anschluss an die Pressekonferenz zum neuen HFFG vom 11. November 1976 fragte der VSS Bundesrat Hürlimann um ein Interview an, das ihm prompt zugestanden wurde, allerdings mit der Auflage, die Fragen vorher schriftlich einzureichen. Der VSS tat dies. Die Einladung zur Besprechung der Antworten erfolgte auf Donnerstag, den 23. Dezember.

Interviewer: Hanna Muralt, Vorstandsmitglied VSS
Felix Adank (Vorstandsmitglied Studentenschaft Bern)

Der Zugang zu Bundesrat Hürlimann erfolgte wie immer über einen Weibel – mit Schweizerkreuz auf dem Kragenknopf –, der die Fragesteller vorerst in einen Warteraum führte, bevor sie zur Audienz vorgelassen wurden.

Bundesrat Hürlimann legte die schriftlichen Antworten auf feinstem Papier vor. Nachfragen waren im Moment nicht möglich, da der Inhalt nicht erst zur Kenntnis genommen werden konnte. Er gebe dieses Interview, weil er uns dies versprochen habe. Der Bundesrat auferlegte sich in seinen Stellungnahmen sehr grosse Zurückhaltung, sobald die Vorlage in den Vorbereitenden Kommissionen sei. Und dies sei beim HFFG bereits der Fall. Bundesrat Hürlimann zeigte sich übrigens aufgrund der angelaufenen Kommissionsarbeit sehr optimistisch. Nach einer stündigen Diskussion, die nichts mehr als die bekannten Positionen von Bundesrat Hürlimann nochmals zum Ausdruck brachte, wurden die Fragesteller mit der Zusage verabschiedet, dass uns ein weitergehendes, offenes Interview im Frühling 1977, also nach der von Bundesrat Hürlimann selbst auferlegten Stillhalteperiode, gegeben werde.

Warum eigentlich kein NC?

VSS: Herr Bundesrat, der VSS begrüsst die NC-Regelung des neuen Hochschulförderungsgesetzes.

Dieses Gesetz bezweckt . . . die Wahrung des freien Zugangs zu den Hochschulen. (Entwurf HFFG, Art. 1)

Welches sind Ihre hauptsächlichsten Gründe, die Sie gegen den NC ins Feld führen möchten?

BR Hürlimann: Vor allem sprechen die folgenden Gründe gegen die Einführung des NC in der Schweiz:

- Staatliche Eingriffe im Sinn einer Beschränkung des Zutrittes zum Hochschulstudium stehen im Widerspruch zu unserem freiheitlichen politischen System. Jeder sollte die Möglichkeit haben, nach seinem Ermessen und in Berücksichtigung seiner persönlichen Voraussetzung eine berufliche Ausbildung zu wählen, für deren Richtigkeit und Zweckmässigkeit er dann auch selber die Verantwortung trägt.
- Die Erfahrungen in unserem ebenfalls föderalistischen nördlichen Nachbarstaat zeigen, dass der NC neue Probleme schafft. Wird er einmal in einem Fach eingeführt, so besteht die Gefahr, dass er sich sehr rasch auf andere Studienrichtungen ausbreitet. Der NC bewirkt auch eine Verfälschung in der Berufswahl (die NC-Fächer werden in einem gewissen Sinn noch attraktiver!) und verursacht eine zusätzliche Belastung der Hochschulen durch die sog. «Wartestudien».
- Der NC hätte auch politisch schwerwiegende Folgen, denn es wäre zu befürchten, dass Zulassungsbeschränkungen vor allem Angehörige der Nichthochschulkantone treffen würde.
- Der NC stünde auch im Widerspruch zum starken Ausbau des Mittelschulwesens in den Kantonen. Das Maturitätszeugnis, das keinen Berufsausweis darstellt, sondern die Hochschulreife bezeugt, würde stark abgewertet. Es muss daher verhindert werden, dass erfolgreichen Maturanden der freie Zugang zu unseren Hochschulen versperrt wird.

Wie der VSS bereits bekanntgab, haben wir gewisse Bedenken gegenüber den vorgesehenen Massnahmen im berühmten Artikel 16. Es sieht so aus, als ob vor allem Artikel 16 2.b zur Anwendung kommen müsste.

- **Welche Chance geben Sie persönlich diesbezüglichen Finanzierungsanträgen im National- und Ständerat?**

So wie Artikel 16 formuliert ist, fällt den eidgenössischen Räten die Verantwortung zu, dem Bundesrat die notwendigen Mittel für eine tatkräftige Mithilfe an allen Bestrebungen zur Wahrung des freien Zuganges zu den schweizerischen Hochschulen in die Hand zu geben. Die eidgenössischen Parlamentarier haben sich in Erkenntnis der grossen Tragweite der Einführung eines NC an den Hochschulen unseres Landes mehrheitlich gegen solche Zulassungsbeschränkungen ausgesprochen. Deshalb hoffe ich, dass sie, ähnlich den Sondermassnahmen zur Bekämpfung der Rezession, auch begründeten Anträgen für Massnahmen zur Vermeidung eines NC zustimmen werden.

1. Wenn aufgrund der Planung ersichtlich wird, dass gesamtschweizerisch die verfügbaren Studienplätze für einzelne Studienrichtungen nicht ausreichen werden, beantragt der Bundesrat der Bundesversammlung . . . die erforderlichen Massnahmen.
2. Die Bundesversammlung kann den Bundesrat insbesondere beauftragen
a. die zusätzlich erforderlichen Aufwendungen der Kantone für die Schaffung neuer Studienplätze mit einem besonderen Beitragssatz . . . zu unterstützen.
b. an den bundeseigenen Hochschulen das Studienangebot der dort bestehenden Disziplinen angemessen zu erhöhen.
3. Die Beschlüsse der Bundesversammlung unterstehen nicht dem Referendum . . . (Entwurf HFFG, Art. 16, 1–3)

In der Not . . .

Hoffnungen können auf die Nichthochschulkantone gesetzt werden. Aber auch dann bleibt die grosse Frage bestehen, ob die Bundesmassnahmen nicht zu spät kommen.

Welche Präventivvorkehrungen werden Sie treffen?

Der Bund muss zur Verhinderung des NC vor allem mit den Hochschulkantonen, dann aber auch mit den übrigen Kantonen aufs engste zusammenarbeiten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass für eine Zeit von etwa zehn Jahren noch mit einem weiteren beträchtlichen Ansteigen der Studentenzahlen zu rechnen ist, worauf dann wegen der fallenden Geburtenziffern nach 1964 eher ein Rückgang der Zahl der Studienanfänger zu erwarten ist. Es lassen sich deshalb zur Bewältigung des Problems auch Notmassnahmen vorsehen, die auf lange Sicht nicht tragbar wären. Entsprechende Vorschläge sind von verschiedener Seite, z.B. vom Schweizerischen Wissenschaftsrat, unterbreitet worden. Mit den zuständigen kantonalen Behörden beabsichtige ich in der nächsten Zeit Gespräche darüber zu führen, welche Schritte auf eidgenössischer und kantonaler Ebene zu unternehmen sind, um die zu erwartenden Schwierigkeiten zu meistern.

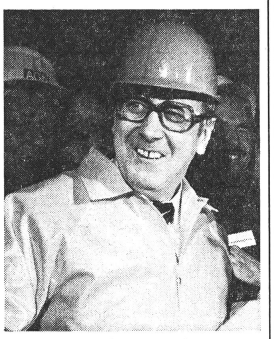
Es ist zu befürchten, dass vorbereitete Bundesmassnahmen nicht rechtzeitig durchgreifen können.

Sehen Sie bestimmte Vorkehrungen mit aufschiebender Wirkung, um die nötige Zeit zu gewinnen, oder ist für diesen Fall doch mit dem NC zu rechnen?

Die äusserste Aufnahmefähigkeit der Hochschulen ist schwer festzulegen. Vom Bund aus zählen wir darauf, dass die Hochschulen mithelfen, die nötige Zeit für die Durchführung von Sondermassnahmen nach Artikel 16 zu gewinnen. Diese können zudem relativ rasch beschlossen werden, da sie nicht dem Referendum unterliegen. Auf jeden Fall wird es – auf Grund der Beurteilung der gegenwärtigen Lage – an den ETH (Zürich und Lausanne) keinen NC geben.

Gemeinsam mit NC-Planern?

Sie stehen mit dem HFFG für die Vermeidung eines NC ein; andernorts wird offensichtlich – so die Schlagzeilen der Tagespresse vom 19./20. November – an der Vorbereitung des NC emsig gearbeitet. Zusätzlich ist nun noch bekannt geworden, dass an der Ausschusssitzung (vom 18. November) der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) beschlossen wurde, mit einer Delegation unter Führung von Erziehungsdirektor Gilgen (ZH) in der NC-Frage bei Ihnen vorstellig zu werden.



Lachender Hürlimann, mit Helm – falls das Bildungsgebäude kracht

Was wird hier gespielt? Wir erwarten Ihre klare Stellungnahme und die Offenlegung aller vorgesehenen Schritte.

Wie stellen Sie sich persönlich zur Frage Ausbau und/oder Neugründung, z. B. zum Projekt Luzern?

Die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) ist ein Koordinationsorgan der Hochschulkantone und der Hochschulen. Das Eidg. Departement des Innern ist im Ausschuss dieser Konferenz nicht vertreten.

Ich befürworte die Studienplatzvermehrung durch den Ausbau bestehender Hochschulen und durch Neugründungen. Sofern die Strukturen von neuen Universitäten und Fakultäten bereits durch gründliche Vorarbeiten entwickelt sind – dies trifft für Luzern und den Aargau zu –, können sie mithelfen, die sich abzeichnenden Probleme zu lösen. Mit Neugründungen könnte der notwendige politische Wille in allen Kantonen geweckt werden, zusammen mit dem Bund die Situation auch in Zukunft zu meistern.

Der regierungsrätliche Entscheid in St. Gallen ist gefallen: der Regierungsrat sieht sich ausserstande, die geplanten 60–70 Spital-Ausbildungsplätze bereitzustellen. Diese sind aber als Sofortmassnahme zur Vermeidung des NC unerlässlich, denn sie sind kurzfristig und ohne ausserordentliche Finanzen zu verwirklichen.

Welche Schritte werden Sie unternehmen?

Der St.-Galler Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme zur Frage der Errichtung einer medizinischen Akademie die Bereitschaft zu erkennen gegeben, in anderer Form doch mitzuhelfen, die in den nächsten Jahren fehlenden Plätze für die klinische Ausbildung zu schaffen. Die Türen sind somit keineswegs zugeschlagen. Ich beabsichtige deshalb, auch die st.-gallische Regierung in die von mir bereits früher erwähnten Gespräche über konkrete Massnahmen zur Verhinderung des NC einzubeziehen.

In der Schweizerischen Hochschulkonferenz war der VSS mit 2 Delegierten vertreten. Im vorliegenden Gesetz steht die studentische Mitwirkung nicht mehr zur Diskussion. Mündlich allerdings wurde uns auch eine zukünftige Mitwirkung zugesichert.

Wo und in welcher Form sehen Sie diese?

Die Mitwirkung der Studierenden in der neuen Organisationsstruktur ist im Rahmen der Fachstellen und Kommissionen für die Lösung besonderer Aufgaben der Regierungskonferenz vorgesehen. So bestimmt Artikel 52, Abs. 2 des Hochschulförderungs- und Forschungsgesetzes (HFFG) ausdrücklich, dass die Regierungskonferenz für eine «angemessene Vertretung der Hochschulstände» in diesen Organen zu sorgen hat. Es ist anzunehmen, dass die Regierungskonferenz, ähnlich der Hochschulkonferenz, für besondere Aufgaben, wie z. B. zum Studium des Problems der Studienreform, besondere Kommissionen einsetzen wird. Der VSS hat die Möglichkeit, in solchen Kommissionen durch seine Vertreter aktiv mitzuwirken.

Ernst – nicht hoffnungslos?

Artikel 5.2 bringt die gesetzliche Verankerung des Nichtdiskriminationsabkommen. Basel-Stadt hat aber bereits mehrmals darauf verwiesen, dass es sich zur Unterzeichnung von Nichtdiskriminationsabkommen aus staatsrechtlichen Gründen ausserstande sehe. Die welsche Schweiz andererseits betonte, ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung sei nur mit dem Beitritt Basels gegeben.

Ist mit der Opposition von Basel-Stadt gegen das vorliegende Gesetz zu rechnen?

Welche Chancen geben Sie dem vorliegenden Gesetz?

Genausowenig wie für die Hochschulkonferenz kann ich für Basel-Stadt spre-

Fortsetzung auf Seite 6

zczz xza0/3 201102
huerlimann setzt aussprache ueber (bern) zwei

(ddp).- in der konzeption des edi stehen als sachprobleme die bekaempfung des laerms und der luftverunreinigung sowie die beseitigung der abfallprobleme und die verstaerkte kontrolle der umweltgefaehrdenden stoffe im vordergrun

Original-ddp-Meldung: Endlich eine Hürlimann-Rede im Wortlaut?

· news · bildung · news · bildung · news · bildung ·

Die Macht der Erziehungsdirektoren nimmt zu. Als gilbe Eminenzen bestimmen sie, wie in Zeiten des Lehrerüberflusses ein Schulmeister noch sein darf bzw. wie er sein muss. Im TA kamen kürzlich die Erziehungsdirektoren Walter Gut, Luzern, und André Chavanne, Genf, zu Wort.

Herr Gut schliesst zunächst diejenigen aus der engeren Wahl aus, die «gegen diesen Staat kämpferisch auftreten»:

«Wenn jemand als Erzieher tätig ist und gleichzeitig den Staat total ablehnt, kann sich diese Haltung – auch wenn er sie nicht direkt in der Schulstube zu erkennen gibt – auf die Schüler auswirken, die dann leicht in eine doppelte Loyalität geraten: einerseits die Loyalität gegenüber den Eltern und deren Wertvorstellungen, anderseits die Loyalität gegenüber dem Lehrer und dessen Ideen. Sicher ist die Grenze, wann jemand völlig gegen das jetzige System ist und es auch mit illegalen Mitteln aus den Angeln heben will, nicht immer leicht zu ziehen.»

Neben diesem gut helvetischen Kriterium nennt der Innerschweizer Erziehungsdirektor noch das «christliche Menschenbild», das, «wenn auch nicht aufdringlich, doch zur schulischen Wirklichkeit» gehört.

Doch wer definiert solche Wertvorstellungen? Gut nimmt Zuflucht zu seinen Erfahrungen als Politiker:

«Wir müssen ja als Politiker sehr oft versuchen, intuitiv zu erahnen, wie die Vorstellungen und die Stimmung im Volk sind. Wir können nicht mit mathematischer Sicherheit sagen: ‹So denkt das Volk.› Ähnlich ist es auch hier: Man muss halt selber das ‹Gschpürr› haben, was letzten Endes das Anliegen des Durchschnitts der Eltern – nicht von Randgruppen – ist.»

Um den Durchschnitt in seinem sittlichen Empfinden nicht zu verletzen, greift Gut auch gegen unverheiratete Lehrer mit Freundin (oder umgekehrt) hart durch:

«Der Lehrer hat eindeutig mehr Pflichten als der normale Bürger. Er ist den Kindern, die von Staates wegen in die Schule gehen müssen, nicht nur Wissensvermittler, sondern Erzieher.

Ob man ein Konkubinat strafrechtlich erfassen lässt, ist etwas total anderes als die Frage, ob man für die erzieherische Qualifikation eines Lehrers eine Bejahung der geordneten Ehe- und Familiengemeinschaft verlangt.

Der Lehrer schafft bei den Schülern ein bestimmtes Bild vom Leben der Erwachsenen. Ein Lehrer, der beispielsweise Alkoholiker ist, kann sehr unglücklich auf Schüler wirken und muss möglicherweise entlassen werden. Beim Konkubinat stellt sich ebenso die Frage, wie das auf den jungen Menschen in bezug auf die Eheschliessung und Familiengründung, in bezug auf das Verhältnis von Ehe und Familie wirkt. Kann man da einfach so frei zusammenleben, ohne die Folgen zu bejahen, die mit einer dauernden Geschlechtsgemeinschaft verbunden sind?»

Ein frohes «Ja zum Leben» wird manchem Luzerner Lehrer nach den Voten von Walter Gut schwerfallen.

«Die Universität muss ohne Behinderung über alle Denksysteme informieren können. Im wesentlichen gilt dies für alle Schulen. Gerade in einer Zeit der Bedrohung geht es darum, die Freiheitsrechte des Menschen und die freiheitliche Schule besonders entschlossen zu verteidigen», sagt der Genfer Erziehungsdirektor zum Thema Lehrfreiheit. Herr Chavanne, wie viele Lehrerstellen haben Sie frei?

Wichtig ist, was verschwiegen wird

Pointierte Auseinandersetzungen, wie sie in unserem nördlichen Nachbarland an der Tagesordnung sind, scheinen für schweizerische Verhältnisse undenkbar zu sein. Profilierung in polemischen Auseinandersetzungen vor aller Öffentlichkeit ist nicht gefragt. Besser entspricht – so die herrschende Meinung – das schlichte, ruhige Auftreten, das ernste Wort der Würde und grossen Verantwortung unserer Landesväter. Diese Art politischer Schaustellung ist symptomatisch für die schweizerische Konsensdemokratie. Politik wird nicht als Auseinandersetzung einander widerstrebender gesellschaftlicher Interessengruppen verstanden. Unser friedfertiges Pluralismusverständnis lehrt uns, bei Meinungsdifferenzen vorerst überbrückbare Missverständnisse, nicht unvereinbare handfeste Interessendifferenzen zu vermuten. Man vergleiche einmal die politischen Sendungen des Deutschschweizer Fernsehens in ihrer sog. «Ausgewogenheit» – diese standortverheimlichende und doch standortbestimmte Heuchelei – mit den politischen Diskussionen der bundesdeutschen Beiträge. Hier fallen sich die Gegner ins Wort, es wird demaskiert, frech gezündet und nicht sorgfältig Aufbereitetes vom Blatt abgelesen. Sympathien gewinnt, wer geschickt zu duellieren weiss. Auch hier oft mehr Polit-Theater und reisserisch aufgemachte Effekthascherei im billigen «Spiegel»-Stil, aber immerhin mit dem Eindruck, dass es hier um ein Dafür oder Dagegen gehe. Bei uns werden politische Spannungen übertüncht und nicht zur Kenntnis genommen, gewisse Fragen überhört und mit ausweichenden Antworten abgespeist.

Die etwas allzu vorsichtige Zurückhaltung ist erstaunlich. Bundesrat Hürlimann will auf jeden Fall vermeiden, mit einer Stellungnahme seinerseits zum jetzigen Zeitpunkt irgendwelche Reaktionen zu provozieren. Das könnte und würde zweifellos übel vermerkt werden. Als grosses politisches Geschick wird gelobt, Antworten zu geben, die sich auf nichts festnageln lassen.

So wird hier gehofft, die Parlamentarier würden «in Erkenntnis der grossen Tragweite» die nötigen Finanzen sprechen. Wir hören die Sparparolen der Parteien und fürchten, mit Hoffen sei zu wenig getan und es passiere, wenn auch nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit, noch anderes. Die schludrige Kritik an Bundesrat Hürlimanns Finanzvorlagen in der «NZZ» vom 20./21. November 76 – von Prof. Fleiner öffentlich als verantwortungsloser Journalismus gebrandmarkt – ist jedenfalls nicht geeignet, alle Bedenken zu zerstreuen, auch wenn es sich um einen dummen Lapsus gehandelt haben sollte.

Die Antwort auf die heisse Frage nach dem Vorgehen von Eidg. Departement des Innern (EDI) und Schweizerischer Hochschulkonferenz (SHK) ist kurz und klug: Die eine öffentliche Hand weiss nicht, was die andere tut, und will es auch nicht wissen. Beschwichtigungen seitens des EDI vor aller Öffentlichkeit, während unter Ausschluss ebendieser Öffentlichkeit gleichzeitig die einzelnen Hochschulkantone die Eisen der harten Realitäten schmieden, und darunter verstehen sie die sofortige Einführung von Zulassungsbeschränkungen für den sog. «Sonderfall Medizin». Die Hochschulkantone aber geben durch ihre finanzpolitischen Prioritätssetzungen den Ausschlag, denn der Bund ist in der Ausrichtung von Betriebs- und Investitionsbeiträgen an die kantonalen Finanzplanungen gebunden. Ebenso diplomatisch ist die Antwort zur Haltung von Basel-Stadt; sie ist aber auch Eingeständnis der eigenen Macht- und Einflusslosigkeit.

Gewiss, man wird «Schritte unternehmen», «um die zu erwartenden Schwierigkeiten zu meistern». Worin bestehen diese Schritte, in welcher Richtung zielen sie? Vieles wird nicht beantwortet. Das, was wir hier vorlegen, ist eigentlich kein Interview im Sinn eines konzisen und dezidierten Standpunktes, den Bundesrat Hürlimann zweifellos hat.

Wir nehmen an, dass im Bundesrat wenn auch nicht Aussagen, so doch zumindest konkretere Vorstellungen bestehen.

Hanna Muralt

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand: Hanna Muralt, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann

Hat Strassenplaner Hürlimann auch Pläne für die Bildungswege?

Fortsetzung von Seite 5

chen und muss Sie in diesem Fall bitten, sich direkt an die zuständigen Instanzen dieses Kantons zu wenden.

Was die Chancen des Gesetzes anbetrifft, hoffe ich darauf, dass die eidgenössischen Räte die Bedeutung der Vorlage erkennen. Sie liegt nicht in erster Linie in der Bereitstellung vermehrter Mittel für die Hochschulen. Wesentlich am Gesetz ist vor allem, dass es ein zweckmässiges Instrumentarium schafft, damit Bund und Kantone gemeinsam in den kommenden 10 Jahren, die für die Hochschulen ausserordentlich schwierig sein werden, die Probleme im Interesse unserer Jugend und unseres Landes bewältigen können. Die Erfahrungen mit dem geltenden Gesetz haben sehr deutlich gezeigt, dass die heutige gesetzliche Basis für die Meisterung der bevorstehenden Aufgaben nicht ausreicht. Das Gesetz zeichnet nicht nur denjenigen, die sich um die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Studienplätzen sorgen, Wege zur Erreichung dieses Zieles vor. Es trägt auch den berechtigten Begehren Rechnung, einen möglichst sparsamen und rationellen Einsatz der Mittel des Bundes und der Kantone sicherzustellen. Gleichzeitig sollen die hochschulpolitischen Organe auf eine weitgehende Koordination ihrer Anstrengungen verpflichtet werden. Die ersten Diskussionen in der erweiterten ständerätlichen Kommission für Wissenschaft und Forschung haben gezeigt, dass die fundamentale Bedeutung dieser Vorlage für die Bewältigung der Schwierigkeiten in unserem höheren Bildungswesen erkannt wird.

> Bund und Kantone ... sichern die Gleichbehandlung aller Schweizer, der Bürger des Fürstentums Liechtenstein, niedergelassenen Ausländer und Flüchtlinge bei der Zulassung zu den Hochschulen. (Entwurf HFFG, Art. 5, 2)

BR Hürlimanns Fahrplan

Der VSS, die GHF (Gesellschaft für Hochschule und Forschung), aber auch die SP fordern seit längerer Zeit, dass prioritär die Bildungsartikel voranzutreiben seien.

Mit welcher Begründung zogen Sie die Schaffung eines neuen HFFG vor?

Die Ablehnung des ersten Anlaufes auf diesem Gebiet im Jahr 1973 hat deutlich gezeigt, dass die Ausarbeitung einer solchen Vorlage mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist, da die Meinungen über den Inhalt neuer Bildungsartikel weit auseinandergehen. In einer Zeit, in der der Bund wegen seiner ungünstigen Finanzlage schon Schwierigkeiten hat, die bestehenden Kompetenzen auszuschöpfen, wird es nicht leicht sein, vom Souverän zusätzliche Befugnisse zu erhalten, denn mit neuen Kompetenzen sind auch neue finanzielle Verpflichtungen verbunden. Wenn man entsprechend Ihrer Vorstellungen zuerst die Bildungsartikel vorantreiben würde, bestünde die Gefahr, dass ein neues Hochschulförderungsgesetz erst in einem Zeitpunkt erlassen werden könnte, in dem es nicht mehr wesentlich zur Behebung der für die nächsten Jahre erwarteten Engpässe beitragen kann. Wie unsere Vorlage zeigt, kann auch mit der vorhandenen verfassungsrechtlichen Grundlage schon sehr viel realisiert werden, um den freien Zugang zu den Hochschulen in den kritischen nächsten 10 Jahren zu sichern.

Der Weg, den ich eingeschlagen habe, entspricht den politischen und finanziellen Realitäten in unserem Bundesstaat. Das Risiko, dass wir in einigen Jahren nicht weiter sind als heute, scheint mir bei einer Forcierung neuer Bildungsartikel viel zu gross zu sein.

Ich hoffe, dass Sie in Anbetracht der neuesten Entwicklungen in der Einstellung der Öffentlichkeit diese Auffassung mit mir teilen können und dass sich der VSS deshalb ebenfalls mit allem Nachdruck nun zuerst für die Erreichung des Nahzieles, nämlich des neuen HFFG, einsetzt. Die Vorbereitungen für neue Bildungsartikel sind angelaufen und werden nach Möglichkeit vorangetrieben. Wenn einmal neue Bildungsartikel dem Bund vermehrte Möglichkeiten im Hochschulbereich geben, werden wir uns darum bemühen, durch eine Anpassung der Gesetzgebung die zusätzlichen Kompetenzen im Interesse unseres Hochschulwesens und des Landes zu setzen. Mit der von mir gewählten Reihenfolge im Ausbau der gesetzlichen Instrumente wird realistisch gesehen in keiner Weise die Entwicklung unserer Hochschulpolitik verzögert. Die Pragmatik in der nationalen Hochschulpolitik ist ein Gebot der Stunde.

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
deuo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 48, Tel. 25 73 12

Wer gibt Ihnen kostenlos bibliographische Auskünfte und sucht Ihnen Titel heraus?
Natürlich Ihr Buchhändler

SSS studenten-schreib-service
Dissertationen
Lic.- und Sem.-Arbeiten
- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).
Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26
8006 Zürich

Ein Sprachkurs, der sich lohnt:
OXFORD INTENSIVE SCHOOL OF ENGLISH
Auskunft durch:
O.I.S.E., 13A High St., Oxford, G.B.
Tel. 47272, Telex 837665

Kopenhagen
Alternativ-City-Tour
16.–24. April 77, 1 Woche 385 Fr.
Nicht die kleine Meerjungfrau interessiert, sondern die Freistadt Christiania, das autonome Jugendzentrum, ein noch lebendes Stadtgebilde usw.
Unterlagen: Hambitzgi-Tours, Bankstr. 26, 8610 Uster.

1977 in die USA
im Sommer als:
Camp Counselor
Frühling bis Herbst als Teilnehmer an originellen
Hospitality Tours
Für Töchter das ganze Jahr: 2–4 Monate als Gast in amerikanischen Familien.
Auskunft durch:
International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

Tippe Schreibarbeiten (Dissertationen)
rasch und zuverlässig.
M. Wetzel
Tel. (01) 28 57 43

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Semesterarbeiten
Dissertationen
tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

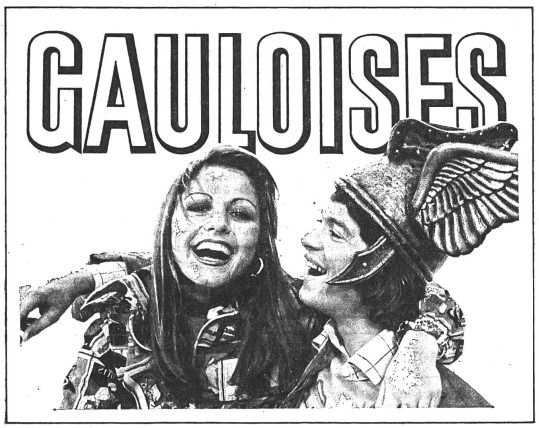
Moral ist die Sache jedes einzelnen. Bei Kontaktinseraten üben wir keine Zensur aus. Unsere Leser sind schliesslich erwachsen . . .

COPY-CORNER
FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780
FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER
(xerographisches Verfahren)

20 Rappen/Stck.
mit LEGI — 15 Rappen/Stck.

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO–FR 08.30–18.30 SA 10.00–13.00
Ibico-Spiralbindung pro Buch 2.50–4.50



SSS PRINT
Die Druckerei des Studenten-Schreib-Service druckt alle wissenschaftlichen Arbeiten in Offsetdruck schnell, erstklassig, preisgünstig.
Bei gleichzeitiger Reinschrift gewähren wir einen Sonderrabatt!
Sende uns Dein Manuskript zur individuellen Berechnung, oder komm gleich vorbei:
Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26
8006 Zürich

Semesterarbeiten alles drucken wir
Dissertationen zu äusserst günstigen Preisen
Doktorarbeiten ab reprofertigen Vorlagen
Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer
Preise auf Anfrage Lieferfristen: besonders schnell
rufen Sie an oder kommen Sie vorbei
CopyQuick Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Kontaktinserate in «das konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

Organikum
Organisch-chemisches Grundpraktikum
15., überarbeitete Auflage
880 Seiten, Leinen, mit 123 Abbildungen und 154 Tafeln, 51.50 Fr. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR)

Vorwort zur 15. Auflage
Die vorliegende Auflage des «Organikums» wurde wiederum in einzelnen Teilen überarbeitet und ergänzt.
An die überarbeiteten Abschnitte über Spektroskopie schliessen sich jetzt Hinweise zum methodischen Vorgehen bei der Strukturaufklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Das Kapitel «Additionen» erhielt eine neue Gliederung; die Abschnitte «Cycloadditionen» und «Metallkomplexkatalysierte Reaktionen» sind ergänzt bzw. neu aufgenommen. In das Kapitel «Identifizierung organischer Substanzen» wurde ein Ablaufplan eingefügt.
Selbstverständlich haben wir wiederum Vorschriften überprüft und präzisiert, den Text an vielen Stellen gestrafft und die Literaturhinweise auf den neuesten Stand gebracht.
Die gute Resonanz, die das Buch im In- und Ausland gefunden hat, äusserte sich auch diesmal in vielen wertvollen Hinweisen von Fachkollegen, die weitgehend bei der Überarbeitung berücksichtigt wurden.

Zu beziehen: **durch Ihre Buchhandlung!**
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb,
8004 Zürich, Cramerstr. 2/Ecke Zweierstrasse,
Tel. (01) 39 85 12 + 39 86 11.

Nina's Jazz + Blues
Plattenladen an der Universitätstr. 116 in Zürich. Tel. 28 86 00
Offen von 10.00 bis 18.30
Montags geschlossen

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen
Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Ein Vergleich lohnt sich bestimmt. Wir gewähren für Studenten und an Hochschulen sowie Universitäten tätigen Angestellten
bis 30% Rabatt
auf hochpräzise
Mikroskope
für Studien-, Labor- und Forschungszwecke. Mit Garantie und Service. Einmalige Gelegenheit!
Verlangen Sie unsere Unterlagen oder überzeugen Sie sich von unseren Mustergeräten.
marimex ag, magnolienstr. 3, 8008 zürich. 01-34 39 22 Hr. Albisser od. Hr. Sutter.

Ein Theaterstück zum Nestlé-Prozess

Ohrfeige für die Schweizer Wirtschaft

Woran denken Sie beim Wort dritte Welt? – Diese Frage stellt ein Schauspielerkollektiv, genannt «claque», mittels Tonbandgerät dem Publikum. Diese Frage hat die «claque» auch sich selber gestellt, und ihre Antwort darauf ist das neue Theaterstück «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen», welches am 22./23. Febr. in Zürich in der unteren Mensa zu sehen ist und bis Mai in der ganzen Schweiz gezeigt wird (vgl. den Kasten mit Spieldaten).

Schwarze arbeiten. Steine werden geschüttelt, sortiert und geklopft, mit einem Stück Holz werden Körner zermalmt, Büchsen aufeinandergestellt. Der natürliche Rhythmus der Eingeborenenarbeit wird lauter, wirkt mitreissend. Plötzlich spricht eine Stimme, deutlich vernehmbar aus der arbeitenden Masse: *«Der Weisse hat meinen Vater getötet, mein Vater war stolz.»* Der Arbeitsrhythmus stockt – eindrückliche Stille herrscht für einige Sekunden. Mit langsamen Bewegungen nimmt ein Weisser eine kleine schwarze Gummipuppe vom Tisch – ein aufschreckender Schuss hallt durch die Stille und verklingt.

*

Langsam und schwer beginnt die Arbeit wieder, dann wird der trommelartige Rhythmus lauter, gewinnt seine frühere Stärke. Die Stimme aus der Masse durchdringt den tranceartigen Arbeitsrhythmus: *«Der Weisse hat meine Mutter geschändet, meine Mutter war schön.»* Sekundenlanges eindrückliches Schweigen – ein gellender Schrei – eine schwarze Puppe wird entzweigerissen – Stille.

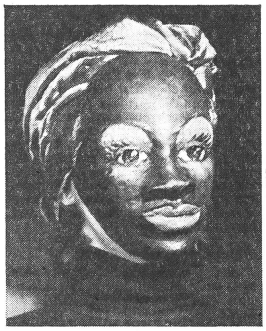
*

Langsamer, noch schwererer Wiederbeginn der Arbeit. Stimme: *«Der Weisse hat meinen Bruder unter die Sonne der Strassen gekrümmt, mein Bruder war stark.»* Stille – eine schwarze Puppe wird mit starker Hand zerdrückt – Stille – erschöpfte Wiederaufnahme der Arbeit – Stimme: *«Der Weisse hat seine geröteten Hände, gerötet vom schwarzen Blut, mir zugewandt.»* – Stille.

*

Zwei Schauspieler ziehen sich Masken über, eine weisse und eine schwarze. Die weisse Maske spricht mit sanfter Herrenstimme: *«He Boy! Einen Knaben, ein Handtuch und Wasser!»* Der Schwarze steht mit seiner neu zugeteilten Arbeit gebückt vor den ausgebreiteten Armen des Weissen.

Dies ist eine Szene aus dem Stück *«Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen»*. Seine Premiere fand am 12. 1. 77 im Kornhaustheater in Baden statt.



Wir und die dritte Welt

Die *«claque»* (frz.: «Ohrfeige»), eine der vitalsten jungen Theatertruppen der Schweiz, bringt mit diesem Stück ein aktuelles gesellschaftliches Thema auf die Bühne. Anhand von dokumentarischem Material, vom Ensemble in Zusammenarbeit mit der «Arbeitsgruppe Dritte Welt» (AG3W) montiert, entstand diese neuartige Produktion, angeregt durch den Nestlé-Prozess. Vorgestellt wird ein szenischer Bilderbogen zum Thema *«Wir und die dritte Welt»*.

In kurz aufeinanderfolgenden Sequenzen entstehen Bilder, die einen dichten Gesamteindruck hinterlassen. Gespielt wird nur in Andeutungen, die Schauspieler wechseln mit jeder Kurzszene ihre Rolle, ihre auch hier nur andeutungsweise benutzte Kleidung. Alle zur Verfügung stehenden theatralischen Mittel werden verwendet: Sprache, Rhythmen, Geräte, Gesten, Masken, Puppen und Musik. Der Zuschauer fühlt sich denn auch bewegt, betroffen, provoziert – kurz: emotional angesprochen. Die Szenenbilder sind sehr einfach gehalten. Ein Tisch in der Mitte mit schwarzen Gummipuppen fällt auf.

Masken werden benutzt, als Symbole für Vertreter bestimmter Schichten. Ihre Starrheit untermalt den Repräsentationscharakter. Schwarze Puppen, als Stilisierung, werden verwendet, weil Schwarze von Weissen wohl kaum ehrlich dargestellt werden können. Dies erklärt auch den Titel: «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen.»

Gedichte von Schwarzen werden rezitiert. Sie sind voller Poesie und Anklage – das einzig übrigbleibende Zeugnis einer einheimischen Kultur, welche durch die einbrechende westliche Zivilisation erdrückt wird. Ihr Kontrast zu einer verkümmerten Welt von Poesie, die nur noch aus Werbeslogans besteht, wird deutlich.

Mit dem Stück werden drei Themenbereiche dargestellt:

- der Kolonialismus und seine Zerstörung einheimischer Traditionen und Strukturen,
- die westliche Wirtschaft, ihr Eroberungsfeldzug und ihre Verkaufsstrategien in der dritten Welt
- afrikanische Problemlösungsmodelle, wie der Weg der «mittleren Technik» und der Sozialismus.

Keine trockene Dokumentation

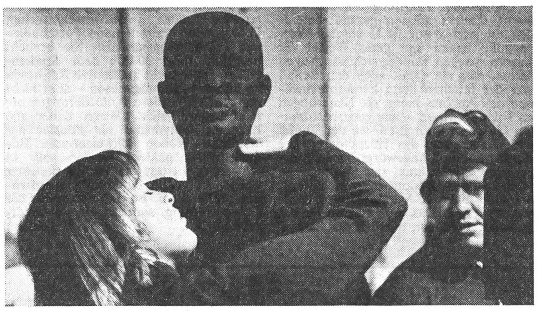
Aber dieses Stück ist kein trockener Dokumentationsversuch, es ist dem Zuschauer nahegebrachtes, echtes Theater, informativ, zuweilen auch heiter. Das Publikum kann auch lachen, nämlich da, wo es sich selbst getroffen fühlt. So zum Beispiel bei einer steif gehaltenen Rede eines Verwaltungsrates, der seinen Mitarbeitern den Dank für ihre Mithilfe zum Abschluss eines gewinnträchtigen Geschäftsjahres aussprechen möchte und dazu noch meint: *«Nur noch die wichtigsten Kaderleute in den unterentwickelten Ländern sind Europäer.»*

Oder auch beim Gespräch zweier Arbeiter, in welchem der eine sagt: *«Chasch doch nöd änere grosse Fabrik säge, sie sölled chlineri Turbine abebringe.»*

Theater erhält auf diese Weise wieder eine Funktion. Ziel der Schauspielertruppe ist es, nicht menschliche Einzelschicksale, sondern Verhältnisse transparent darzustellen. Der Held des Stükkes ist nicht der Schauspieler, sondern die Sache. Nicht die Theateraufführung steht zur Diskussion, sondern unsere gesellschaftliche Wirklichkeit. Dieses Ziel wird denn auch erreicht. In offener Atmosphäre kommt der Zuschauer, bei Kaffee oder Wein, nach der Aufführung in der Diskussion, die ein integraler Bestandteil des Abends ist, zu Wort.

Doris Wernli

Bilder: Szenen aus «Gebt mir wieder meine schwarzen Puppen»



Spieldaten von «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen»

Februar:	
Fribourg	Theater am Stalden 3. 2. 77
Bern	Gaskessel 4./5. 2. 77
Zürich*	Theater am Neumarkt 12./13. 2. Untere Mensa 22./23. 2. 77
März:	
Bremgarten	Kellertheater 4./5. 3. 77
Aarau	Innerstadtbühne 10./11./12. 3. 77 17./18./19. 3. 77 24./25./26. 3. 77 31. 3./1. 4./2. 4. 77
Brig	Oberwalliser Kellertheater 22. 3. 77
Lenzburg	Volkshochschule 29. 3. 77
Mai:	
Zofingen	Kleine Bühne 3. 5. 77

* Gemeinsame Veranstaltungen der Kulturstellen beider Studentenschaften und des Theaters am Neumarkt.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Krise – Zufall oder Kapitalismus?

Dieses Buch versucht diejenigen Problemkreise anzugehen, die für das Verständnis der aktuellen Wirtschaftskrise unerlässlich sind: Nach einer kurzen Darstellung des Krisenverlaufs und der wichtigsten Auswirkungen kritisieren die Autoren bürgerliche und revisionistische Konjunkturvorstellungen und führen ein in die marxistische Krisentheorie. Aus dieser Sicht analysieren sie die Nachkriegsentwicklung bis zur Krise 1974/75 und diskutieren die Konsequenzen, die sich daraus für die Politik der Arbeiterbewegung ergeben.

Das Buch, das im Zusammenhang mit einem Kurs in der Arbeiterunion Meilen entstanden ist, soll in erster Linie verstanden werden als Diskussionsbeitrag und Standortbestimmung in den Gewerkschaften und den Parteien der Arbeiterbewegung.

Das im Limmatverlag, in der Reihe «Rote Welle», herausgegebene Dokument zur aktuellen Wirtschaftskrise in der Schweiz ist in den einschlägigen Buchhandlungen zu beziehen für 15 Fr.

Kaiseraugst

«Wiedersehen in Kaiseraugst» heisst die jüngste Publikation des Poch-Verlages: Auch mehr als ein Jahr nach der Besetzung des A-Werk-Baugeländes hat das energiewirtschaftliche Problem nichts von seiner Aktualität eingebüsst. Das Autorenkollektiv versucht, die Kaiseraugster Volksbewegung und ihre verschiedenen Gruppen zu analysieren, und zeigt die Verflechtungen in der schweizerischen Energiewirtschaft auf. Preis: 4.50 Fr., Bezug über Poch-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich.

Gedanken zu einem Theaterabend über die dritte Welt

«Gebt mir meine schwarzen Puppen zurück»

Mit der Produktion «Gebt mir meine schwarzen Puppen zurück» der Claque, des städtischen Kleintheaters im Kornhaus Baden, wird der Problemkreis Industrieländer/Entwicklungsländer allgemein verständlich auf der Bühne dargestellt. Die Frage der Babyernährung in der dritten Welt ist deutlich in den grossen Zusammenhang gestellt: Ein Verwaltungsratsvorsitzender erläutert in kalten, unpersönlichen Worten die Geschäftspolitik seines Konzerns; eine ehemalige Missionsschwester berichtet von ihrer Arbeit auf der Kinderabteilung einer Krankenstation und von ihrer Verzweiflung, als sie sehen musste, wie ihre Hilfe durch die Interessen und Handlungen der Mächtigen immer wieder zunichte gemacht wurde; ein afrikanischer Arzt erläutert in sachlich ruhiger, aber doch engagierter Art seine Position, die Position einer Medizin, die für alle etwas und nicht für wenige den Stand westlicher Medizin bringen will; in improvisierten Gesprächen zwischen zwei schweizerischen Kleinbürgern wird der schlechte Informationsstand und die Orientierungslosigkeit gegenüber den Problemen und Missständen in der dritten Welt aufgezeigt.

gr

Es werden in diesem Stück vor allem Zusammenhänge aufgezeigt und Fragen gestellt; Lösungsmöglichkeiten für die dargestellten Probleme sind nur ganz am Rand angetönt. Das Stück – und die folgenden Überlegungen dazu – sollen Anstoss geben zur Diskussion über die verschiedensten Aspekte von Problemen der Entwicklungsländer.

Das Ende vom Nestlé-Prozess ...

Zur Erinnerung das Wichtigste über den Abschluss des Nestlé-Prozesses: Im Juni letzten Jahres ist der Prozess nach rund zweijähriger Dauer zu Ende gegangen. Zu Beginn der Schlussverhandlungen zog Nestlé drei der vier Anklagepunkte zurück, eingeklagt blieben nur noch die drei Worte «Nestlé tötet Babies». Die Arbeitsgruppe dritte Welt Bern wurde wegen dieses Titels der üblen Nachrede für schuldig befunden, und die 13 Mitglieder wurden mit je 300 Fr. bestraft. Gleichzeitig betonte der Richter in der Urteilsbegründung, dass der Schuldspruch für die Arbeitsgruppe kein Freispruch für Nestlé sei. Er erklärte wörtlich: *«Nestlé muss ihre Werbepraktiken grundsätzlich überdenken, wenn sie sich in Zukunft den Vorwurf unethischen und unmoralischen Verhaltens ersparen will.»*

Unmittelbar nach den Urteil legten die Angeklagten vorsorglich Berufung ein; bald sahen sie jedoch, dass ein Weiterziehen des Prozesses gewichtige Nachteile hat. Vor allem die Tatsachen, dass die Arbeitsgruppe von der Presse fast einmütig als moralischer Sieger gefeiert wurde, im Bewusstsein der Öffentlichkeit also viel erreicht worden ist, und dass die Chancen auf eine Verbesserung des Urteils praktisch gleich Null sind, brachten sie schliesslich dazu, auf eine Berufung zu verzichten.

... und wie es weitergeht

Kurz nach dem Prozess trafen sich in Bern Fachleute und Vertreter engagierter Gruppen aus Europa und Amerika, um während drei Tagen das weitere Vorgehen zu besprechen. Neben anderen wichtigen Aktionen und Recherchen wurde dabei vor allem ein neuer Prozess in den USA diskutiert. Die *Sisters of the Precious Blood*, ein katholischer Orden, hat die amerikanische Firma *Bristol-Myers*, einen weiteren grossen Nahrungsmittelkonzern, angeklagt, da dieser offensichtlich seine Aktionäre über die Werbemethoden seiner Tochterfirma *Mead Johnson*, eines wichtigen Säuglingsnahrungsmittelproduzenten, falsch informiert hat. Koordiniert wird die Prozessführung durch das ICCR (Interfaith Centre for Corporate Responsibility), ein ökumenisches Institut des National Council of Churches, in dem fast alle Kirchen der USA vertreten sind.

Weitere wichtige Folgen der jetzt weltweit in Gang gekommenen Diskussion über das Problem Babyernährung in der dritten Welt sind folgende Tatsachen:

- In *Guinea-Bissau* ist der Verkauf von Muttermilchersatzprodukten und Saugflaschen rezeptpflichtig erklärt worden.
- In *Schweden* wurde die Werbung für Muttermilchersatzprodukte gesetzlich eingeschränkt.
- In *Malaysia* wurde unter der Leitung des Premierministeramtes eine Informations- und Propagandakampagne für das Stillen durchgeführt.
- In *Algerien* ist der Handel mit Muttermilchersatzprodukten unter staatliche Kontrolle gestellt worden.
- In *Holland* will das Entwicklungshilfeministerium seine bisherige Politik der Milchhilfeleistungen einer kritischen Prüfung unterziehen.

Die hier aufgeführten Beispiele zeigen deutlich, dass mit dem Abschluss des Nestlé-Prozesses zwar ein juristischer Schlussstrich gezogen worden ist, dass die angefangene Diskussion aber weitergeht und wahrscheinlich so schnell kein Ende nehmen wird. An der erwähnten Tagung jedenfalls wurde beschlossen, regelmässig Leute in die dritte Welt zu schicken, um an Ort und Stelle Material zum Thema zu sammeln und so verfolgen zu können, ob und wenn ja wie die Nahrungsmittelkonzerne ihre Werbepraktiken ändern.

Die multinationalen Konzerne:

Multinationale Konzerne sind durch drei Faktoren charakterisiert:

1. *Sie sind multinational*, d. h. sie haben, ihre Produktionsstätten auf mehrere, oft sogar viele Länder verteilt. Diese Organisationsweise erlaubt es ihnen, immer dort hauptsächlich zu produzieren, wo im Moment einerseits die Produktionskosten – gemeint sind vor allem die Löhne – am kleinsten und andererseits die politischen Verhältnisse am stabilsten sind. Aber nicht nur die Produktion, sondern auch der Verkauf kann so in vielen Ländern erfolgen. Nestlé, die sich selbst als multinationalster Konzern bezeichnet, hat in einem Jahresbericht ausdrücklich erklärt, dass eine weitere Umsatzsteigerung nur dank der Expansion in die dritte Welt möglich gewesen wäre.

2. *Sie wachsen horizontal*, d. h. sie versuchen ein möglichst breites Warensortiment in die Produktion aufzunehmen. Nestlé z. B. begann mit Muttermilchersatzprodukten und hat heute Einfluss auf praktisch alle Sektoren der Nahrungsmittelindustrie.

3. *Sie wachsen vertikal*, d. h. sie versuchen wenn möglich den ganzen Weg der Nahrungsmittel zu kontrollieren, von der Gewinnung der Rohstoffe bis zum Verkauf. Nestlé, um noch einmal dieses für die Schweiz wichtige Beispiel zu erwähnen, hat einerseits z. B. in Chiapás, Mexiko, Verträge mit Bauern grösserer und mittlerer Betriebe abgeschlossen, die dann fast ausschliesslich für die Nestlé-Milchpulverfabrik der Region produzieren; andererseits weist Nestlé vor allem seit 1970 eine ständig wachsende Beteiligung an Firmen auf, die Restaurationsketten betreiben.

Indem multinationale Konzerne sich auf verschiedenste Länder verteilen und sich horizontal und vertikal ausdehnen, entziehen sie sich jeglicher Kontrolle. Sie werden zu wirtschaftspolitischen Giganten, die oft das Alltagsleben bestimmen, sei es dasjenige der Konsumenten oder das der Lohnabhängigen in ihren Betrieben.

Die Rolle der Kirche

Diese Rolle müssen wir auf dem Hintergrund der Aktivitäten unserer grossen Parteien sehen. Diese haben sich bis vor kurzem kaum um entwicklungspolitische Fragen gekümmert, und wenn schon, dann nur, weil wirtschaftspolitische Interessen unseres Landes auf dem Spiel standen. Auf eine Öffentlichkeitsarbeit im Sinn einer Erziehung zur Solidarität mit den Unterdrückten und Benachteiligten haben sie meistens ganz verzichtet. Auch die Finanzhilfe des Bundes hat meist nur den eigenen wirtschaftspolitischen Interessen Rechnung getragen.

Ob wir nun bei den Kirchen das Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates betrachten oder die Grundsätze und Richtlinien für Entwicklungsprojekte von Brot für Brüder, die klar die Interessen der Ärmsten im Entwicklungsland unterstützen, immer stehen Ziele im Vordergrund, die den Wachstumsinteressen der grossen Industrien klar zuwiderlaufen. Natürlich können die kirchlichen Institutionen ausser bei ihren eigenen Projekten nicht konkret in die Entscheidungsprozesse eingreifen. Sie bemühen sich aber immer wieder um eine gute Öffentlichkeitsarbeit – vor allem die von Brot für Brüder und Fastenopfer jährlich gemeinsam herausgegebene Agenda, die praktisch in jeden Haushalt kommt, enthält wichtige Beiträge. Aber auch Kirchgemeinden bemühen sich, oft auf Initiative entwicklungspolitisch engagierter Gruppen am Ort, durch Diskussionsabende, Filme und andere Aktionen um ein wachsendes Bewusstsein in der Bevölkerung.

Medizin und dritte Welt

Über die meisten Formen von Entwicklungszusammenarbeit ist in letzter Zeit eine kritische Diskussion in Gang gekommen; einzig um die Fragen der Gesundheitspolitik ist es auch in entwicklungspolitisch engagierten Kreisen bis jetzt mehr oder weniger still geblieben. Ein Bewusstseinsprozess auf diesem Gebiet ist aber dringend nötig, denn neben den Nahrungsmittelkonzernen haben auch die chemischen Industrien die Entwicklungsländer entdeckt.

Aber nicht nur die chemische Industrie, sondern auch die ganze westliche Medizin mit allen ihren meist stark überzahlten Instrumenten und Geräten soll exportiert werden. Das moderne, von der Schweiz stark unterstützte Duke-of-Horrar-Hospital in Addis Abeba ist dafür ein Beispiel. Indem wir Zentren schaffen, wo Medizin betrieben wird, die unserer westlichen vergleichbar ist, bringen wir für wenige ein optimales Gesundheitssystem; den vielen Menschen auf dem Land, für die Infektionskrankheiten und Unterernährung immer noch die häufigsten Krankheiten und Todesursachen sind, ist damit aber nicht geholfen. «Therapie ist immer Versagen von Prävention», hat mir ein Arzt aus einem Entwicklungsland einmal gesagt, und Prävention (Vorsorge) heisst hier vor allem Gesundheitserziehung – Hygiene und Ernährungslehre – und Impfaktionen.

Was wissen wir von der dritten Welt?

Wie schlecht der Informationsstand ist, hat die Abstimmung über den IDA-Kredit deutlich gezeigt, denn wir müssen ja ganz klar sehen, dass damals die meisten Nein-Stimmen aus dem rechten Lager kamen, also Stimmen waren gegen eine Politik der Solidarität und nicht gegen die Unterentwicklungspolitik der Weltbankgruppe.

Öffentlichkeitsarbeit über die grossen Zusammenhänge entwicklungspolitischer Probleme ist also dringend nötig. Dabei müssen wir so bald wie möglich neue Wege der Vermittlung suchen. Ich glaube nämlich, dass der Kreis entwicklungspolitisch Sensibilisierter nur vergrössert werden kann, wenn die Vermittlung unserer Informationen für den Zuschauer zu einem echten Erlebnis wird.

Gerold Roth

Eine Hochschule Innerschweiz

Potemkinsche Dörfer an der Reuss?

Seit dem Spätherbst 1976 pfeifen es auch die Meldungen und Kommentare aus dem schweizerischen Blätterwald: In der Hochschulpolitik muss etwas geschehen. Sonst ist die Aussperrung von Studienwilligen (und durch die Matur-berechtigten) von einer akademischen Ausbildung in bestimmten Fächern in Zukunft, vermutlich schon 1977, unvermeidbar. Das Projekt Aarau – lange Zeit Hoffnungspunkt einer weiter blickenden universitären Planung – hat sich zur gleichen Zeit im Sperrfeuer der Bürgerlichen als uneingelöste Zukunftsverheissung aufgelöst. Der Kanton St. Gallen hat erklärt, er könne die als erste Notmassnahme notwendigen 70 Klinikplätze nicht schaffen. In diese desolate Situation, dieses Hoffnungsloch, trifft Ende Jahr 76 die Nachricht: Nun kommt die Hochschule Luzern. Der folgende Artikel untersucht, was es mit diesem neuen Silberstreif am Horizont auf sich hat. **bn**

Seit 15 (in Worten: fünfzehn) Jahren gibt es das Projekt einer Innerschweizer Hochschule in Luzern. 1974 schliesslich war es soweit, schien es soweit zu sein: Die Regierung des Kantons Luzern konnte dem Parlament einen fertigen Plan vorlegen. Inzwischen aber waren Bildung und Hochschulausbau nicht mehr so «gefragt» wie in den 60er Jahren; die Regierung zog die Vorlage zurück. Am 17. März 1975 beauftragte der Grosse Rat die Exekutive, die Vorarbeiten zur Gründung einer Universität immerhin auf Sparflamme fortzuführen und innert zwei Jahren Bericht zu erstatten. Ende März nun wird der Regierungsrat dem Parlament eine entsprechende Botschaft mit Gesetzentwurf vorlegen. Ist damit der Weg zur Grundsteinlegung im Nordwesten der Leuchtenstadt frei?

Wie in Aarau?

Die bisherige lange Geschichte des Planungsphantoms Universität Innerschweiz macht skeptisch: 1974 war eine Hochschule vorgesehen, deren Schwerpunkte *Ökologie/Umweltwissenschaften, Lehrerbildung* und *Sozialbeziehungen* sein sollten. Wie in Aarau die Bildungswissenschaften, so wurde in der Innerschweiz der Themenkreis Ökologie/Umweltwissenschaft zum Stein des Anstosses. Und prompt will die Regierung jetzt darauf verzichten (Bericht vom 10. 12. 76). Nach ihrem neuen Willen sollen in Luzern *naturwissenschaftliche, sprachlich-historische* sowie *rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Disziplinen* ihren Platz haben. Die politisch bekämpften Fachbereiche – warum und von wem sie angefochten werden, braucht kaum ausgeführt zu werden – werden also fallengelassen, übrigens mit dem realpolitischen Segen des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) vom 30. 11. 76. Am Beispiel Luzern verstärkt sich damit der Verdacht, dass die schweizerische Bildungspolitik auf der Suche nach einem Weg aus der NC-Sackgasse in eine neue Sackgasse läuft:

Auf die Vermeidung von Zulassungsbeschränkungen starrend, ist sie blind für die zukunftsorientiert-notwendige Erweiterung und Schwerpunktverlagerung in höherer Bildung und Forschung. Die positiven Gutachten des SWR und der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) zum neuen Luzerner Projekt bestätigen, dass gegenwärtig die Quantität (der Studienplätze) den Vorrang vor qualitativen Veränderungen hat. Dies ist unter dem NC-Druck verständlich, zeigt aber auch, wie gross das Dilemma der hiesigen Bildungspolitik ist und dass für Reformen (Fächerangebot und Studienreform, diese mit Ausnahme von «Rationalisierungsmassnahmen») in den nächsten acht Jahren des «Studentenberges» kaum die geringste Chance bestehen dürfte. 1984 aber wird vermutlich der Zug schon abgefahren sein, die universitäre Forschung wird hinter privatwirtschaftlicher profitorientierter Forschung und Ausbildung hinterherlaufen müssen: Von einem Nachholbedarf in den anderen also.

Wer zahlt, was nützt's?

Ein zweites Bedenken: Die Innerschweizer Trägerkantone Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug und Luzern erwarten vom Bund massive finanzielle Unterstützung. Der SWR spricht in seiner Antwort auf die Luzerner Anfrage gar von einer 70prozentigen Beteiligung des Bundes – einem Anteil, der aus Bern kaum zu erwarten sein dürfte.

Zum dritten: Wenn die Luzerner Universität eine Entlastung während der schwierigsten Engpassphase an den Hochschulen (1982 bis 1985) bringen soll, muss sie 1980 bezugsbereit sein. Das bedeutet, dass spätestens Ende dieses Jahres mit der Aufbauphase begonnen werden müsste. Angesichts der Aarauer Erfahrungen muss bezweifelt werden, ob dies eine realistische Hoffnung ist. Noch zu gut ist zudem die Äusserung von *Bundesrat Hürlimann* im Ohr, der am 20. 11. 76 in Zürich meinte, *von Neugründungen sei zur Behebung des NC heute nichts mehr zu erwarten.*

Dies alles spricht nicht gegen eine sofortige Inangriffnahme der Luzerner Hochschule. Dies ist auch kein Schuss in den Rücken der eifrigen Innerschweizer Bildungslobby, die, mit den positiven Gutachten von SWR und SHK in der Hand, geschickte Öffentlichkeitsarbeit für «ihre» Hochschule macht. Denn es steht fest: die Schweiz braucht als Ganzes und insbesondere unter dem föderalistischen Gesichtspunkt diese Universität. (Während gesamtschweizerisch die Maturandenzahlen im Mittel um 33 bis 35 Prozent ansteigen werden, rechnet man in der Innerschweiz mit einem Prozentsatz von 61 Prozent.)

Aarau, Luzern und noch viel mehr

Vor falschen Hoffnungen aber sei gewarnt. Zudem müssen gerade diejenigen, die jetzt so auf die Hochschul-Werbepauke hauen und gutes Wetter für Luzern machen wollen, sich vor Augen halten, dass sie damit auch den Beifall von der falschen Seite heraufbeschwören: den Applaus jener, die in Neuerungen im Bildungswesen – aus ganz bestimmten Gründen – fürchten wie der Teufel das Weihwasser, das Hurra derer, die Aarau praktisch abgewürgt haben (bürgerliche Zweiteilung der Vorlage in Medizin und Bildungswissenschaften), nun aber nicht die Verantwortung dafür tragen wollen: Das, was günstig für die Luzerner Pläne ist, nämlich der Schock von Aarau, die NC-Furcht und das Erschrecken über St. Gallen, das sich ganz schlicht weigert, die fürs erste notwendigen 70 Klinikplätze zur Verfügung zu stellen, macht eine Werbung für Luzern gleichzeitig zu einer zweischneidigen Sache: Werden hier nicht Hoffnungsfassaden in der Art Potemkinscher Dörfer aufgebaut, die vorspiegeln, nun habe man die bildungspolitischen Probleme im Griff – eine Illusion, die gerade denjenigen gefällt, die gegen universitäre Ausbildung aus ständespolitischen Gründen Front machen?

Das Fazit: Je schneller die Innerschweizer Universität mit ihren 2000 bis 3000 Studienplätzen kommt, desto besser. Nur: machen wir uns nichts vor: Mit dem, was frühestens in den 80er Jahren in Luzern steht, ist es nicht getan: Die Schweiz braucht, im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung, jene Fachbereiche Ökologie/Umweltwissenschaft und Bildungswissenschaften, die in Luzern und Aarau abgeklemmt werden sollen, sie braucht, entgegen den Interessen der privatwirtschaftlichen Lobby, noch weitere neue Forschungs- und Ausbildungsbereiche. Sie braucht bis 1985 rund 20 000 neue Studienplätze. Sie braucht qualitative Reformen im höheren Bildungswesen – aber nicht nur dort. Alle diese Anforderungen erfüllt Luzern nicht. Wenn daher die Luzerner Universität als Pflaster auf klaffende Wunde schweizerische Bildungspolitik geklebt werden soll, so schwärt und eitert die Wunde darunter weiter. Entgegen euphorisch stimmenden Meldungen ist Luzern nicht die grosse Rettung, sondern ein notwendiger Zusatz. *B. Dietrich*

echo

Eine Lanze für Walther Kauer brechen

Walther-Kauer-Interview – «das konzept» Nr. 12/1976 – und Reaktionen darauf – «das konzept» Nr. 1/1977

Da wird nun in zwei «konzept»-Nummern des langen und des breiten über Walther Kauer berichtet. Das an und für sich löbliche Unterfangen – einen der wichtigsten zeitgenössischen Schweizer Schriftsteller noch stärker ins Gespräch zu bringen – ist m.E. ziemlich kläglich gescheitert. Was bleibt, ist ein ziemlich lädiertes Image eines Schriftstellers, dessen literarisches Schaffen weiss Gott Besseres verdient hat.

Vorausschicken möchte ich, dass ich im Gegensatz zu den Leuten, die sich bis jetzt im «konzept» zu ihm geäussert haben, Walther Kauer (leider) nicht persönlich kenne. Aber ich habe seine Bücher *«Schachteltraum»* und *«Spätholz»* gelesen, die einen tiefen Eindruck und echte Begeisterung bei mir hinterlassen haben. So ist Kauer für mich in erster Linie Schriftsteller und als solcher ein «Künstler» (ich verwende bewusst diesen fragwürdigen Ausdruck, trotz seiner schillernden und problematischen Vielfalt). Und gerade diese doch so zentrale Tatsache ist in den Beiträgen über Kauer praktisch völlig ausser acht gelassen worden. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren.

Da ist einmal der Gegensatz «Medienschaffende» – «Schriftsteller». Gewiss ist dieser Gegensatz kein absoluter, dazu haben diese beiden Gattungen zu viel Gemeinsames, aber er ist trotzdem vorhanden. Wie anders könnten sonst R. Küng und L. Suter darüber erstaunt sein, dass für Kauer der *Inhalt* die Hauptsache eines kulturellen Produkts ist. Das mag für Medienschaffende verwunderlich klingen, ist aber für einen Künstler eine Selbstverständlichkeit und erste Voraussetzung für seine Arbeit.

Weiter tauchte verschiedene Male – offen und versteckt – der Vorwurf an Kauers Adresse auf, er sei überheblich und egozentrisch. Dieser Vorwurf mag sogar zutreffen. Aber wurde da mitreflektiert, was es heisst, Künstler zu sein? Was es für einen Glauben an sich selbst braucht, bis man überzeugt davon ist, dass man eine Sache inhaltlich und formal so darstellen kann, damit man «der Welt» auch das mitteilen kann, was man möchte?

Dazu kommt bei Kauer noch, dass er aus dem Arbeitermilieu stammt, wo Selbstwertgefühl und Ichstärke bekanntlich nicht sehr verbreitet sind. Er musste sich erst einmal als Mensch, dann als Künstler durchsetzen. Was Wunder, wenn das seine Spuren hinterlässt?

Spätestens hier höre ich den Vorwurf, dass ich ein bürgerliches Künstlerideal habe, dass ich Personenkult betreibe; Werk und Künstler könnten nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Ich bin nun aber der Überzeugung, dass diese Einwände eher gegen die «konzept»-Artikel erhoben werden müssten. Es gibt wohl kaum einen Ort, wo mehr Personenkult getrieben wird als in einem Interview, dieser Kreation des bürgerlichen Journalismus. Und weshalb ist in diesen beiden «konzept»-Nummern so viel von der Person Kauers die Rede und fast nichts von seinen Büchern? Und wieso ist das Wort «Künstler» nirgends zu finden, obschon es immer Werk und Person zugleich umfasst?

Nein, ich glaube nicht, dass aufgrund der Polemik um die Person Kauers sich jemand besonders angesprochen fühlte, sich auch dem Werk Kauers zuzuwenden. Und dies wiederum ist sehr schade, ist doch das, was Kauer mit seinen Büchern und Theaterstücken zu sagen hat, ungleich viel wichtiger als seine Ansichten über z. B. alternative Medienpolitik.

Nochmals zurück zum Gegensatz «Medienschaffende» – «Schriftsteller»: Für die erste Gruppe steht die Frage im Vordergrund, ob Kauer von den Arbeitern gelesen wird, für einen Schriftsteller hingegen geht es in erster Linie darum, für wen er schreibt. Der marxistische Kunstwissenschaftler *Konrad Farner* hat dafür den Begriff der «Dienstbarkeit» gebraucht. Damit sagte er, dass sich die Kunst immer in den Dienst von Macht stellt und diese unterstützt. Und hier bezieht nun Kauer eindeutig Stellung. Er schreibt weder für Kapitalisten noch für das Bildungsbürgertum noch für die Linksintellektuellen (was aber nicht ausschliesst, dass Vertreter dieser Gruppierungen Kauers Bücher lesen und davon begeistert sind). Er schreibt für jene, für die das Leben ein steter Kampf ist, denen nichts geschenkt wird. Kauer schreibt nicht für die herrschende Klasse, sondern für die kommende. Sicherlich wird Kauer zur Zeit nicht von den Arbeitermassen gelesen, dazu ist der Schweizer Arbeiter zu sehr Kleinbürger. Aber ganz bestimmt wird er vom fortschrittlichen Teil dieser Arbeiterschaft gelesen.

Mir wurde zum Beispiel Kauers «Schachteltraum» nicht von einem Linksintellektuellen zur Lektüre empfohlen, sondern von jemandem, der «nur» Realschule und Berufslehre abgeschlossen hat. Aber auch der Erfolg, den Kauers Stück «Senioreträum» bei den Betagten hat, zeigt, dass er wirklich die meint, für die er schreibt.

Zum Schluss bleibt mir nur noch übrig, alle Leser des «konzepts» aufzufordern, doch einmal Walther Kauers Bücher zu lesen, sich daran zu freuen und sich etwas dabei zu denken. Davon sollte man sich auch nicht abbringen lassen, wenn man hört, dass «Spätholz» eigentlich «nur» ein Heimatroman ist. Denn gegen einen gutschweizerischen Sozialismus gibt es ja nichts einzuwenden, oder?

Das Interview – Methode des bürgerlichen Journalismus

Das Interview ist kein Gespräch, da es nur in einer Richtung abläuft. Hier Frager, dort Befragter. Ein Interview ist wie so manches im bürgerlichen Leben auf Eindimensionalität reduziert. Dahinter steht der naive Glaube, dass Meinungen und Ansichten fein säuberlich verpackt und schön geordnet im Gehirn des Befragten eingereiht seien. Bei Bedarf genüge ein Griff in die richtige Schublade, und Meinung XY könne hervorgeklaubt werden.

Die Form des Interviews hat etwas Faszinierendes. Auf jeden Fall haben sich die Sozialwissenschaftler darauf gestürzt und es in standardisierter Form zur wissenschaftlichen Methode erhoben und das Ganze als «Meinungsforschung» propagiert. Seit längerer Zeit aber ist auf der wissenschaftlichen Ebene das Interview unter Beschuss geraten. Zu offensichtlich sind seine Mängel, zu dürftig die Resultate und zu problematisch der Objektivitätsanspruch*.

Es ist aber doch recht erstaunlich, dass diese Kritik nicht auch auf das Interview als journalistische Methode ausgedehnt wurde und dass weiterhin – auch in fortschrittlichen und alternativen Presseerzeugnissen – frischfröhlich weiter «geinterviewt» wird. Ein Interview kann zwar durchaus auch heute noch sinnvoll sein, z. B. wenn es um Information geht (obwohl dann das Interview nicht eine notwendige Methode ist). Nützlich auch dann, wenn der Befragte davon überzeugt ist, dass man die Welt in einfache Meinungen einpacken und im Gehirn schubladisieren könne. Einen solchen Interviewpartner kann man dann schön in Widersprüche verwickeln, kann die Fragwürdigkeit seines Weltbildes aufzeigen (vgl. Honegger-Interview von Schweingruber und Meienberg in «konzept» Nr. 9 und 10/75).

Werden aber Leute befragt, deren Weltbild nicht abgeschlossen und katalogisiert ist, dann ist ein Interview eine mehr als fragliche Methode. An seine Stelle müsste ein Gespräch treten, in dem Begriffe und Widersprüche aufgebracht und geklärt werden müssten. Eine Arbeit, die vom Interviewer und Befragten gemeinsam geleistet werden müsste und welche die beiden Gesprächspartner und ihre Meinungen verändern würde. Wie eine solche Arbeit dann in eine journalistische Form gebracht werden kann, ist eine schwierige und noch keineswegs geklärte Frage.

Hugo Faas

* Eine fundierte Kritik leistet H. Berger in «Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit» (Edition Suhrkamp)

Liebenswürdigkeiten

Von Zeit zu Zeit finden sich im Briefkasten der Redaktion auch «Liebesbriefe» dieser Art – selbstverständlich anonyme:

ihr verdammten links-hunde, ihr Dreckärscher, ihr lausigen kommunistischen-gangster, ihr saugt brav an unserem staate. ihr miesen hunden sollt einmal so krepieren, wie ihr stinkig gelebt hat.

Sehen Sie hinter die Kulissen?
Dann helfen Sie uns auch, dahinter zu sehen, gleich wo. Gelangen Sie an uns, wir versichern Sie unserer Diskretion.

Bücherrabatt: Beim SBVV nichts Neues

Am 17. Januar hatte eine ausserordentliche Generalversammlung des Schweizerischen Buchhändler- und Verleger-Vereins (SBVV) über zwei Anträge, die ihren Ursprung bei der Interessengemeinschaft Wissenschaftlicher Buchhändler (IWB) haben, zu beraten und abzustimmen:

1) die Einführung eines 10%igen Rabatts auf Studienliteratur

2) die Abschaffung des 15%igen Mengenrabatts bei 50 gleichzeitig bezogenen Titeln (als Kompensation zu Antrag 1)

Die IWB wollte damit ihre – nach der Abschaffung des generellen Studentenrabatts – arg in Mitleidenschaft gezogenen Umsätze wieder auf bessere Bahnen bringen, ohne aber gleichzeitig eine Lösung zu ergreifen, die den Studenten gegenüber den andern in Ausbildung Stehenden zu einem unmässigen Privileg verhilft, wie dies der generelle Studentenrabatt dargestellt und wie ihn die Kartellkommission abgelehnt hat.

In einem Gespräch, das noch vor der besagten GV zwischen dem SBVV und einer VSS-Delegation stattgefunden hat, sprach sich der VSS für die Einführung des Rabatts auf Studienliteratur aus, allerdings mit den Auflagen, dass die studentischen Interessenvertreter massgebend am Erstellen einer Studienliteraturliste beteiligt würden und dass eine solche Lösung für ihn letzten Endes keine ewige sein könne. Die Abschaffung des 15%igen Mengenrabatts hingegen lehnte der VSS ab.

Am 17. Januar nun scheiterten beide Anträge der IWB. Der Zentralvorstand des SBVV wurde beauftragt, einen neuen Lösungsvorschlag auszuarbeiten . . .

So, wie sich die Situation heute darstellt, wird bis zum nächsten Wintersemester alles beim alten bleiben; es sei denn, die IWB warte mit neuen Projekten auf, wie sie es im Gespräch mit dem VSS angetönt hat – ein Gespräch, dies sei auch noch gesagt, an dem sich alle am Gespräch anwesenden Parteien für die Preisbindung ausgesprochen haben (vgl. dazu «Oktober-konzept»).

Alle Jahre wieder

Jahresende – den Abonnenten des «konzept» flatterte die Rechnung für das Jahr 1977 ins Haus. Wir danken allen jenen, die ihr Abo schon einbezahlt haben, und freuen uns ganz besonders über die vielen Unterstützungs- und Aufstockungsbeiträge. Abbestellungen sind für die Redaktion natürlich eine eher traurige Sache. Viele unserer Leser haben uns ihre guten Gründe dafür dargelegt und uns weiter ermutigt. Jedoch nicht nur für diese Ermunterungen sind wir dankbar, auch die Kritik einiger unserer Leser war uns viel wert.

Papierüberfluss

Knappe Zeit und Papierflut bewogen einen Teil unserer Leser, für 1977 auf «das konzept» zu verzichten, so A. L. in A.:

Leider habe ich keine Zeit, «das konzept» zu lesen, da ich immer mehr an Zeitungspapierüberfluss leide. Z. B. habe ich dieses Jahr vielleicht fünf oder sechs Artikel aus dem «konzept» gelesen; darum lohnt es sich für mich nicht mehr. Trotzdem vielen Dank für zwei Jahre «konzept» und viel Erfolg in der Zukunft.

ECHO

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion ‹das konzept› Rämistrasse 66, 8001 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Die Studentenschaften kamen zu neuen Mitgliedern

Andere «konzept»-Abonnenten sind inzwischen neu an die Uni oder ans Poly gekommen und unterstützen uns jetzt über die Beträge der Studentenschaften, z. B. A. S. in Zürich:

Da ich nun Gelegenheit habe, «das konzept» an der Uni zu lesen, möchte ich mein Abonnement abbestellen. Ich möchte noch betonen, dass ich Ihre Zeitung sehr gut und notwendig finde.

Gemeinsames Wohnen senkt Kosten

Wie einige andere unserer früheren Abonnenten hat B. M. in Z. die Wohnung gewechselt:

Ich bin immer wieder erstaunt, wie Ihr es fertigbringt, interessante Informationen auszugraben. Ich bestelle also nicht ab, weil ich mit Eurer Zeitung unzufrieden wäre, sondern ganz einfach weil ich jetzt in einer Wohnung bin, wo «das konzept» schon seit Jahren abonniert wird.

Auch Abwechslung tut not

Für viele unserer Leser sind wir nicht die einzige Alternativzeitung. S. G. in B. schreibt:

Nachdem wir Ihre Zeitung seit einigen Jahren abonniert haben, tut eine Pause not. Die Art der Artikel läuft sich u. A. nach etwas tot. Meist sind wir schon anderweitig über die Problematik informiert worden. Wir kritisieren Ihre Zeitung *nicht grundsätzlich,* möchten aber für uns persönlich eine andere Alternativzeitung unterstützen. Für Ihr Engagement danken wir Ihnen herzlich und wünschen Ihnen viel treue Kunden.

Glückliche Auslandfahrer

und Weltreisende haben wir recht viele unter unseren Lesern. Mit folgendem Wunsch verabschiedet sich A. H. in B.:

Da sich mein Aufenthalt über mehrere Jahre hinzieht, würde es mich freuen, bei meiner Rückkehr «das konzept» so anzutreffen, wie ich es verlassen habe, d. h. viel Information und viel Kritik.

Lehrer haben's nicht leicht

Die Abbestellung eines unserer Leser wirft ein Schlaglicht auf die bedrükkende Situation von Lehrern:

Als Lehrer ist man allgemein und örtlich dem herrschenden Wind von rechts gegenwärtig besonders stark ausgesetzt, d. h. man ist gezwungen, Angriffsflächen etwas abzubauen.

Die Kritiker der Kritiker

Da mir Ihre Zeitung gar zu extrem «in Frage stellend» und zudem zu politisch denkend ist, möchte ich auf ein Erneuern des Abonnements verzichten. *F. G. in B.*

Gründe: Einerseits finanziell. Andererseits – und das ist meine persönliche Meinung – sehe ich Ihre Zeitung zu sehr auf der Seite des Guten, Objektiven, Überparteilichen, die das Böse kritisiert. *P. B. in W.*

Im Vergleich zur «Leserzeitung» scheint mir «das konzept» zu stark auf die Studenten zugeschnitten zu sein. *H. A. T. in T.*

Ich glaube, Sie sollten den Lehrlingen nicht eine Zeitschrift anbieten, wenn Sie ihre Probleme nicht berücksichtigen. *J. G. in H.*

Bei Euch ist alles gut, was die roten Bonzen machen, da kommt es nicht auf Vernunft und Aufbau der menschlichen Gesellschaft an, vielmehr geht es um die Machtpolitik dieser roten Horde. (. . .) Vergleichen Sie England, von Italien gar nicht zu reden, dort ist der Staat praktisch bankrott. Wenn die rote Welle auch bei uns überhand nimmt, wird es bald aus sein mit der reichen Schweiz, der Lebensstandard wird unerbittlich sinken. *H. T. in G.*

Familienplanung und Geburtenkontrolle in der dritten Welt[1]

Geburtenkontrolltechniker in Aktion

Familienplanungsprogramme gehören wohl zu den bestfinanzierten Entwicklungshilfeprojekten. Westeuropa und vor allem die USA lassen sich die Bevölkerungskontrolle in der dritten Welt etwas kosten, nicht zuletzt um den eigenen Kleinfamilien (und Grossverbrauchern!) die nicht unerschöpflichen Rohstoffe zu erhalten. Der folgende Artikel versucht, die Entstehungsgeschichte und die Auswirkungen nationaler Familienplanungsprogramme in der dritten Welt nachzuzeichnen und die gängigsten Argumentationen für eine Bevölkerungskontrolle in den Entwicklungsländern darzustellen. Wenn Susanne Habicht dabei bestehende Geburtenkontrollversuche hart kritisiert, tut sie es nicht wegen eines uneingeschränkten «Ja zum Leben», sondern weil sie sieht, wie sozialtechnologisch viele Familienplanungen vorgehen: Die Zahlen der «beratenen» Frauen und Paare, der verteilten Propagandaschriften und der eingesetzten Spiralen sollen den Erfolg ausweisen. Um das Ziel zu erreichen, sind (fast) alle Mittel recht, auch solche, die man an 3.-Welt-Frauen gleich für USA/Westeuropa ausprobieren kann. Von Selbstbestimmungs- oder auch nur Mitspracherecht der Frauen ist wenig die Rede. Und wenn die Programme dann nicht so effizient sind wie erhofft, ruft man nach mehr Experten, härteren Methoden, mit denen man über die Frauen verfügen kann. ls

Die Diskussion um eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums wird seit den Tagen Thomas Malthus' geführt, der behauptete, die Weltnahrungsmittelproduktion könne niemals mit dem Wachstum der Weltbevölkerung Schritt halten. Die Folge davon seien Armut und Hungertod; die einzige Möglichkeit, diesem Schicksal zu entrinnen, sei für die armen Leute, sich nicht so hemmungslos zu vermehren

Übervölkerungsideologie heute

Sätze, 1789 geschrieben und doch aus den letzten 25 Jahren bedrückend vertraut – wurden sie doch, nachdem die sozialen Errungenschaften des Spätkapitalismus der Malthusschen Theorie zumindest in Europa und den USA weitgehend den Boden entzogen hatten, Anfang der 50er Jahre dieses Jahrhunderts wieder neu formuliert, dieses Mal allerdings mit Zielrichtung auf die Länder der dritten Welt. Mit der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien, vor allem aber mit dem drastischen Sinken der Sterberaten in diesen Gebieten begann nämlich für die reichen (kapitalistischen) Staaten die grosse Angst vor der «Bevölkerungsexplosion».

Durch die westlichen Massenmedien geisterten Schreckensvisionen von hungrigen schwarzen, gelben und braunen Massen, die die Industrienationen überrollen könnten, ihnen die Verfügungsgewalt über die Rohstoffe der Welt und damit ihren Reichtum nehmen und überhaupt die ganze westliche Zivilisation bis auf den Grund erschüttern könnten. In Büchern und Filmen, in Vorträgen und auf wissenschaftlichen Konferenzen wurde die Angst weitergeschürt, die 1952 schliesslich den Anstoss zur Gründung des amerikanischen «Population Council» gab. Initiator dieser Gründung war John D. Rockefeller III, Sprössling einer der reichsten amerikanischen Familien, und das Ziel seiner Vereinigung war es, Forschungen zur Geburtenkontrolle zu fördern. Weitere Gründungsmitglieder waren u. a. der Direktor von RCA, die Mellon-Foundation, die Ford-Carnegie-Foundation, die Osborn-Familie, der Council on Foreign Relations und diverse Interessenvertreter des Rockefeller-Clans – alles erzkonservative Familien(unternehmen) der herrschenden Klasse.

> **«In den nächsten paar Sekunden wird ein Kind Hungers sterben! Jeden Tag sterben 10 000 Menschen – meist Kinder – in den unterentwickelten Ländern infolge von Unterernährung ... Dies ist die Welt, in der wir leben – weil das Wachstum der Weltbevölkerung die Reserven an Nahrungsmitteln schon überflügelt hat ... Das Bevölkerungswachstum muss kontrolliert werden! Das erfordert blitzschnelles Handeln ... Die ungeheure Menschenschwemme muss unbedingt kontrolliert werden, wollen wir nicht mit allen unseren zivilisatorischen Errungenschaften untergehen ... Eine Welt mit Massensterben in den unterentwickelten Ländern wird eine Welt des Chaos, der Unruhen, des Krieges sein. Und eine perfekte Brutstätte für den Kommunismus. Wir können uns kein halbes Dutzend Vietnams mehr leisten – kein einziges mehr! Unser eigenes nationales Interesse erfordert es, dass wir alle hinausgehen und den unterentwickelten Ländern helfen, ihre Bevölkerung zu kontrollieren ...»**
>
> Diese Anzeige aus der «New York Times» (neben dem Photo eines sterbenden Kindes) stammt aus den 60er Jahren – die Argumentation hat sich kaum geändert.

Da die amerikanische Regierung während der 50er Jahre das Thema Familienplanung noch als zu heikel ansah, um es zum Bestandteil ihrer Politik zu machen, musste sich der Population Council auf private Mittel verlassen, was offenbar keine grossen Schwierigkeiten machte, denn der Fonds von 4,5 Mio. $ in den Jahren 1952–1958 stieg in den folgenden sechs Jahren bis 1964 auf über 18 Mio. $ an. 1965 war es dann soweit: Die amerikanische Regierung Johnson erklärte sich bereit, die Förderung und Finanzierung von Geburtenkontrollprogrammen und den dazugehörigen Forschungen zu übernehmen. Sie tat dies durch die Agency for International Development (AID) – anfangs mit einem vergleichsweise bescheidenen Budget von 2,1 Mio. $, das bis 1971 auf 100 Mio. $ angewachsen war (und das zu einer Zeit, wo wegen des Vietnamkrieges sämtliche anderen AID-Programme drastisch gekürzt wurden).

Rohstoffe für die USA only

Der Hauptgrund für das Eingreifen der US-Regierung war wohl, dass die Arbeit von verschiedenen Regierungskommissionen über Rohstoffe, militärische Sicherung usw. ergeben hatte, dass die Rohstoffe der dritten Welt unbedingt für die USA gesichert sein müssten, um die US-amerikanische Bevölkerung auf lange Sicht hin zu ernähren. Unter dem Aspekt, dass die USA mit 6% der Weltbevölkerung 50 bis 60% der nichtersetzbaren Weltressourcen verbrauchen, stellte ein rasches Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern natürlich eine empfindliche Beschränkung des Umfanges der für die USA verfügbaren natürlichen Ressourcen dar – zumal wenn die armen Völker sich auch noch revolutionär organisierten.

Die «Bewegung» erfasste über die verschiedensten Organisationen und Komitees, reaktionär bis fortschrittlich, schliesslich die ganze amerikanische Nation, wenn auch die Hauptpropagandisten die gleichen blieben: Rockefeller, Ford, Carnegie, Mellon, CBS, United Shoe, First National Bank of Boston, New England Telephone+Telegraph, Continental Oil usw. Neben Handel, Banken, Versicherungen und die Grossindustrie trat schliesslich noch eine Lobby von Akademikern, die von den Forschungsprogrammen der Ford-Foundation lebte.

Die «schweigende Mehrheit» der US-Bevölkerung wurde über Anzeigen (vgl. Kasten) zur Unterstützung der Programme motiviert. Die Regierungen der Entwicklungsländer wurden, sofern sie den Gedanken der Familienplanung nicht von allein bejahten, von den USA mehr oder minder dazu gezwungen, meist durch Koppelung von Entwicklungshilfe an die Einrichtung eines nationalen Familienplanungsprogramms.

Geburtenkontrolle – ein technisches Problem?

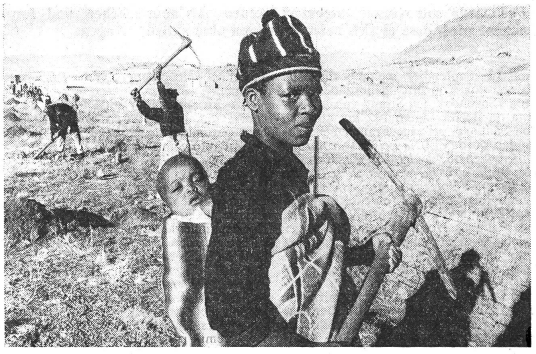
«Indien führt drastische Strafen für kinderreiche Eltern ein» – «Entweder Sterilisation oder Kündigung» – «Frau Sadat befürwortet Strafen für Kinderreiche» – «Zwangsmassnahmen zur Geburtenbeschränkung?» Solche und ähnliche Meldungen konnte man in den vergangenen Monaten des öfteren in europäischen Zeitungen finden. Sie scheinen darauf hinzudeuten, dass die in den letzten Jahren in Gang gesetzten nationalen Geburtenkontrollprogramme doch nicht so effektiv gewesen sind, wie noch bis vor kurzem gerne behauptet wurde. Heisst das, dass bei den Bewohnern der Entwicklungsländer keinerlei Interesse an Familienplanung vorhanden ist, oder haben sich vielleicht nur die angebotenen Verhütungsmethoden nicht bewährt?

Eines steht für die Verantwortlichen jedenfalls so gut wie fest: Da eine spürbare Senkung der Geburtenziffer in kaum einem Land erreicht wurde, muss die Familienplanung in den Entwicklungsländern intensiviert werden, mit welchen Mitteln auch immer. Neben der Forderung nach Zwangsmassnahmen stehen allerdings auch Warnungen, das Ganze nur als technisches Problem anzusehen, ohne die ökonomischen Verhältnisse, die Religion, Kultur, Sitten und Bräuche der Menschen zu berücksichtigen. Demgegenüber werden dann immer noch in aller Eile Programme aufgestellt, die wie z. B. in Pakistan 12 000 Familienplaner («Berater») verpflichten wollen, in einer einzigen Woche 15 Mio. Ehepaare aufzusuchen und sie von den Nachteilen allzu grosser Kinderscharen zu überzeugen. Gleichzeitig sollen an diese Ehepaare kostenlos Verhütungsmittel verteilt werden. Also nur eine Frage der Technik?

Beispiel: Tunesien

Tunesien hatte 1971 5,3 Mio. Einwohner. Die Hälfte davon war jünger als 17 Jahre. Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter machte etwa ein Fünftel aus (d. h. Frauen zwischen 15 und 49 Jahren)[2]

Seit 1964 existiert ein staatliches Familienplanungsprogramm. «Nachdem die verantwortlichen Regierungsstellen die Notwendigkeit der Begrenzung der Geburtenzahlen erkannt hatten», wurde 1963 nach Verhandlungen mit dem Population Council ein Vertrag zwischen der tunesischen Regierung und der Ford Foundation über die Finanzierung eines zweijährigen Versuchsprogramms abgeschlossen. Dem ersten Schritt, der Einrichtung von 12 Kliniken in städtischen und stadtnahen Gebieten, war eine ausführliche soziologische Untersuchung vorausgegangen, die die Einstellungen der Bevölkerung zur Familienplanung erforschen sollte. Die Ergebnisse fielen offenbar positiv aus, und das Programm kam ins Rollen.



Um nach Abschluss der zweijährigen Experimentierphase 1966 noch mehr Frauen erreichen zu können (damaliges Ziel: 30–40% der gebärfähigen Frauen), wurde das Programm erheblich ausgeweitet und in das bestehende Gesundheitssystem eingegliedert – eine in vielen Entwicklungsländern übliche Praxis.

Um auch die ländlichen Gebiete zu versorgen, wurden mobile Einsatzwagen eingerichtet, die die Dörfer in einem regelmässigen Abstand aufsuchen.

1971 bestanden in Tunesien 289 Familienplanungszentren, die nicht nur die städtischen Gebiete, sondern vor allem die Provinz versorgen sollen, und 15 mobile Einsatzgruppen. Die personelle Situation ist schwierig: Tunesien verfügte 1972 über 48 Gynäkologen (d. h. einer auf 46 800 Frauen), von denen aber nur 18 Tunesier sind, die überdies zu 90% in der Hauptstadt arbeiten. Die ausländischen Ärzte kommen aber meist nur für eine begrenzte Zeit ins Land. Ausserdem stellt sich das Problem, dass sich islamische Frauen in der Regel kaum von einem männlichen Arzt untersuchen lassen (dürfen). Weibliche Ärzte gibt es dagegen nur sehr wenige, die auf dem Land auf grosse Widerstände gegen weibliche Berufstätigkeit allgemein treffen.

Was die *Methoden* der Empfängnisverhütung angeht, so wird von den Zentren eine Vielzahl von Mitteln angeboten. Das Schwergewicht liegt aber – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, da die Mittel kostenlos verteilt werden – bei der Spirale (IUD), die in Herstellung und Anwendung erheblich billiger ist als etwa die Antibabypille oder Kondome (siehe Kasten)[3].

Bis 1970 hatten sich über 60 000 Frauen die Spirale einsetzen lassen (das entspricht etwa 9% der verheirateten Frauen unter 50 Jahren). Von diesen Spiralen sind aber nach einem Jahr schätzungsweise nur noch 60 bis 70% an ihrem Platz. Die restlichen werden ausgestossen oder wegen der häufigen unangenehmen Nebenwirkungen von den Frauen entfernt.

Die Zahl der Frauen, die die Pilleneinnahme über ein Jahr lang fortsetzen, wird nur mit 30 bis 40% angegeben. Gründe hierfür sind im einzelnen noch nicht bekannt. Die richtige Anwendung ist bei keiner Methode ausser Spirale zu kontrollieren, weshalb nur sehr bedingte Aussagen über die Effizienz des Programms gemacht werden können. Als Erfolg wird einerseits gewertet, dass sich in den ersten 6 Jahren des Programms ein Fünftel aller verheirateten Frauen in einem der Zentren hat beraten lassen und dass die Geburtenziffern seit Einführung des Programms von 46 auf 39 pro Tausend gesunken sind. Andererseits lassen sich aber nach anfänglichen Erfolgen inzwischen Änderungen in der Bereitschaft der Bevölkerung, Geburtenkontrolle zu praktizieren, feststellen – vor allem deutlich geworden an der wachsenden Ablehnung der Spirale.

Die Stellungnahmen der tunesischen Regierung führen diesen Rückgang vor allem auf Organisations- und Personalmängel und auf fehlende finanzielle Mittel zurück. Wahrscheinlicher ist aber, dass vor allem in den ersten beiden Jahren Druck auf die Frauen ausgeübt wurde, sich die Spirale einsetzen zu lassen.

Es wird berichtet, in einigen Zentren sei die Vergabe von Trockenmilch an kinderreiche Mütter von der vorherigen Einsetzung der Spirale abhängig gemacht worden. Oft wurden Frauen ohne weitere Erklärungen versammelt und in Bussen zum Familienplanungszentrum gebracht. Es hat auch Fälle gegeben, in denen Ehemänner ihren Arbeitsplatz verloren, wenn sie der Empfängnisverhütung nicht zustimmten. Solche Praktiken sind natürlich nicht geeignet, Vertrauen in die Argumente der Familienplaner zu wecken!

Die Regierung verspricht sich Abhilfe durch bessere Information und Aufklärung, hat aber in den letzten Jahren den Trend zur Pille und weg von der Spirale nicht aufhalten können.

Beispiel: Indien

In Indien gibt es bereits seit 1951 ein staatliches Familienplanungsprogramm, das inzwischen Priorität vor allen anderen sozioökonomischen Entwicklungsprogrammen geniesst. Das Ziel ist, die Geburtenrate von gegenwärtig 39 pro Tausend auf 25 pro Tausend zu senken. Das ist bei einer Bevölkerung von 600 Mio. (jährliche Zuwachsrate 2,5%), die zu 80% auf dem Land lebt, ein schwieriges Unterfangen. Die ersten beiden Fünfjahrpläne bis 1961 hatten auch nur äusserst geringe Erfolge zu verzeichnen.

Seit 1961 sind nun alle Hebel in Gang gesetzt worden – finanziell (wie üblich: US-AID, Population Council, Ford Foundation, Uno u. a.) wie personell. Die angebotenen Mittel – Kondome und andere konventionelle Mittel, Spirale und männliche und weibliche Sterilisation – werden kostenlos (bisher oft gegen Belohnung) verteilt. Schätzungen von 1970 ergaben, dass von ca. 100 Mio. Paaren 9 Mio. Geburtenkontrolle praktizierten – 5,8 Mio. durch Sterilisation, 2,8 Mio. durch Spirale (IUD), der Rest mit konventionellen Methoden. Der Schwerpunkt des Programms liegt damit – auch in der weiteren Planung – eindeutig auf der Sterilisation von Männern und Frauen.

> **Bilanz der Geburtenkontrolle**
>
> **NEU-DELHI, 15. Oktober (ddp). Von April bis September dieses Jahres sind in Indien 3,7 Millionen Sterilisierungen vorgenommen worden, davon allein 1,3 Millionen im letzten Monat. Damit schlagen die Erfolge der bisherigen Geburtenkontrolle in Indien alle Rekorde.**

Diese Methode wird auch schon am längsten praktiziert (seit 1956). Besonders populär war die Praxis, jeder Person, die sich freiwillig sterilisieren liess, ein Transistorradio zu schenken. Heute freilich droht jedem Staatsbeamten, der schon zwei Kinder hat, die Zwangssterilisation.

Das 1965 mit riesigem Aufwand begonnene IUD-Programm ist ein totales Fiasko geworden; nach einigen Jahren waren kaum noch Spiralen an ihrem Platz. Viele Frauen benutzten das IUD zum Gelderwerb: liessen es sich gegen Prämie einsetzen, nahmen es wieder heraus und kassierten in der nächsten Klinik die zweite Prämie für erneutes Einsetzen. Dieses uns eher komisch anmutende Detail darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Grossteil der Frauen die Spirale gegen ihren Willen eingesetzt bekam und dass für viele Frauen einfach eine Notwendigkeit bestand, aus allem Möglichen einen Gelderwerb zu machen.

Vor allem der Misserfolg der IUD-Kampagne, aber auch die nur langsam wachsende Zahl der freiwilligen Sterilisationen haben die Diskussion um die Einführung von Zwangsmassnahmen entscheidend begünstigt. An Stelle der Transistorradios sind als Negativsanktionen Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Nachteile bei der Wohnungssuche, weitere Heraufsetzung des Heiratsalters, Internierung in «Sterilisationslagern» getreten, aber auch Versuche mit Langzeitpillen, Hormoninjektionen oder Durchsetzung von Trinkwasser mit empfängnisverhütenden bzw. sterilisierenden Hormonen sind in der Diskussion.

Beispiel: Sterilisation in Lateinamerika

Das erste Projekt, das in Lateinamerika durchgeführt wurde, war ein grosses Sterilisationsprogramm in der Dominikanischen Republik etwa Mitte der 50er Jahre.

Das Muster – in der Folgezeit öfter kopiert, z. B. in Costa Rica – ist einfach: Die Ford Foundation gibt an einen amerikanischen Geschäftsmann 1 Mio. $,

die dieser in Häusern und sonstigen Immobilien anlegt. Diese werfen eine Rendite von 80 000 $ pro Jahr ab. Dieses Geld wird nun dafür verwendet, jeder Person, die sich freiwillig sterilisieren lässt, für den Rest ihres Lebens 5 oder 6 oder 7 $ pro Monat zu bezahlen. (Ein bisschen grosszügiger als in In-

Fortsetzung auf Seite 10

> **«In den nächsten paar Sekunden wird ein Kind Hungers sterben! Jeden Tag sterben 10 000 Menschen – meist Kinder – in den unterentwickelten Ländern infolge von Unterernährung ... Dies ist die Welt, in der wir leben – weil das Wachstum der Weltbevölkerung die Reserven an Nahrungsmitteln schon überflügelt hat ... Das Bevölkerungswachstum muss kontrolliert werden! Das erfordert blitzschnelles Handeln ... Die ungeheure Menschenschwemme muss unbedingt kontrolliert werden, wollen wir nicht mit allen unseren zivilisatorischen Errungenschaften untergehen ... Eine Welt mit Massensterben in den unterentwickelten Ländern wird eine Welt des Chaos, der Unruhen, des Krieges sein. Und eine perfekte Brutstätte für den Kommunismus. Wir können uns kein halbes Dutzend Vietnams mehr leisten – kein einziges mehr! Unser eigenes nationales Interesse erfordert es, dass wir alle hinausgehen und den unterentwickelten Ländern helfen, ihre Bevölkerung zu kontrollieren ...»**
>
> Diese Anzeige aus der «New York Times» (neben dem Photo eines sterbenden Kindes) stammt aus den 60er Jahren – die Argumentation hat sich kaum geändert.

«Billig in der Herstellung, leicht einzusetzen»

IUD ist die Abkürzung der englischen Bezeichnung «intra-uterine contraceptive device». Damit bezeichnet man eine Spirale oder einen Ring, der zur Empfängnisverhütung in die Gebärmutterhöhle eingelegt wird.

Die Spirale ist vor allem durch die Forschungen des Population Council seit Anfang der 50er Jahre entwickelt worden. Heute tragen etwa 15 Mio. Frauen ein IUD, die meisten davon in Ländern der dritten Welt. Allgemeine Nebenwirkungen der Spirale sind häufig Zwischenblutungen, Schmierblutungen, Unterleibskrämpfe, Rückenschmerzen. Häufig tritt auch eine allgemeine bakterielle Entzündung der Beckenorgane auf. Der Blutverlust bei der Menstruation ist grösser.

Von den mechanischen Verhütungsmitteln ist das IUD das sicherste – sofern es nicht innerhalb der ersten Monate ausgestossen wird. Für die Verwendung in Ländern der dritten Welt eignet sich das IUD nach Ansicht der Fachleute hervorragend, weil es

- billig in der Herstellung (weniger als 10 Rappen pro Stück),
- schnell einzusetzen (für Massenabfertigung geeignet),
- einfach in der Anwendung (einmaliges Einsetzen genügt) und
- ausserdem sofort wirksam ist.

Deshalb wird es als Geburtenkontrollmethode für Entwicklungsländer seit Jahren bevorzugt propagiert. Was bei diesen Überlegungen nicht auftaucht:

- In den Entwicklungsländern werden im allgemeinen ältere IUD-Modelle verwandt, die noch nicht die Vorteile der in den USA und Europa verwandten neueren Modelle und darum sehr hohe Ausstossraten und zahlreiche Nebenwirkungen haben.
- Das Einsetzen muss durch einen geübten Arzt erfolgen und erfordert hinterher ärztliche Überwachung, um die besonders anfangs möglichen Komplikationen beheben zu können. In vielen Entwicklungsländern werden aber die IUDs in ländlichen Gebieten durch mobile Kliniken eingesetzt, so dass die Frauen bei auftretenden Schwierigkeiten keine Möglichkeit zu einem Arztbesuch haben. Das ist besonders gefährlich, weil Frauen in den Entwicklungsländern oft unterernährt, blutarm und anfällig für Infektionen sind. Viele wissen ausserdem nicht genau, was der Fremdkörper in ihrem Bauch eigentlich soll, und machen ihn für sämtliche Krankheiten und Anfälligkeiten verantwortlich – was die hohe Quote an Frauen erklären würde, die sich die Spirale nach einiger Zeit wieder entfernen lassen.
- In vielen Kulturen existieren Sexualtabus, die dem Mann verbieten, während der Menstruation seiner Frau mit ihr zu schlafen. Durch die Spirale wird die Menstruation aber oft verlängert, und es können Zwischenblutungen auftreten – ein häufig genannter Grund für die Opposition von Männern gegen Geburtenkontrolle!

(Alle Angaben nach: Brot und Rosen, Frauenhandbuch Nr. 1, 2. Auflage, 1974, S. 66–83).

[1] *Der Artikel ist leicht gekürzt übernommen aus Nr. 57 der «blätter des iz3w», welche «Frauen in der dritten Welt» als zentrales Thema hatten. Die Blätter des Informationszentrums dritte Welt können für 2.50 Fr. in einschlägigen Buchhandlungen bezogen werden.*

[2] *Zahlenangaben nach: Warneke, Margot: Generatives Verhalten und sozialer Wandel in Tunesien, dargestellt am Beispiel des staatlichen Familienplanungsprogramms, Dissertation Hamburg 1974, S. 16 f. Alle weiteren Zahlenangaben beruhen, sofern nicht anders angegeben, auf dieser Dissertation.*

[3] *1970 teilten sich die drei wichtigsten Methoden (Spirale, Pille, weibliche Sterilisation) prozentual wie folgt auf: Gesamtzahl 22 136, davon Spirale 44%, Pille 45%, weibliche Sterilisation 11%.*

Fortsetzung von Seite 9

dien!) Zuerst liessen sich hauptsächlich ältere Leute sterilisieren, die schon mehrere Kinder hatten, dann verkauften sich auch zunehmend junge arme Leute an die Familienplaner.

Bevölkerungskontrolle als «Denksportaufgabe»

Die «Geburtenkontrolltechniker» sind allerdings bei den meisten Programmen noch in der Überzahl – erfasst werden fast ausschliesslich statistische Grössen wie Bevölkerungszahl, Zahl der gebärfähigen Frauen, der Eheschliessung, der Geburten; als Erfolgsmesser dienen die Zahl der «beratenen» Frauen, oder Paare, die Zahl der verteilten Propagandaschriften, Pillen und Spiralen. Desinteresse, Widerstände oder Ängste der Bevölkerung glaubt man mit immer besseren Techniken beheben zu können – mehr Experten, bessere Organisationsmethoden, mehr Umfragen, wirksamere Verhütungsmethoden und bessere Massenkommunikationsprogramme, Hauptsache: die Behauptung, die Armen seien an ihrer Armut selbst schuld, bleibt unbestritten, Hauptsache: die wahren Ursachen der Armut bleiben ungenannt, und die Armut bleibt selbst auch. So wird Bevölkerungskontrolle zu einer Denksportaufgabe für Schreibtischstrategen, nicht aber zu einer Sache der Betroffenen.

Dies ist wohl als Hauptgrund für das Scheitern der meisten Programme anzusehen: dass diese von aussen in die Entwicklungsländer hineingetragen werden, ohne dass sich an der eigentlichen Ursache der «Überbevölkerung», nämlich der abhängigen Situation dieser Länder, etwas ändert und ohne dass die betroffenen Familien die Möglichkeit haben, ihre Fortpflanzung tatsächlich selbstverantwortlich zu planen – abgesehen von medizinischen Gründen, die eine Ablehnung der Geburtenkontrolle hervorrufen können.

Diese technokratische Auffassung von Familienplanung ist es, die für grundlegende Irrtümer und falsche Annahmen verantwortlich ist.

Die Abhängigkeit bleibt

Als Anzeichen für Überbevölkerung gelten im allgemeinen eine unzureichende Nahrungsmittelproduktion und Vorhandensein von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Der These der Bevölkerungsplaner, dass hierfür ein zu schnelles Bevölkerungswachstum verantwortlich sei, lässt sich entgegenhalten, dass das rasche Entwicklungswachstum in den Entwicklungsländern gerade eine Folge der in der Regel geringen Nutzung der Produktivkräfte und der daraus resultierenden Armut ist. Kinder haben als Arbeitskräfte und für die Alterssicherung der Eltern eine grosse Bedeutung – vor allem dadurch lässt sich erklären, dass das westliche Modell der Kleinfamilie in Entwicklungsländern allenfalls von einer dünnen Oberschicht übernommen wurde, dass die Mehrheit der Bevölkerung aber nach wie vor grosse Familien anstrebt. Die Grossfamilie ist – entgegen zahlreichen westlichen Annahmen – kein verstaubtes Relikt traditioneller Gesellschaften, sondern entspricht viel eher als die Kleinfamilie den Notwendigkeiten einer Gesellschaftsordnung, in der Arbeitslosigkeit, Unterernährung und fehlende soziale Sicherung an der Tagesordnung sind.

Zudem werden durch die Malthussche These die Nahrungsmittelproduktion und die Beschäftigungsstruktur als gegeben vorausgesetzt und nicht als bedingt durch ökonomische und politische Machtverhältnisse. Die wichtigste Ursache der relativ niedrigen Nutzung der Produktivkräfte (vor allem menschliche Arbeitskraft), nämlich die Abhängigkeit von den Industrieländern, bleibt so im dunkeln.

Sieht man den Sinn von Familienplanung nicht nur in der Beschränkung der Geburtenzahlen, sondern vor allem in der selbstverantwortlichen Kontrolle der Menschen über ihre eigene Fortpflanzung und in der Schaffung eines besseren Lebens für alle, so scheint uns, dass selbst «ganz normale» Programme wie in Tunesien nicht gerade geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Überhaupt sind US-AID, Ford Foundation, Population Council, Uno und Weltbank, die auch das tunesische Programm finanzieren, ja nicht gerade Garanten dafür, dass die bestehende Ausbeutung der dritten Welt aufgehoben wird – allenfalls soll sie auf weniger Köpfe verteilt werden.

Ausserdem ist nirgendwo garantiert, dass relativ «sanfte» Programme bei ungenügendem Erfolg nicht durch (international geförderte) staatliche Zwangsprogramme ersetzt werden – wie das Beispiel Indien zeigt. Es ist ja kein Einzelfall, dass die USA kürzlich Pakistan offenbar gedroht haben, ihre gesamte Entwicklungshilfe einzustellen, falls sich die pakistanische Regierung nicht auf eine drastische Begrenzung des Bevölkerungszuwachses konzentriere. Indien, das schon in den 50er Jahren mit seiner Bevölkerung gewiss nicht zimperlich umsprang, verschärft den Druck immer mehr.

Aber der eigentliche Druck kommt von noch weiter oben: schon 1965 ordnete der amerikanische Kongress an, nur noch an solche Entwicklungsländer «Nahrung für den Frieden» zu liefern, die sich aktiv um Geburtenbeschränkung bemühten.

Vor diesem Hintergrund muss man die scheinbar unauffällig-freundlichen, um das «Wohl der Bevölkerung» bemühten Programme auch sehen. Ein Druck auf die Bevölkerung findet in jedem Fall statt, will man sie doch um jeden Preis zu etwas bewegen, was vielleicht gar nicht in ihrer Absicht liegt, vor allem nicht unter ihrer Kontrolle steht und zudem der Erreichung des Ziels «Aufhebung der Armut» noch gar nicht mal unbedingt förderlich ist!

Für die Befreiung der Frauen – wie der Menschen überhaupt – scheint da nicht mehr allzuviel Raum zu bleiben, werden doch die Entscheidungen, die sie betreffen, nicht von ihnen selbst, sondern nach wie vor in den Chefetagen Manhattans gefällt . . .

Heirat

Möchten Sie eine Thailänderin heiraten?

Mädchen zwischen 21 und 29 Jahren warten auf Sie, Heiraten innerhalb von drei Wochen, die Hochzeitsreise mit Garantie! Mitreisemöglichkeit am 30. 9., (2 Pers.), 7. 10. (3 Pers.), 14. 10. und 21. 10. je eine Person, 11. 11. und 25. 11. je 2 Pers., 16. u. 30. 12. je eine Person. Nur ernstgemeinde Bildzuschriften an: Menger's Thai-Service, Berliner Str. 59, 6115 Münster b. Dieburg 72

Die Frauen haben zu schweigen

Am Beispiel Westeuropa und USA lässt sich zeigen, dass allein kleinere Familien die Emanzipation der Frau nicht voranbringen. Sie ändern nichts an der Rollenverteilung, denn oft fühlen sich Mütter in kleinen Familien, besonders wenn sie noch berufstätig sind, extra stark verpflichtet, eine «gute» Mutter und Hausfrau zu sein und so dem weiblichen Rollenideal besonders zu entsprechen. Auch in der Frage der Geburtenkontrolle können Frauen in den Industrieländern ja nicht völlig bestimmen, ob, wann und wie viele Kinder sie haben wollen, was schon deutlich wird am Kampf um die Abtreibungsfrage oder an den Schwierigkeiten, als unverheiratete, kinderlose junge Frau eine Sterilisation zu bekommen.

Letzteres scheint uns einen Fall doppelter Moral darzustellen, die ihre Grundlagen in einer allgemeinen Geringschätzung von Frauen hat: In einem Fall sind Frauen wertloses Menschenmaterial, gerade gut genug für medizinische Versuche – viele Verhütungsmittel wurden an «Versuchskaninchen» aus der dritten Welt erprobt, ehe sie in den weissen Mittelstand gelangten –, im anderen Fall eine völlig einflusslose Gruppe, die vergeblich Kontrolle über ihren eigenen Körper und volle sexuelle Freiheit fordert. Im einen Fall die zynische Verweigerung des Rechts, Kinder bekommen zu können; des Rechts, keine bekommen zu müssen, im anderen. Verbot der Selbstbestimmung von Frauen in beiden Fällen – was für uns den Bezug herstellt zwischen der Unterdrückung der Frauen in der dritten Welt und unserer eigenen.

Chile: Kriminalfall entpuppte sich als politischer Mord

«Lustmord» der Polizei-Schergen

Zuerst sah es wie ein reiner Kriminalfall aus: eine brutal ermordete Frau wird am Strand von La Ballena (Chile) aufgefunden. Die Grausamkeit, mit der die Frau ermordet worden ist, schreckt selbst die der faschistischen Junta hörige Presse auf. Dieser Fall von «Lustmord» soll schnell aufgeklärt werden. Als aber bekannt wird, dass es sich beim Opfer um eine aktive Kommunistin handelt, welche in der Regierung Allende mitgearbeitet hatte, versiegt das Interesse der Presse an diesem Fall. Der nachstehende Artikel, den wir (leicht gekürzt) der «Deutschen Volkszeitung» entnehmen, führt eindringlich die Brutalität des alltäglichen und fortdauernden Faschismus in Chile vor Augen.

Die Red.

Am 13. September meldete die zum «Mercurio»-Konzern gehörende Zeitung «Segunda», am Strand von La Ballena im Bezirk Ligua, 182 km nördlich von Santiago, sei eine Frauenleiche gefunden worden. *«Die Leiche war nur mit Unterwäsche bekleidet. Um den Hals war ein Draht gedreht, woraus zu schliessen ist, dass das Opfer erwürgt wurde.»*

Am folgenden Tag brachte eine andere Zeitung des «Mercurio»-Konzerns, die «Ultimas Noticias», ein Photo der Leiche. Die dazugehörige Reportage lief unter der Schlagzeile «Hübsche junge Frau erdrosselt». Die Untertitel lauteten: «Schweres Verbrechen am einsamen Strand», «Nackte Leiche mit Spuren grober Gewalt entdeckt». Der Bericht war mit scheusslichen Einzelheiten aufgemacht. Zum Beispiel: *«Das Mädchen, das man in dieser Gegend nicht kennt und das vermutlich in Santiago zu Hause ist, wurde mit einem Draht und einem Kopftuch stranguliert. Ausserdem brach ihr der Mörder (oder die Mörder) die Kinnlade und das Handgelenk. Weiter weist der Körper eine Stichwunde auf, was den Mord noch brutaler macht . . .»* Zum Abschluss hiess es: *«Als wahrscheinlichste Version gilt bei der Polizei die Annahme, es handle sich bei dem Täter um einen Lustmörder.»* Kurz, es gab alle Anzeichen für eine jener Sensationen, die von der Konzernpresse gerne ausgewalzt werden.

Ein Lustmord?

Selbst «Mercurio», der sich gerne den Anschein eines «seriösen» meinungsbildenden Blattes gibt, heute aber Sprachrohr der faschistischen Junta ist, konnte es sich nicht verkneifen, in diese Story gross einzusteigen. Am 15. September meldete er, die Identität der jungen Frau sei noch nicht geklärt.

Der tragische Fall am Strand von La Ballena ging in diesen Tagen auch häufig durch Rundfunk und Fernsehen, die auf Anweisung der Junta Meldungen über Preisauftrieb, Produktionsrückgang, Entlassungen, Festnahmen von Politikern und Gewerkschaftern sowie andere «konfliktträchtige» Themen besser aussparen oder auf ein Mindestmass beschränken.

Am 17. September meldete die «Tercera», die Leiche werde ins Gerichtsmedizinische Institut Santiago übergeführt.

Am 22. September verkündete «Mercurio», die Identität der Frau sei geklärt, Untersuchungsrichter Tomas Slaughter habe sich aber «geweigert, den Namen des Opfers zu nennen». In der gleichen Meldung wird gesagt, dem Opfer sei *«ausserdem auch das Rückgrat gebrochen worden»*.

Am 27. September erklärte die «Tercera», der Mörder werde «unweigerlich» gefunden, und druckte ein furchtbares Photo vom Gesicht der Toten. Die Meldung enthielt einige wesentliche Einzelheiten über ihre Identität. Die Zeitung versicherte, sie sei «bereits einige Stunden nach dem Auffinden der Leiche geklärt worden», was durch ein Communiqué kompetenter Organe bestätigt worden sei. Wieder tauchten neue Details über den Zustand der Leiche auf: *«Gebrochen sind alle Rippen, der rechte Oberarm und ein Knochen des rechten Beines.»* Am nächsten Tag kommt die Zeitung mit der Spekulation, der Mord sei in Santiago geschehen.

«Seltsame Umstände»

Am 1. Oktober meldete «Mercurio» unter dem Titel: «Die Ermordete am Strand von La Ballena war Steuerangestellte» folgendes: *«Marta Ugarte Román heisst die am Strand von La Ballena aufgefundene Tote . . . Sie wurde am vergangenen Freitag von ihren Schwestern und ihrem Zahnarzt identifiziert. Der Dentist Luis Ciocca hat die Zähne der Toten genau untersucht, sie mit Röntgenaufnahmen und Eintragungen auf der Behandlungskarte verglichen und versichert, die Tote sei eine ehemalige Patientin von ihm.»*

Danach brachte die Zeitung eine Erklärung der beiden Schwestern von Marta Ugarte: *«Sie verschwand am 9. August . . Alle unsere Anfragen über ihren Aufenthaltsort blieben unbeantwortet. Sie wurde in den Festnahmelisten der Aufgegriffenen nicht geführt.»*

Weder das Innen- noch das Justizministerium, noch das Landessekretariat für Internierte, noch irgendeine andere Institution der faschistischen Militärjunta gab die Verhaftung Marta Ugartes zu.

Nach einigen Tagen des Schweigens meldete «Mercurio» am 5. Oktober: *«Das Oberste Gericht hat gestern das Berufungsgericht von Valparaiso aufgefordert, einen Sonderrichter zur Fortsetzung der Untersuchung zu bestimmen, die vom Richter des Kriminalgerichts im Bezirk La Ligua eingeleitet worden war, um die Umstände des Mordes an der Marta Lidia Ugarte Román zu klären. Das Oberste Gericht hat diesen Beschluss gefasst, ohne irgendeine Petition erhalten zu haben. Das Gericht ging davon aus, dass diese Affäre Unruhe in der Öffentlichkeit ausgelöst hat und dass in ihrem Zusammenhang etliche seltsame Umstände ans Licht kamen, die eine weitere Untersuchung verlangen.»*

Kaum war der Name der Toten bekannt, schlief das «Interesse» der Presse an der Sache plötzlich ein. «Mercurio» tat so, als wisse er nicht, wer diese Marta Ugarte sei. Ende 1973 aber war das Blatt mehrmals heftig über Marta Ugarte hergefallen und hatte sie einen «kommunistischen Kommissar der Versorgungsjunta» genannt. Die von Mercurio ausgestreute Version der «Steuerangestellten» war nur ein dümmlicher Versuch, die Wahrheit zu vernebeln.

Die Lehrerin Marta Lidia Ugarte Román, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chiles, hatte seit Ende 1972 und bis zum Sturz der Regierung Allende im September 1973 einen hohen Posten im Wirtschaftsministerium inne: Sie war der verantwortliche Organisator der Volkskampagne gegen den Schwarzmarkt, die von den «Juntas für Versorgung und Preiskontrolle» geführt wurde. Zu dieser Zeit war sie vielerlei Angriffen des reaktionären Zeitungswesens und des Rundfunks ausgesetzt.

Sie war also eine bekannte Figur. Fast drei Jahre konnte sie den Verfolgungen der faschistischen Polizei entgehen. Am 9. August jedoch wurde sie von DINA-Agenten (Geheimpolizei Chiles) ergriffen. Die Verwandten und später auch Rechtsanwälte aus dem Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche richteten umsonst Eingaben an die Behörden, den Aufenthaltsort Marta Ugartes zu nennen. Innenminister General César Raul Benavides leugnete, wie das bei denen so üblich ist, die Festnahme. Das Berufungsgericht, an das sich die Familie wandte, gab sich mit dieser Erklärung des Ministers zufrieden und stellte die Suche ein, obwohl die Adressen, unter denen heute in Chile verschwundene Demokraten gesucht werden müssen, nicht nur Chilenen gut bekannt sind.

Es ist völlig klar: Solange Minister Benavides die Festnahme leugnete, befand sich Marta Ugarte in einem Folterkeller der DINA. Dort wurde sie schliesslich zu Tode gequält, vermutlich, um mit diesem entsetzlichen Verbrechen den 11. September, den dritten Jahrestag des Militärputsches zu «feiern». Danach warfen die feigen Mörder die Leiche an den einsamen Strand. Damit wollte die DINA die Kommunisten und alle, die gegen die faschistische Diktatur kämpfen, «warnen».

Politischer Mord

Heraus kam jedoch das Gegenteil, vor allem infolge des Rummels der gelben Presse, die den Fund am Strand als banale Kriminalstory verkaufte. Zwar hatte die Junta es anders gewollt, aber hier lag wohl zum erstenmal die verbrecherische Tätigkeit der DINA so offen nicht nur vor den Hunderttausenden mehr oder minder politisch bewanderten Chilenen, sondern auch vor den anderen Millionen Bürgern des Landes. Dieses Verbrechen der DINA war so grausam, dass es, wie sogar das Oberste Gericht feststellte, «Unruhe in der Öffentlichkeit» auslöste. Die juntahörigen Massenmedien wollen die Affäre jetzt herunterspielen und geben sich Mühe, den wahren Namen der Toten nicht zu erwähnen. Dennoch hat der heimtückische Mord an Marta Ugarte grosse Publizität gefunden. Die Verwandten von Tausenden Verhafteten und «Vermissten» haben ihren Druck auf die Behörden noch verstärkt. Empörung erfasste auch Diener der katholischen Kirche und weiteste Kreise der Öffentlichkeit. Negative Reaktionen gab es ferner in Juristenkreisen sowie in den Streitkräften, wo viele nichts mit den Verbrechen der Junta zu tun haben wollen.

José Miguel Varas

Der Terror des Regimes wird heute nicht mehr auf offener Strasse, sondern hinter den Mauern der Konzentrationslager verübt.

Revue der Revuen

focus
Mit Nr. 82 vom Februar beginnt eine Serie über Wohn- und Arbeitsgemeinschaften: «Zusammen wohnen und zusammen arbeiten». In der Nummer werden auch moderne Aufklärungsbücher besprochen. focus-Verlag, Postfach 161, 8033 Zürich. 1.50 Fr.

Leserzeitung
Nr. 48 vom 1. 2. 77 befasst sich in der Titelgeschichte mit unserer Armee: 15 000 junge Schweizer wieder in der «Schule der Nation». 2.50 Fr. am Kiosk. Postfach 259, 8021 Zürich.

Viva
Die Bündner Alternativ-Zeitung untersucht in ihrer Februar-Nummer die Hintergründe des Treibstofflagers Haldenstein; wer profitiert? Viva-Kollektiv, Postfach 66, 7002 Chur. 1 Fr.

Bresche
In der neusten Nummer (Jan. 77) geht die Bresche scharf ins Gericht mit der Verfolgung der demokratischen Opposition in den sozialistischen Staaten Ost-Europas. Am Kiosk, 1.50 Fr. Postfach 299, 8031 Zürich.

Vorwärts
Auf der Kulturseite bringt das Organ der Partei der Arbeit der Schweiz einen Aufsatz von Werner Schmidli über die Funktion des Schriftstellers. 1 Fr. Postfach, 4001 Basel 1.

Der **Zeitdienst**
zur sozialistischen Information und Diskussion veröffentlicht einen längeren Artikel über die todsicheren Profite mit der Atomenergie in der Schweiz. Nrn. 4 und 5. (Jan./Febr. 77). Je –.90 Fr. Postfach 195, 8025 Zürich.

Schwarzpeter
Die Zeitung der Aktion Strafvollzug berichtet über die Kürzung der Arbeitsentschädigung für die Gefangenen der Strafanstalt Lenzburg. 1 Fr. Postfach 3003, 3000 Bern 7.

Glarner Zeitung
Nr. 14 (Jan. 77) sticht «Trumpf Buur», indem sie seine Spielweise etwas genauer unter die Lupe nimmt. Am Kiosk, –.50 Fr. Postfach 33, 8755 Ennenda.

infrarot
Die Januar-Nummer der Zeitschrift für Jungsozialisten will den Kampf für eine menschliche Ökologie auf der Linken aufnehmen. Postfach A 173, 8030 Zürich.

Emma
In der Nummer 1 der «Zeitung für Frauen von Frauen» schreibt Alice Schwarzer über Männerjustiz. Das auch grafisch ansprechend und einfallsreich aufgemachte Magazin bringt neben vielem anderem auch ein unsissihaftes Interview mit der Schauspielerin Romy Schneider. Kiosk 3.30 Fr., Abo.: Emma, Kolpingplatz 1a, 5000 Köln 1.

Neues forum
Gérard Soulier schreibt über die «Europäische Konvention gegen den Terrorismus», welcher eher eine solche gegen die Menschenrechte darstellt. Denn «gemäss dieser Konvention gibt es (in Europa) keine politischen Delikte mehr». Acht Seiten sind dem italienischen Kommunismus gewidmet. Einzelheft, 78 Seiten, 6.50 Fr. Jahresabo. 48 Fr. Neues forum, Museumstrasse 5, A-1070 Wien.

Deutsche Volkszeitung
Wege zu einer vernünftigen Energiepolitik beschreibt die Nr. 5 (Februar 77). 1 Fr. Postfach 5707, D-4 Düsseldorf.

2000 buch

Die politische Versandbuchhandlung für kritische Leser. Wir informieren über aktuelle Politik, Friedenspolitik, dritte Welt, Soziologie, Arbeiterbewegung, Umweltschutz/Ökologie . . .

Zum Beispiel im Januar-Programm:

- **Soziale Verteidigung.** Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz. Hrsg. Schweiz. Friedensrat, 12 Fr.
- Max Schmid, **Demokratie von Fall zu Fall.** Repression in der Schweiz, 465 Seiten, 39 Fr.
- Ich möchte die monatliche **«Information für morgen»** probeweise an

Einsenden an «buch 2000», Postfach 36, 8910 Affoltern

Nachlese-Beispiel zum Fall Cincera

Ein Dossier wird durchleuchtet

Wenn jemand ein Dossier, das über ihn geführt wurde, in die Hände bekommt, ist das noch kein Grund, darüber zu schreiben. Auch ist eine relativ umfangreiche Sammlung (insgesamt 40 bis 50 Blätter) nur eine unter vielen. Wenn sie dennoch hier als Beispiel genommen wird, dann deshalb, weil das Dossier einen 10seitigen Kommentar des Zuträgers enthält, der die Auswahlkriterien des Archivs und die Methoden beleuchtet. Die Personen der Handlung, Archiv-Verwerter E. Cincera, Werbeberater, Zuträger W. Matzinger, stud. oec., und Archivierter B. D. Niebuhr, Journalist und «konzept»-Redaktor, sind nicht als Personen wichtig. Sie werden daher im folgenden Artikel, der zugleich die dürftige Schutzbehauptung Cinceras widerlegt, er habe nur eine Bibliographie interessanter Artikel erstellt, mit C., M., und N. bezeichnet, da es hier auf die Methode, ihre Hintergründe und Wirkungen ankommt.

Die Methoden, mit denen das Archiv C. unter anderem arbeitet, sind: *Infragestellung von Fakten ohne jegliche Beweise, Wertung und Kommentierung* von Dokumenten, *Vermutungen, falsche Behauptungen, Berufung auf rechtslastige Quellen* sowie *Berufung* des Zuträgers und vermutlichen Kommentators M. *auf Artikel aus seiner eigenen Feder.* Das alles ist recht dilettantisch gemacht. Die Auswirkungen aber sind alles andere als harmlos für die Archivierten.

Fakten ins Gegenteil verkehrt

Beispiel 1: Aus der (ihm bekannten) Tatsache, dass N. wegen Zahnschmerzen Anfang bis Mitte Juli 71 zu einer zahnärztlichen Behandlung beim Arzt seines Vertrauens in seiner Heimat war, macht M. folgenden Spitzelbericht: «Während der Antifa-Woche (6.–9. Juli 1971) war (N.) ‹zufällig› verreist. Er *behauptete*, er habe ‹zufällig› noch die Fahrkarte als Beweis. Fragen: Weshalb verreiste N. noch vor Semesterschluss? Zweck der Reise? War er schon in der Vorbereitungsphase verreist? (Anhaltspunkte für Vorbereitung: Sonder-‹zs› zur Unischliessung Juli 1971).» Beispiel 2: N. habe einmal vorgeschlagen, KStR-Schlüssel zu kopieren. «Er *behauptete* später, es sei nur ein Scherz gewesen.» Fazit: Der Archivierte kann sagen, was er will. Wenn die Fakten nicht ins Verdächtigungskonzept passen, werden sie als unwahr verdächtigt.

Gut gewertet ist halb verurteilt

Ein altes Mittel des politischen Kampfes ist die kommentierende Wortwahl. Auch sie wird in C.s angeblich doch nur dokumentarischem Archiv benutzt. Beispiel 1: Eine persönlich verantwortete, öffentliche Kritik des N. am ersten Uni-Gesetz-Entwurf Zürich 1968 wird – vermutlich von M. – als Versuch, «die Studenten *gegen die Behörden aufzubringen*», gewertet. Beispiel 2: N., so schreibt der Zuträger, «verfasste einen Brief *in anmassendem Ton* an die Erziehungsdirektion . . .» Beispiel 3: Es entspricht demokratischen Gepflogenheiten, dass einzelne oder Vereinigungen zu Wahlen Stimmempfehlungen abgeben. In C.s Archiv heisst das: N. «*versuchte* . . . mit seinem Verein . . . die Wahlen zu *beeinflussen* (Plakate)». Beispiel 4: N. ist ein «*Drahtzieher*». Beispiel 5: Über ein Flugblatt des N. heisst es: «Mit dieser *bewusst falschen Information sollten* die Studenten gegen die Universitätsverwaltung *aufgehetzt werden.*»

Jetzt schon in 5. Auflage

Mutmassungen – so gut wie Fakten

Beispiel 1: N. brachte in der «NZZ» eine Entgegnung zu einer verfälschenden Darstellung der KStR-Arbeitsblätter 71. «Dies *scheint zu beweisen*, dass er dennoch sich besser im Inhalt der Arbeitsblätter des KStR auskannte als selbst der KStR. Zu einem *weiteren Indizienbeweis* müsste man evtl. Stilvergleiche in den Arbeitsblättern vornehmen.» Beispiel 2: Der Zuträger kommentiert: «Die Rechtfertigung einer solchen Verletzung der Demokratie war im Stil von N. verfasst.» Ein Beweis dafür findet sich im Archiv von C. nicht.

Es darf suggeriert werden . . .

Wo sich Zusammenhänge selbst durch angebliche «Indizienbeweise» nicht herstellen lassen – selbst durch M. nicht –, werden sie unterschwellig suggeriert, indem man Fakten in eine entsprechende Ordnung bringt: Beispiel 1: «Boykottaktion . . . Es kommt zu *Prügelszenen. Am 16. 12. 71 leitete er (N.) . . . eine Fachschafts- und Basisgruppenvollversammlung.* In dieser Versammlung wurde beschlossen, *den Kampf an der Uni weiterzuführen.*» Das heisst: kein behaupteter Zusammenhang zwischen N. und Prügelszenen – und doch einer.

. . . und gelogen

Wie in anderen Dossiers, so finden sich auch in dem C.-Archiv über N. Behauptungen, die nicht den banalen Tatsachen entsprechen. So einfach wie wirkungsvoll ist beispielsweise die Behauptung, N. sei «mehrfach gesehen» worden, «wie er die Passanten von der Notwendigkeit eines autonomen Jugendzentrums zu überreden (nicht etwa zu ‹überzeugen›!) versucht». N. müsste wohl einen Doppelgänger gehabt haben.

Zu den schon erwähnten Arbeitsblättern des KStR 71 heisst es entlarvend: «Nach (nicht beweisbaren) Angaben soll N. fast alles allein geschrieben haben.» Der N. wäre ein Super-Papier-Revoluzzer: ein 80seitiges Papier in kürzester Zeit. Beispiel 2: Kolportiert wird im Archiv C., wieder vermutlich von Zuträger M., über N., er solle «selbst geäussert haben . . ., dass er endlich einen Posten brauche, auf dem er etwas verdiene . . .» Die Vorstellung, dass N. finanziell von einem Zuverdienst unabhängig sein könnte (Elternunterstützung), scheint dem Zuträger suspekt gewesen zu sein. Beispiel 3: Eindeutig dem N. als Verfasser zugeordnet werden zwei Papiere, die mit zwei der drei Initialen des N. unterzeichnet sind und die antireformistische Haltung dieses SP-Mitglieds bezeugen sollen. Muss sich N. mit einem Namenwechsel legitimieren?

Behauptungen von Gesinnungskollegen

Nicht nur Dokumente und die Artikel der Archivierten werden bei C. abgelegt und weitergegeben. Dieses Material wird kommentiert. «Beweismaterial» ist auch das, was an Kommentaren und Meinungen von Gleich- oder Ähnlichgesinnten über die Archivierten verfasst wurde: Der Kommentator im C.-Archiv beruft sich auf *J. A. Baumann, Vizepräsident des C.-Vereins* «Gruppe für zeitkritische Analysen» und *Patronatskomitee-Mitglied des weiteren C.-Vereins* «Informationsgruppe Schweiz» in der alten «Neuen Studentenzeitung» («NSZ»), *V. Landmann,* als Dr. iur. gegenwärtig *Verteidiger des C.* im hängigen Verfahren mit der «Arbeitsgruppe Kritische Publizistik», einzelne andere «NSZ»-Artikel, die Zeitung also, mit der der C.-Zuträger M. eng liiert war, und auf die «*Neue Zürcher Zeitung*».

Berufung des M. auf Zeitungsartikel des M.

M. ist nicht nur C.s Zuträger, nicht nur einer von dessen Archivaren, sondern auch eifriger Verbreiter seiner Vermutungen in eher rechtskonservativen Blättern. Diese Artikel fungieren im Archiv C. als Dokumente, bei denen der Verfasser nicht als gleichzeitiger C.-Mann zu erkennen gegeben wird. Da dem Aussenstehenden, Auskunftheischenden diese Tatsache sicherlich verschwiegen wird, können Privatmeinungen, Verdrehungen und Unwahrheiten quasi objektiviert und zu «Dokumenten» werden.

M. und andere: Ihre Motive

Augenscheinlich sind die Archiv-Hilfskräfte des C. meist keine Profis; sie sind auch keine hasserfüllten Fanatiker; zumindest M. und der enttarnte Spitzel Kühnis scheinen eine andere Motivation gehabt zu haben: Als eher gehemmte Personen waren sie auf der Suche nach Anschluss, Anerkennung, einer Aufgabe, einer Rolle, in der sie – mindestens sich selbst – als etwas, als «Jemand» erscheinen konnten: welche Verlockung für solche Menschen, entlöhnte Geheimagenten 007 zu sein! Bei C. wurden sie zwar für dessen Zwecke benutzt, zugleich aber bekamen sie das, wonach sie suchten. (Das Traurige daran ist freilich, dass auch hier ihnen nur eine scheinhafte Befriedigung von Bedürfnissen geboten wurde.)

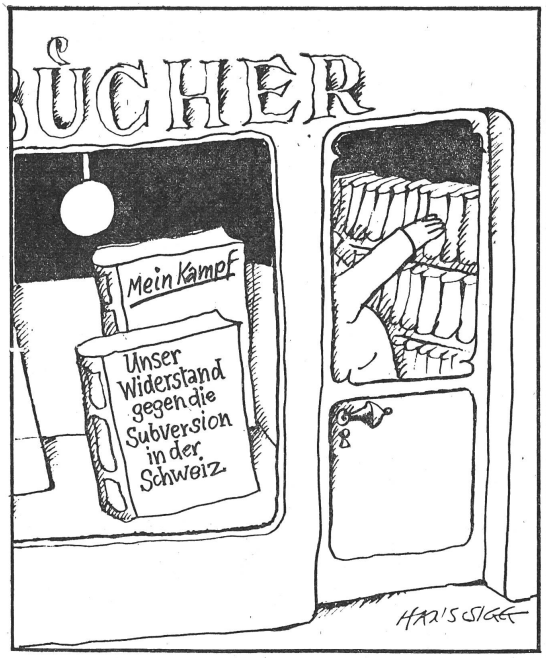
Man stelle sich nun vor, M. hätte beispielsweise eine Wahlempfehlung zum Studentenparlament der Uni Zürich, hinter der er N. vermutete (s. o.), als solche genommen: als normal und legitim wie seine eigenen entsprechenden Vorstösse; er hätte nicht durch Wortwahl, suggerierende Faktenverknüpfung, Verfälschungen, Unwahrheiten und «Dokumentarisierung» von z. T. eigenen Zeitungsartikeln den N. als gefährlichen Subversiven hingestellt: dann wären M. und sein Material für C. und sein Archiv nichts oder weniger wert gewesen. Der Traum vom 007-Agent wäre ausgeträumt gewesen. M. musste glauben machen, er sei der grosse Kenner der linken Hochschulszene, der bedeutende Umtriebe zu berichten habe. Wenn er aber nichts Spektakuläres zu liefern hatte, musste er seinem Material kommentierend durch Wertungen den Anschein der Gewichtigkeit zulegen.

C. und andere: Ursachen und Wirkung

Bei diesem (verständlichen) Psycho-Spiel könnte man sich beruhigen. Viele von uns legen sich Rollen zurecht und verhalten sich ihnen entsprechend. Die Zuträger standen aber im Dienst von C., der selbst in einem Gefühl der Furcht und Bedrohtheit zu leben scheint und der sich denen andient, die ebenfalls Angst haben: bedrohten Mittelständischen, Lehrern, die ohne genügende Fortbildung meinen, mit einer neuen Schülergeneration nicht mehr zurecht zu kommen, den von Arbeitskämpfen in ihrer Position bedrohten Patrons (z. B. im graphischen Gewerbe, Fall «Courrier» in Genf).

Hier schliesst sich der Kreis und bekommt über das Individualpsychologische hinaus seine gesellschaftliche, politische Bedeutung: Zur Begründung ihrer Ängste brauchen diejenigen, die sich fürchten, Beweise dafür, dass sie sich fürchten müssen – sei es eben auch in Form von zu Bedeutung hochstilisierten Dokumenten. Sie glauben diesen kommentierten Dokumenten. Noch mehr: Wie die Erfolgsmeldungen und Dankesschreiben von Leuten und Firmen zeigen, die sich bei C. über vermeintliche Subversive erkundigt haben, trägt die dilettantische Arbeit von C. und M. und anderer ihre Früchte – in einer Gesellschaft, die verunsichert ist und meint, sich selbst auf solche Krükken stützen zu müssen. Hier liegt die eigentliche Gefahr.

Bernd Dieter Niebuhr



Bekanntmachung!

Wegen einer gewissen, notwendig gewordenen Umstrukturierung in unserer Branche sucht die

Bundespolizei
(Abt. Innere Sicherheit)

Schnüffler
Spitzel
Denunzianten

Archivare
Demonstrationsfotografen etc.

Bewerber mit einschlägiger Erfahrung werden bevorzugt.
(Diskretion zugesichert.)

treff punkt

Unkomplizierte Reisepartner für **Südamerika (Peru)** gesucht. Start: Herbst 77, für mind. 3 Monate. Gemeinsame Planung und Finanzierung. Bin 26 J., fem. und zu erreichen unter Chiffre 3503, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: stigmatisierter Naturwissenschafter (25), sportlich, gutaussehend u. v. m., sucht einen wirklich aufgeschlossenen Freund bis 35 für . . . alles mögliche! Zuschriften an Chiffre 3504, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich (25) suche Anschluss an **Wohngemeinschaft** oder Interessenten, um eine solche zu gründen. Tel. (01) 57 57 70, intern 2239, am besten 13.00–14.00 Uhr.

BE: Student (21), in kein Schema hineinpassend, sucht ebensolche zärtliche Gefährtin. Nicht zum Pferdestehlen, vielleicht aber (auch) zum Reiten. (Unheilbarer Pferdefan.) Bildzuschriften an Chiffre 3480, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wo bist Du, **lebenslustige, phantasievolle Eva** (20 bis ca. 28, auch verheiratet oder sonstwie frustriert), die mit junggesellgem Einzelgänger (30/182, schlank) nach Lust und Laune Tisch und Bett in romantischem Stöckli in der näheren Umgebung Berns teilt? – Deine Bildzuschrift wird con discrezione behandelt. Chiffre 3472 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wir sind eine **Wohngemeinschaft in Stäfa** (2 Frauen, 2 Männer, 2 Buben, ein Baby) und suchen noch jemanden, der mit uns zusammenwohnen möchte (Frau oder Mann). Unser Telefon: (01) 926 58 38.

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postscheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept›» bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

Frau, 28, sucht **Platz in WG** (Zürich–Winterthur). Wichtig: gute Beziehungen, Auseinandersetzungen untereinander, über Beruf, Politik, Sexualität, Mann-Frau-Rolle usw. Chiffre 3520, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

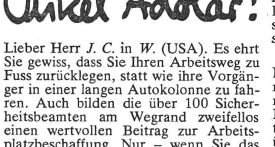
Welches **sportliche, gutaussehende Mädchen** mit Esprit zwischen 18 und 30 ist bereit, mit Medizinstudent (26/178), dunkelhaarig, schlank, eine ehrliche Freundschaft aufzubauen? Meine Hobbies: Skifahren, Schwimmen, Schach, Photographie, Wandern. (Bild-)Zuschriften unter Chiffre 3521 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BS, BL: Student (22) sucht **18- bis 22jähr. Freund,** zwecks Austausch geistiger und körperlicher Erfahrungen (klass. Musik, Literatur, Kunst). Wenn Du Dich nicht nur für «schöne Stunden» interessierst, schreibe mir (Bild) unter Chiffre 3464, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Du bisch zierlich, uufgstellt und echli intellektuell (f), öppä 22–30, bis ca. 165 cm. Ich bin um die drissig. Schriib mer doch ganz kurz. Chiffre 3465, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Pen Pal
Weltmagazin
für direkte Partnerwahl durch Photos mit Adressen. An Kiosken.

Unser Briefkasten für Ahnungslose



Lieber Herr *J. C.* in *W.* (USA). Es ehrt Sie gewiss, dass Sie Ihren Arbeitsweg zu Fuss zurücklegen, statt wie ihre Vorgänger in einer langen Autokolonne zu fahren. Auch bilden die über 100 Sicherheitsbeamten am Wegrand zweifellos einen wertvollen Beitrag zur Arbeitsplatzbeschaffung. Nur – wenn Sie das gleiche Recht tatsächlich jedem gewöhnlichen Mitbürger zugestehen wollen, dann werden Sie sich zu Fuss kaum noch durch die Polizisten zwängen können. Aber sicher können Sie, lieber Herr C. in Cera, noch immer in jeder Buchhandlung jenes Buch kaufen, welches vorläufig zum Verkauf verboten wurde. Sie müssen sich aber verpflichten, vor ihrem eigenen Gewissen und mit Treu und Glauben, dass Sie die Passagen, welche zum Verbot Anlass gaben, einfach nicht lesen. Oder aber, falls Sie sie doch gelesen haben sollten (unabsichtlich), sie sofort wieder vergessen.

*

Nein, liebe F.-D. P. in Z., «Interesse ist nicht schimpflich». Es ist völlig in Ordnung, dass «jeder Mensch völlig zu Recht seine persönlichen Interessen vertritt». Gewinnen tut bei diesem Spiel übrigens immer der, dessen Interessen eben stärker sind. Das Spiel wird auch bei uns gespielt, und mit Ihrem Inserat in einer feinsinnigen Zeitung haben Sie ja auch schon daran teilgenommen.

P. S.: Das Spiel heisst «Demokratie».

«das konzept» gegen die Pressekonzentration: Fusionieren Sie mit uns!

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. ***Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt*** *(Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.*

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):
☐ März bis Dezember 77 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)
☐ zum Schülerpreis von 10 Fr. (Ausweiskopie beilegen!)
☐ zusammen mit dem «zürcher student» (März 77 bis Februar 78) für 22 Fr.
☐ Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Beruf: _____ *Datum:* _____

Talon einsenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 77/2*

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfs.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

☐ Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ *monatlich Fr. 6.45*
☐ *vierteljährlich Fr. 18.55*
☐ *halbjährlich Fr. 36.75*
☐ *jährlich Fr. 72.80*

Name: _____

_____

Strasse: _____

_____

PLZ, Ort: _____

_____

Fakultät: _____

Semester: _____

7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.